4|2022 / 1|2023 | 2,80 €

DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen

ZivilCourage
Magazin der DFG-VK

Warum Pazifismus wichtiger denn je ist

Jürgen Grässlin: Rüstungsexportkontrolle oder -förderung?

Informationen zur Erhöhung des DFG-VK-Mitgliedsbeitrags

Ernst Rattinger: Zweifel sind keine Schande

Oskar Lafontaine: Gedanken zum Krieg

Editorial

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65 29 62 46
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer
Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

Bundessprecher:innenkreis
- Ralf Buchterkirchen
  E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
  E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Fabian Grote
  E-Mail grote@dfg-vk.de
- Shari Kohlmeyer
  E-Mail kohlmeyer@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
  E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
  E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
  E-Mail sander@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
  E-Mail schwoerer@dfg-vk.de
- Hauke Thoroe
  E-Mail thoroe@dfg-vk.de
- Adrián Villa Urrego
  E-Mail villa@dfg-vk.de

Landesverbände und Gruppen:
www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK
http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start

Redaktion *ZivilCourage*
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de

ZivilCourage ONLINE
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Foto: privat

Liebe Leserin,
lieber Leser,
nach 10 Monaten (damit es ausdrücklich gesagt ist: verbrecherischem Angriffs-)Krieg Russlands gegen die Ukraine gibt es wenig Aussicht auf einen Waffenstillstand, von Frieden gar nicht zu reden. Politisch bewegt sich nichts, nur der Strom an westlichen Waffen in die Ukraine wird immer breiter. Und die materielle und ideologische Aufrüstung hierzulande schreitet voran, kritische und besonnene Stimmen sind in der öffentlichen Diskussion fast keine mehr zu vernehmen.

Mit Folgen auch für Friedensbewegung und die DFG-VK: Wenn selbst hochrangige Verbands-Mitglieder öffentlich erklären, sie „persönlich" seien für Waffenlieferungen an die Ukraine oder sie hätten „noch keine abschließende Meinung zu dieser Frage", dann scheint durch den Ukraine-Krieg doch einige Verwirrung entstanden zu sein; auch darüber, welche Bedeutung die pazifistische Grundsatzerklärung hat, in der es heißt, man sei wegen des Verbrechens, das jeder Krieg ist, entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen.

Ich selbst sehe da wenig Interpretationsspielraum und halte diese Grundsatzerklärung der War Resisters´ International, die weltweit das einigende Band der Kriegs(dienst)gegner*innen – oder besser: der Widerständler*innen gegen Krieg – ist, nicht für eine bloß visionäre Zielbeschreibung, sondern für eine Selbstverpflichtung.

Da besteht also Diskussionsbedarf und Streiten ist angesagt. Aber als gelernter Sozialarbeiter weiß ich: Streiten verbindet. Wenn wir den Rahmen dafür schaffen, dass Streit produktiv wird, dass er von Respekt und Toleranz geprägt ist. Und: Dass Zweifel nicht verboten sind, sondern gerade in der existenziellen Frage von Krieg und Frieden, von Leben und Tod, normal sind und – wie es Ernst Rattinger in seinem Leitartikel ausdrückt – jedenfalls keine Schande.

Aus diesen Gründen halte ich es auch für richtig, dass die unterschiedlichen Meinungen und Positionen in dieser Zeitschrift Raum bekommen. Das führt zu Ärger bei den „Andersmeinenden" (siehe z.B. die LeserInnenbriefe auf Seite 40). Die *ZivilCourage* ist kein „pazifistisches Zentralorgan", sondern das DFG-VK-Magazin für alle ihre Mitglieder. Und diese sind, wie es in unserem Programm heißt, „unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen". Deshalb sollte bei allem Streit und in jeder Diskussion die Überzeugungskraft der Argumente das entscheidende Kriterium sein. ... Weihnachten ist ja die Zeit der Wünsche – und ich wünsche mir das für unsere DFG-VK.

Stefan Philipp

P.S. ... apropos Weihnachten: das und der Jahreswechsel kommen immer so überraschend, könnte man scherzhaft sagen. Zwar liegt dieses Heft rechtzeitig digital unterm Weihnachtsbaum, gedruckt aber leider nicht. Die Druckerei rechnet fünf Arbeitstage für die Fertigstellung, die Behindertenwerkstatt braucht einige Tage für die Versandvorbereitung und Posteinlieferung, und die Post, na ja, ist halt oft eine Schneckenpost. Eine Umstellung auf den Digitalbezug ist deswegen eine sinnvolle Sache (siehe Seite 37). Und wer will, kann neben dem gedruckten Heft auch das digitale erhalten; bitte per E-Mail an *zivilcourage@dfg-vk.de* mit dem Betreff *ZC digital* eine entsprechende Bemerkung machen.

Zweifel sind keine Schande

Von Ernst Rattinger

Foto: privat

Es ist wieder Krieg in Europa, kein kalter, sondern ein Krieg mit allen seinen Schrecken und Verbrechen. Und wieder werden wir vorwurfsvoll gefragt „Wo bleibt die Friedensbewegung?“, als ob „die Politik“ mit dem roten Knopf den Krieg einschalten würde und die Friedensbewegung wäre für das Ausschalten zuständig. Sicher, es ist richtig, auf die politischen Entscheider einzuwirken, dieses zu tun und jenes zu lassen. Kampagnen, Lobbyarbeit, Petitionen sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen gehören dazu. Doch unsere Aufgabe fängt viel früher an; lesen wir zur Erinnerung die WRI-Grundsatzerklärung, die wir alle mit dem Beitritt zur DFG-VK unterschrieben haben: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Auf die Beseitigung aller Kriegsursachen im weitesten Sinne können sich sicher alle verständigen, denn dazu gehört all das, was die Menschen entzweit: Ungerechtigkeit, das Gefühl von Unterlegenheit und Ohnmacht, Feindbilder sowie Hass in allen denkbaren Ausprägungen und noch manches mehr.

Wenn es aber darum geht, das erste Versprechen einzulösen, nämlich keine (!) Art von Krieg zu unterstützen, also auch den Verteidigungskrieg, wird es für viele Menschen schwierig, auch für überzeugte Pazifisten. Wer hat das bei Kundgebungen kurz nach Beginn des Ukrainekrieges nicht erlebt: Am Ende der Veranstaltung kommen verzweifelte Menschen aus der Ukraine und betteln darum, ihrem Land Waffen zu liefern. Aus pazifistischer Sicht wird man das ablehnen, auch wenn ein Rest von schlechtem Gewissen bleibt. Und diese innere Zerrissenheit beherrscht nicht wenige in der DFG-VK und der Friedensbewegung insgesamt; soviel Ehrlichkeit muss sein, auch wenn es weh tut.

Was tun? Erkennen wir unsere Möglichkeiten und ihre Grenzen sowie unsere Fehler. Fast allen ist inzwischen klar, dass der Ukrainekrieg nicht mit dem verbrecherischen Angriff Russlands im Februar 2022 begonnen hat, sondern dass da eine Entwicklung über Jahrzehnte hinweg kritisch reflektiert werden muss. Die ganzen Zumutungen seitens der von den USA dominierten Nato gegenüber Russland müssen an dieser Stelle nicht wieder aufgezählt werden und auch nicht das durchaus konfrontative Vorgehen der ukrainischen Politik gegenüber den russischsprachigen Menschen im Lande. Haben wir diese Vorgänge in ihrer Bedeutung immer richtig eingeschätzt und uns entsprechend vernehmbar positioniert?

Nun zu unseren Möglichkeiten. Unser Name DFG-VK signalisiert, dass wir für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung eintreten, in der Ukraine, in Russland und überall auf der Welt. Auf diesem Gebiet geschieht schon einiges, aber es könnte sehr viel mehr sein. Machen wir der Bundesregierung Druck, dass die Grenzen für Deserteure geöffnet werden.

Und schließlich noch ein Wort an diejenigen unter uns, denen angesichts dieses Krieges der Pazifismus zweifelhaft geworden ist: Unsere Grundüberzeugung wird nicht dadurch falsch, dass andere Kriegsverbrechen begehen. Und: Zweifel sind keine Schande.

Ernst Rattinger ist seit Jahrzehnten in der DFG-VK aktiv und der Vertreter des Landesverbands Baden-Württemberg im Bundesausschuss.

Inhalt

Titel
4 Michael Schulze von Glaßer: Warum Pazifismus wichtiger denn je ist

Antimilitarismus
10 Jürgen Grässlin: Rüstungsexportkontrolle oder -förderung?
12 Oskar Lafontaine: Gedanken zum Krieg

International
16 David Scheuing: Global betrachtet

DFG-VK intern
18 Christoph Neeb und Michael Schulze von Glaßer: Erhöhung des DFG-VK-Mitgliedsbeitrags

Soziale Verteidigung
20 Hans-Jürgen Kobus: Thesen zum Krieg
22 Michael Schmid: Alternative zum Krieg

Ukraine-Krieg
24 Michael Schulze von Glaßer: Starke Zeichen für Frieden und Abrüstung **26** Clara Trommer: Retten statt Rüsten **27** Klaus Stampfer: Deserteure unterstützen **29** Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer? **30**: Thomas Rödl: „Vorfahrt für den Frieden“ **31** Urania Grudzinski: „Eine Supermacht Europa verhindern“ **34** Ralf Cüppers: „Alles ist besser als Krieg“

Kriegsdienstverweigerung
36 Guido Grünewald: Kleine Erfolge bei heftigem Gegenwind

Diskussion
38 David Scheuing: „Junge“ und „alte“ Themen zusammenführen

19 Impressum • 35 + 42: Nachrufe • 40 Briefe • 43 + 44 Satire

Warum Pazifismus wichtiger denn je ist

24. Februar hat Russland einen Angriff auf die Ukraine begonnen – seit 10 Monaten tobt der Krieg nun schon: Zehntausende Menschen wurden getötet, hunderttausende verletzt und Millionen sind auf der Flucht. Die Bundesregierung hat wenige Tage nach Beginn des russischen Angriffs eine „Zeitenwende“ angekündigt – hin in Richtung (zu noch mehr) Aufrüstung und Konfrontation: Der deutsche Militäretat soll dauerhaft ansteigen, der Bundeswehr wurden zusätzlich 100 Milliarden Euro für Aufrüstung genehmigt. Und an die Ukraine werden schwere Waffen aus Deutschland exportiert.

Die reale Politik steht unseren Forderungen so deutlich entgegen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die DFG-VK und „die Friedensbewegung“ insgesamt sind scharfen Angriffe und einer leider häufig klischeebehafteten Berichterstattung ausgesetzt. Dabei zeigt der Krieg nur: Es gibt zum Pazifismus keine Alternative.

Von Michael Schulze von Glaßer

„Lumpen-Pazifisten”, so nannte „Spiegel“-Kolumnist Sascha Lobo diejenigen, die sich bei den diesjährigen Ostermärschen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aussprachen. Der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff bezeichnete die Organisator*innen der Ostermärsche pauschal als „fünfte Kolonne Putins“. Sie würden versuchen, die Ukraine zu schwächen. Für Protestforscher Dieter Rucht war diese Aussage des Politikers laut „Spiegel-Online“ „blanker Unsinn“.

Wir können dies bestätigen. So haben wir etwa in den vergangenen Jahren mehrfach vor der Botschaft der russischen Föderation in Berlin sowie vor den Konsulaten des Landes in verschiedenen Städten für Abrüstung – konkret etwa für den Erhalt des INF-Vertrags – demonstriert.

Bei unserem Aktionstag gegen den Krieg in der Ukraine und die Aufrüstung am 19. November gab es abermals Proteste vor russischen Vertretungen.

Und: Wir haben noch vor Kriegsbeginn bereits am 9. Februar in Berlin mit einer Friedensaktion an die russische Seite appelliert, zu verhandeln und den sich anbahnenden Krieg nicht weiter vorzubereiten.

Wie viele Protestaktionen vor russischen Regierungseinrichtungen in Deutschland hat Herr Lambsdorff schon organisiert?

Mit dem Einmarsch Russlands am 24. Februar – und bereits 2014 mit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbas – hat Wladimir Putin nicht nur unendliches menschliches Leid verursacht, sondern auch friedenspolitische Bemühungen der letzten Jahrzehnte zunichte gemacht. Kriege brechen nicht aus. Vulkane brechen aus. Kriege hingegen sind menschengemacht. Sie haben – auf Fakten bezogen niedere und ablehnungswürdige – Motive und eine Vorgeschichte. Das bedeutet aber auch: Dieser Krieg wäre verhinderbar gewesen. Und eine an pazifistischen Grundsätzen und Vorstellungen orientierte Politik hätte diesen Krieg verhindert.

Denn dass es den aktuellen Krieg gibt, macht doch gerade das Versagen der europäischen Sicherheitspolitik deutlich – sowohl von russischer als auch von westlcher Seite. Es war doch gerade die Politik derjenigen, die den Pazifismus seit Februar angreifen, die es in 30 Jahren nach Ende des Kalten Kriegs nicht geschafft hat, dauerhaft Frieden in Europa herzustellen. Die Sicherheitsinteressen aller (!) osteuropäischer Staaten hätten beachtet und eine gemeinsame Sicherheitspolitik unter Einschluss Russlands geschaffen werden müssen. Der Abbau bis hin zu einem Verbot von Atomwaffen hätte vorangetrieben werden müssen, genauso wie ein strikter Rückbau von Waffenproduktion und -export. Das wäre nicht einfach gewesen – aber das sind Politik und Diplomatie eben häufig nicht. In den rund 50 Jahren des Kalten Kriegs von beiden Seiten gegeneinander propagierte und teilweise rassistische Feindbilder wurden nicht durchbrochen.

Eine ideologiefreie Betrachtung ergibt, dass nicht nur die russische Seite Fehler gemacht hat, sondern auch die Nato ihre konfrontative Haltung gegen Russland nach dem Kalten Krieg kaum aufgegeben hat. Die Osterweiterung ist dafür ein Zeichen. Ebenso die bereits seit 2012 laufende Aufrüstung der Bundeswehr.

Diese hier nur kurz skizzierte Analyse steht nicht der klaren Feststellung entgegen, dass es Wladimir Putin ist, der den Angriffsbefehl gegeben hat und der für den Krieg verantwortlich ist. In unseren zahlreichen Veröffentlichungen zum Ukraine-Krieg haben wir den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands bereits scharf verurteilt. Und natürlich gehört jede und jeder, der solch ein Verbrechen begeht, vor Gericht gestellt.

Der Pazifismus und die Menschen, die ihn vertreten, sind aber nicht am Krieg schuld. Und wie die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann, die auch Mitglied bei uns ist, bereits im April sagte, ist es nicht gerecht, Menschen, die sich seit Jahrzehnten für Frieden einsetzten, vorzuwerfen, sie stünden auf der Seite Russlands.

Wir bleiben dabei: Keine Waffenlieferungen! Seit Februar hat Deutschland 900 Stück der „Panzerfaust 3“ mit insgesamt 3 000 Geschossen, 500 Flugabwehrraketen „Stinger“, 100 000 Handgranaten, 30 000 Schuss Munition für 40-mm-Granatwerfer, 13 500 Schuss 155-mm-Artilleriemunition und vieles mehr an die Ukraine geliefert. Sogar schwere Panzer wie der „Mars“-Raketenwerfer und die „Panzerhaubitze 2000“ wurden an die Ukraine übergeben und werden von dieser im Kriegsgebiet eingesetzt. Der von der grünen Partei der heutigen Bundesaußenministerin Annalena Baerbock noch im letzten Wahlkampf verbreitete Grundsatz, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, ist damit ebenso endgültig obsolet wie die Bezeichnung „feministisch“ für diese neue deutsche Außenpolitik.

Natürlich befinden wir uns bei der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine in einem Dilemma: Die Menschen in der Ukraine werden angegriffen. Mit noch mehr Waffen können sie sich militärisch vermeintlich noch besser wehren.

Damit ist bei vielen – auch bei der Bundesregierung – die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Krieges verbunden: Man müsse nur genügend Waffen liefern, und schwuppdiwupp sei der Krieg beendet.

Das ist eine Fehlannahme. „Frieden schaffen mit noch mehr Waffen“ funktioniert nicht – das haben zahlreiche westliche Militäreinsätze und großangelegte Waffenlieferungen in Konfliktregionen in der Vergangenheit immer wieder gezeigt. Und auch das Ende des Krieges in der Ukraine wurde von Befürwoter*innen der Waffenexporte schon häufig angekündigt, und immer und immer wieder erfüllte sich die Prophezeiung nicht. Das westliche Desaster in Afghanistan ist gerade mal ein Jahr her – und offensichtlich schon von vielen wieder vergessen.

Ein dramatischer politischer Beschluss, der zumindest in der Debatte um den Krieg in Deutschland zu mehr Reflexion geführt hat, war die Teilmobilmachung in Russland am 21. September: Erstmals wurde in der breiten deutschen Medienöffentlichkeit gezeigt, wer da überhaupt auf russischer Seite kämpft bzw. kämpfen muss. Natürlich ist das russische Militär der Angreifer.

Das heißt aber nicht automatisch, dass alle russischen Soldat*innen hinter dem Einsatz stehen. Mittlerweile ist bekannt, dass Russland schon zu Kriegsbeginn auch Wehrpflichtige eingesetzt hat. Zudem sollen viele Soldat*innen schlecht oder gänzlich falsch informiert in den Einsatz geschickt worden sein; ihnen soll anfänglich etwa gesagt worden sein, dass es sich lediglich um eine Übung handele. Wie einseitig russische Medien über die „militärische Sonderoperation“ – allein diesen Krieg als solchen zu bezeichnen, steht in Russland unter Strafe – berichten, ist hinlänglich bekannt.

Wenn nun russische Soldat*innen aufgrund von Propaganda und falscher Information in einen Krieg gedrängt oder gar gezwungen wurden

und dort mit Waffen aus Deutschland getötet werden, ist das ein Problem. Und die Teilmobilmachung in Russland führte ab September zu einem Exodus junger Männer: Hunderttausende sollen in Nachbarländer geflohen sein, um nicht in der Ukraine töten zu müssen oder getötet zu werden. Es gab zahlreiche Anschläge auf Rekrutierungsämter und sogar bewaffnete Angriffe auf Rekrutierer*innen, die Verzweiflung bei vielen jungen Russen ist groß. Bis zur Teilmobilmachung fand das moralische Dilemma, welches entsteht, wenn Deutschland Waffen liefert, überhaupt keine Beachtung – nun immerhin ein klein wenig: Letztendlich werden mit den Waffen aus Deutschland Menschen getötet.

Gemeinsam mit Connection e.V. und weiteren Friedensorganisationen fordern wir aktuell in einer Kampagne Schutz und Asyl in der Europäischen Union für Kriegsverweigerer*innen aus Russland, Belars und der Ukraine.

Wie viele Zweifler*innen und Soldat*innen, die eigentlich nicht kämpfen wollen, es in der russischen Armee gibt, ist nicht zu beziffern. Natürlich wird es auch viele Soldat*innen geben, die völlig hinter dem Einsatz stehen. Doch die Moral in Reihen des russischen Militärs soll schon seit April insgesamt schlecht sein. Nach den menschlichen- und den Geländeverlusten der letzten Monate dürfte sie darniederliegen. Dabei muss man sich immer bewusst sein: Wer im Militär – egal in welchem – den Befehl verweigert, dem drohen harte Konsequenzen. So sollen 60 russische Fallschirmjäger den Dienst verweigert haben – sie wurden entlassen, und ihnen drohen Strafanzeigen. Russische Deserteur*innen sollen aber auch schon erschossen worden sein.

Ebenfalls problematisch ist es, wenn auf ukrainischer Seite Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren, denen es aktuell verboten ist, das Land zu verlassen, dazu verpflichtet werden, eine Waffe – womöglich auch „Made in Germany“ – in die Hand nehmen zu müssen, um damit russische Soldat*innen zu töten. Wer deutsche Waffenexporte an die Ukraine billigt, nimmt all diese moralischen Dilemmata in Kauf – und letztlich noch mehr Tote.

Auch wenn nicht klar ist, wie lange Wladimir Putin den Angriff auf die Ukraine führen will, so zeichnet sich ein langer Konflikt ab, der zunehmend brutaler wird. Nach zehn Monaten zeigt sich: Je länger die Kämpfe dauern, desto mächtigere Waffen werden eingesetzt.

Beim Angriff auf die Hafenstadt Mariupol im April setzte die russische Armee erstmals weitreichende Überschallwaffen ein. Es gibt Angriffe mit Raketen und ferngelenkten Drohnen – und auch der Einsatz von Atomwaffen scheint nicht mehr ausgeschlossen. Ebenso werden Massaker wie in Butscha wohl leider kein Einzelfall bleiben. Jeder Tropfen Blut, der in diesem Krieg vergossen wird, lässt eine Beilegung der Kämpfe in noch weitere Ferne rücken. Es ist nicht klar, welches Ziel Wladimir Putin nach den vielen Rückschlägen verfolgt – wann er die Waffen schweigen lässt.

Und was, wenn die ukrainische Seite dann einem Waffenstillstand nicht zustimmt und stattdessen ihrerseits versucht, die verlorenen Gebiete einschließlich der seit 2014 besetzten Gebiete in der Ost-Ukraine sowie die Krim zurückzuerobern? Und kommt es doch zu einem Waffenstillstand – da hat das Minsk-II-Abkommen gezeigt, wie brüchig dieser leider sein kann. Selbst wenn, was wir uns wünschen würden, der Krieg auf der Stelle endet, so wird der Konflikt noch Jahrzehnte andauern. Und je stärker beide Seiten hochgerüstet sind, desto grausamer wird jedes weitere Aufflammen sein. Waffenlieferungen werden diesen Konflikt nicht lösen. Das werden nur Verhandlungen.

Einmal in Umlauf gebrachte Waffen tauchen zudem immer wieder in Konflikten auf: Die von der Bundesregierung durchgeführten und geplanten Lieferungen an die Ukraine sind, soweit bekannt, nicht mit einer Rückgabepflicht nach Ende des Konflikts oder zumindest des Krieges verbunden. Bereits in anderen Konflikten tauchen immer wieder überraschend westliche Waffen auf, die ursprünglich an andere Gruppen geliefert wurden. In ihrem langen „Lebens“-zyklus sorgen die Waffen damit immer wieder für Leid und Tod. Waffenexporte sind unkontrollierbar und richten auch langfristig großen Schaden an.

Die Lieferung deutscher Waffen an die Ukraine birgt zudem die Gefahr, dass Deutschland selbst Kriegspartei wird; fern jeder völkerrechtlichen Definition liegt diese Bewertung auch an Wladimir Putin.

Die Bundesregierung hat von 2014, dem Jahr der Krim-Annexion, bis 2020 bereits Waffenexporte in Höhe von 42 Millionen Euro in die Ukraine genehmigt. Wie viele davon tatsächlich geliefert wurde, ist öffentlich nicht bekannt. Bereits diese Lieferungen sowie die vieler weiterer westlicher Staaten, allein aus den USA gab es seit 2014 bis Anfang 2022 Lieferungen in Höhe von 2,7 Milliarden US-Dollar, haben nicht zu Frieden in der Region geführt. Und sie haben Wladimir Putin auch nicht von dem Versuch, die ganze Ukraine erobern zu wollen, abgehalten.

Wie schnell es gehen kann, vollständig in den Krieg hineingezogen zu werden, zeigte sich Mitte November, als bei einem Raketeneinschlag auf dem Gebiet des Nato-Staates Polen nahe der ukrainischen Grenze zwei Menschen starben. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj machte umgehend Russland verantwortlich. Würde sich dies bestätigen, könnte der Nato-Bündnisfall eintreten: Dann würde zwischen der Nato und Russland Krieg herrschen.

Auch die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann machte umgehend Russland für die todbringende Rakete verantwortlich: „Das ist das Russland, mit dem hier einige offenkundig und absurderweise immer noch ‚verhandeln‘ wollen“, schrieb die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag auf Twitter. Schnell stellte sich aber heraus,

dass es keine russische, sondern eine wohl verirrte ukrainische Flugabwehrrakete war, die in Polen eingeschlagen war. Selenskyj hielt an der russischen Täterschaft fest, selbst als schon die Nato von einer Rakete aus der Ukraine sprach.

Die ukrainische Regierung hat durchaus ein Interesse daran, weitere Länder in den Konflikt zu ziehen. Das sollte man, bei aller Nachvollziehbarkeit der Situation der ukrainischen Regierung, nicht vergessen. Dabei würde ein direkter Krieg der Atommacht Russland mit der atomar bewaffneten Nato niemand helfen, denn dann wäre alles verloren.

Das Nein zu Waffenlieferungen mitten in einen Krieg hat die Bundesregierung am 27. Februar 2022 aufgegeben. Doch welchen Grundsätzen folgt die Bundesregierung nun in ihrer Waffenexportpolitik? Sie hat in all den Monaten des Ukraine-Kriegs nicht begründet, warum die Lieferungen an die Ukraine gerechtfertigt sind, Waffenexporte in andere Kriegsregionen hingegen weiter strikter gehandhabt oder gänzlich verboten werden. Bekommen bald auch die Kurd*innen in Rojava Waffen aus Deutschland, damit sie sich gegen die Mitte November wiederentfachten völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei, die noch immer Nato-Mitglied ist, wehren können? Gerade greift die Türkei sogar auf syrischem und irakischem Staatsgebiet an. Die Ukraine-Lieferungen könnten Türöffner für eine vollkommen enthemmte Waffenexportpolitik sein. Wenn die Bundesregierung in Zukunft Waffenexporte in andere Kriegsregionen ablehnt, muss sie sich wiederum den Vorwurf einer – womöglich rassistischen – Ungleichbehandlung gefallen lassen.

Wir helfen den Opfern des Krieges – gewaltfrei! All diese Argumente werden in der aktuellen Debatte kaum gehört. Ganz im Gegenteil werden deutsche Waffenlieferungen oft als alternativlos dargestellt. Wenn wir also keine Waffen liefern wollen, lassen wir die Menschen, die wegen des

Konflikts leiden, dann im Stich? Nein! Wie helfen auf vielfältige Weise, und es gibt viele Wege, die Situation für die vom Krieg Betroffenen zu verbessern:

- Viele unserer Mitglieder sind in der Flüchtlingshilfe aktiv: Sie sammeln Spenden, unterstützen bei der Vermittlung von Wohnungen an Geflüchtete und vieles mehr. Diese direkte Hilfe verbinden wir gleichzeitig mit den politischen Forderungen an Russland, Fluchtkorridore zu ermöglichen, und an die EU, weiterhin Schutzsuchende aufzunehmen.
- Seit Beginn des russischen Einmarschs haben DFG-VK-Aktive in zahlreichen Städten unzählige Antikriegs-Proteste organisiert: Diese – vor allem die von uns mitorganisierten Proteste am 27. Februar in Berlin mit einer halben Million Menschen, am 13. März in zahlreichen Großstädten mit über einhunderttausend Menschen und am 19. November in über 30 Städten – waren nicht nur ein starkes Signal für Frieden, sondern haben auch zur Organisation der Hilfsmaßnahmen für die vom Krieg Betroffenen beigetragen. Und die Antikriegs-Aktionen gehen weiter: Am 24. Februar 2023, dem ersten Jahrestag des Kriegsbeginns, soll wieder für Frieden und Abrüstung demonstriert werden.
- Wir unterstützen Soldat*innen, die desertieren, und setzen uns für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ein: Kein Mensch darf dazu gezwungen werden, andere Menschen zu töten. Wir setzen uns daher politisch dafür ein, dass diejenigen, die nicht töten wollen, Schutz finden können – egal, welche Nationalität sie haben. Dafür läuft die bereits erwähnte Kampagne. Und im Mai haben wir zur Unterstützung russischer Kriegsdienstverweigerer*innen im Rahmen unseres Bundeskongresses 8000 Euro an ein Projekt der finnischen Friedensorganisation Aseistakieltäytyjäliitto *(AKL; deutsch: Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen)* und der russischen Organisation Движение сознательных отказчиков *(MCO; deutsch: Bewegung der Kriegsdienstgegner*innen)* gespendet. Damit soll jungen Russ*innen dabei geholfen werden, sich dem Dienst im Militär zu entziehen.
- Schon lange stehen wir mit russischen Friedensaktivist*innen im Kontakt: Wir versuchen, sie zu unterstützen, was angesichts der Repression der russischen Regierung gegen sie leider schwierig ist. Aufgrund der Aussetzung des Swift-Zahlungsverkehrs können wir gerade auch keine finanzielle Unterstützung leisten. Den Friedensstimmen aus der Zivilgesellschaft sowohl in Russland als auch in der Ukraine versuchen wir eine Stimme zu geben.
- Wir schließen uns den Forderungen der „Ukrainischen Pazifistischen Bewegung“ an: Es muss einen sofortigen Waffenstillstand geben.

Das ist es, was wir als Friedensorganisation mit unseren begrenzten Kapazitäten und Mitteln leisten (Unser Jahresetat entspricht ungefähr dem Betrag, den die Bundeswehr 2016 dafür ausgegeben hat, ihre Werbung auf Pizzakartons drucken zu lassen.). Doch Alternativen zum gewaltsamen Widerstand gegen den russischen Einmarsch in der Ukraine gibt es noch viele weitere:

- Auch wenn dies hierzulande bisweilen als ketzerisch angesehen wird: Man muss mit Wladimir Putin verhandeln. Das ist eine schwere und unan-

genehme Aufgabe, aber sie wird nötig sein, um den Konflikt zu beenden. Und Diplomatie und Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien fanden sogar bereits statt: Es gab einige Treffen zwischen der russischen und ukrainischen Regierung. Kriegsgefangene wurden bereits mehrmals ausgetauscht. Im Juli kam ein, wenn auch fragiles, Abkommen über Getreideausfuhren der Ukraine zustande. Bei Verhandlungen könnten Deutschland und die EU der Ukraine auch die Rücknahme westlicher Sanktionen als Verhandlungsmasse gegenüber Russland in die Hand geben.

- Wirtschaftssanktionen sehen wir als ein Mittel an, um Druck auf die russische Regierung sowie Profiteur*innen und Unterstützer*innen des Krieges auszuüben; diese müssen aber möglichst gezielt sein. Wir bekommen auch mit, wie die aktuellen Sanktionen die Arbeit russischer Oppositioneller zum Erliegen bringen. Sanktionen dürfen dabei nicht unter dem Vorbehalt eigener wirtschaftlicher Interessen stehen. Wenn der Krieg durch Sanktionen beendet werden soll, darf auf eigene Nachteile keine Rücksicht genommen werden.
- Wir begrüßen den vielerorts geleisteten gewaltfreien Widerstand in der Ukraine: Wer besetzt ist, der ist noch lange nicht besiegt. Und die Möglichkeiten einer Sozialen Verteidigung sind auch angesichts der geringen sprachlichen und kulturellen Barrieren zwischen den Angreifern und den Angegriffenen gut.
- In der Ukraine mangelt es an vielem: Wirtschaftsbetriebe sind zerstört, im Dezember brach nach gezielten russischen Angriffen vor allem die Energieversorgung immer wieder zusammen, die medizinische Versorgung ist nicht gut, und viele Regionen im Land sind mit Munitionsresten und mit Minen verseucht; finanzielle und zivile humanitäre Hilfe sowie Munitions- und Minenräumung sind Unterstützungsleistungen, die aus Deutschland kommen sollten. Oder, um es salopp zu sagen: Es müssen nicht immer Waffen sein.
- Was Soldat*innen und ihre Befehlshaber*innen in der Ukraine angerichtet haben, muss aufgearbeitet werden: Es gibt bereits Ermittlungen, um Kriegsverbrechen wie in Butscha aufzuklären, Täter*innen zu ermitteln und sie dann zur Verantwortung ziehen zu können – doch auch hier ist noch Luft nach oben und Unterstützung wäre wichtig.

Dies waren nur einige Beispiele für Alternativen zu den moralisch fragwürdigen Waffenlieferungen. Einige davon werden, auch von uns, schon umgesetzt, andere könnten intensiver verfolgt und weitere überhaupt erst einmal begonnen werden.

Doch nicht nur über die Art der Hilfen für die Menschen in der Ukraine wird aktuell gestritten, sondern auch über Änderungen in der deutschen Sicherheitspolitik.

Die Aufrüstung der Bundeswehr ist falsch! Am 27. Februar hat Bundeskanzler Olaf Scholz ein 100-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ für die Bundeswehr angekündigt. Zwei Wochen später hat das Bundeskabinett diesem größten Aufrüstungsprogramm für das deutsche Militär seit dem Zweiten Weltkrieg zugestimmt. Für dieses „Sondervermögen“ wurde eigens das Grundgesetz geändert und im Artikel 87 ein Absatz 1a „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ eingefügt. Diese damit verfassungsrechtlich erlaubte „Sonderverschuldung“ soll helfen, das 2-Prozent-Ziel der Nato zu erreichen – und noch mehr.

Die FPD-Politikerin Agnes Strack-Zimmermann,verbreitete dazu im Bundestag und in den Medien die Falschbehauptung, die Bundeswehr sei in den vergangenen Jahrzehnten „kaputtgespart“ worden. Dies ist angesichts einer Erhöhung des Bundeswehr-Etats von 31,9 Milliarden im Jahr 2012 auf 50,3 Milliarden Euro im Jahr 2022, also ein Plus von 58 Prozent, eine glatte Lüge. Dass die Bundeswehr Probleme mit Waffen und anderer Ausrüstung hat, ist schlicht Misswirtschaft. Gerade eine Partei wie die FDP sollte lieber hier ansetzen, als noch mehr Geld in dieses olivgrüne „schwarze Loch“ zu werfen.

Doch was soll die Aufrüstung der Bundeswehr sicherheitspolitisch überhaupt bringen? Zunächst einmal: Wenn es zu einem Krieg zwischen der Nato und Russland kommen würde, wäre er wohl schnell – spätestens, wenn die erste größere Stadt einer Seite zu fallen droht – atomar. Dies sehen sowohl die Doktrin der Nato als auch die Russlands vor. Dann nützen einem auch Panzerverbände, Drohnen und andere konventionelle Waffen wenig. Lässt man dies außer Acht, wie es aktuell viele regierende Politiker*innen machen, muss man sich den aktuellen Zustand der russischen Streitkräfte vergegenwärtigen. Putins Armee ist bedrohlich und gefährlich, das zeigen die Bilder der Toten und der Zerstörung aus der Ukraine. Zudem verfügt Russland über chemische, atomare und wohl auch noch immer über biologische Waffen. Der Plan der russischen Regierung, die Ukraine binnen weniger Tage einzunehmen, scheiterte aber kläglich.

Die russische Armee hat unvorstellbare Grausamkeiten begangen – und war doch weitaus schwächer als erwartet. Und die selbstentfachte Kriegsmühle schwächt das russische Militär weiter. Mittlerweile soll Russland über 1 400 Panzer und rund 2 500 gepanzerte Fahrzeuge in der Ukraine verloren haben. Laut – immer mit Vorsicht zu betrachtenden – britischen Angaben sollen mehr als 90 000 russische Soldat*innen im Krieg gegen die Ukraine getötet, vermisst oder schwer verletzt worden sein. Selbst wenn die reale Zahl nur bei der Hälfte davon liegen würde, wären das enorme Verluste. Die Teilmobilmachung und das Zurückgreifen auf Waffen aus dem Iran zeigt, wie groß die Probleme des russischen Militärs sind.

So es um die konventionellen Streitkräfte geht, sollten die Bundeswehr und die mit ihr verbündeten Armeen dagegen mit einer gewissen, sofern man dies in einem Krieg sagen

kann, „Leichtigkeit“ ankommen. Die Bundeswehr weiter aufzurüsten, ist also nicht nötig, selbst die ukrainische Armee kommt gegen die russische Armee an. Und auch wenn sich Russland aktuell bemüht, seine Verluste zu kompensieren, wird dies Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte dauern. Und die ökonomische Lage des Landes wird eine Aufrüstung weiter belasten, auch da gibt es Grenzen.

Ein anderes Argument der Aufrüstungs-Befürworter*innen ist Abschreckung. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist vollkommen inakzeptabel und muss sofort beendet werden. Es muss aber auch klar gesagt werden: Die Ukraine wurde angegriffen, nicht die Nato. Daher zeigt der Krieg nicht, dass die aktuelle Abschreckung unzureichend wäre (falls man sich überhaupt auf die fragwürdige Abschreckungs-„Logik“ einlassen möchte).

Die Nato gibt deutlich mehr für Rüstung aus als Russland. Und ob die Militärausgaben der Nato die Russlands nun um den Faktor 18 (wie es 2021 der Fall war) oder 18,5 (wie es bald der Fall sein könnte) übertreffen, wird Putin egal sein. Aber die Symbolik der Aufrüstung der Bundeswehr und der weiterer Staaten wird Folgen haben: Russland wird ebenfalls (weiter) aufrüsten. Damit ist letztendlich niemandem geholfen. Und weder der Krieg in der Ukraine, noch die Auseinandersetzung zwischen Russland und den Nato-Staaten ist damit gelöst. Ganz im Gegenteil wird die Aufrüstung zu mehr Konflikten und Kriegen führen. Jeder Euro, Dollar oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt im Kampf gegen Menschheitsprobleme wie die Corona-Pandemie, die Klimakatastrophe oder die Armut.

Sicherheitspolitisch bringt die Aufrüstung der Bundeswehr also nichts; sie wird letztlich nur zu mehr Unsicherheit führen. Sie ist blinder und hirnloser Aktionismus und eine teure Geldverschwendung. Trotz der Milliarden-Spritze fordern Militärpolitiker*innen schon jetzt noch mehr Geld für die Bundeswehr.

Fazit: Warum Pazifismus gerade wichtiger denn je ist. Wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, führt am Pazifismus kein Weg vorbei. Der russische Einmarsch in die Ukraine ist ein Verbrechen. Und dennoch ist Aufrüstung als Reaktion darauf kein Sachzwang. Für Deutschland gäbe es zahlreiche Möglichkeiten, den Menschen in der Ukraine humanitär und gewaltfrei zu helfen.

Wer hingegen Friedensgruppen, wie es zahlreiche politische Kommentator*innen und regierende Politiker*innen in den vergangenen Monaten taten, vorwirft, für das Leiden in der Ukraine mitverantwortlich zu sein, verdreht die Tatsachen und verkennt zudem den globalen Charakter der Forderung nach Frieden und Abrüstung.

Wenn wir bei unseren Aktionen unser Ziel „Militär abschaffen!“ ausdrücken, meinen wir damit nicht nur das „eigene“ Militär, sondern auch die chinesische Volksbefreiungsarmee, die Streitkräfte der Russischen Föderation, die US-Armee und eben alle! Wenn wir uns für Kriegsdienstverweigerung einsetzen, meinen wir damit, dass alle, wirklich überall alle (!) Soldat*innen ihre Waffen niederlegen sollen. Wir setzen uns schon immer dafür ein, das – wenn auch sicherlich noch weit entfernte – Ziel einer Welt ohne Militär und kriegerische Gewalt zu erreichen.

Die Sicherheitspolitik der letzten 30 Jahre, diejenige ganz Europas einschließlich der Russlands und der Ukraine, hat dieses Ziel nicht verfolgt und ist dadurch gescheitert. Die Realpolitik war weiter auf Konfrontation aus, so wie sie es auch heute von allen Seiten tut. Nun heißt es zu verstehen, was falsch gelaufen ist, was falsch läuft und was daraus zu lernen ist.

Natürlich hat Russlands Krieg eine pazifistische Welt in weite Ferne gerückt. Das darf uns aber nicht daran hindern, sie weiter als Menschheitsziel anzustreben. Es sind ja gerade diejenigen, die sagen, dass eine pazifistische Welt unerreichbar ist, die durch ihre Aufrüstung, ihre Waffenexporte sowie ihre Kriege eben den Grund dafür liefern, warum wir diesem Ziel seit Langem kaum näherkommen.

Dies gilt auch für Deutschland: Statt besonnen und rational zu analysieren, macht die Bundesregierung einen sicherheitspolitischen Schnellschuss nach dem anderen und verbaut einer friedlichen Zukunft damit langfristig den Weg. Mitte Dezember wurde der Kauf neuer F35-Tarnkappenbomber endgültig beschlossen, um auch in den nächsten Jahrzehnten die letzten in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen einsetzen zu können. Das wird die gegenseitige Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen zementieren.

Wir sollten – und dürfen! – uns aber nicht lähmen lassen: Unsere Positionen – so sehr sie auch in der Kritik stehen – sind richtig. Wir haben die besseren Argumente. Wir müssen uns genug Gehör verschaffen. Dafür sind wir auf allen politischen Ebenen aktiv!

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Das Töten und das Sterben müssen beendet werden. Militarismus, Bellizismus und Nationalismus muss Einhalt geboten werden.

Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK. «

Rüstungsexportkontrolle oder -förderung?

Auseinandersetzung um neues Rüstungsexportkontrollgesetz

Von Jürgen Grässlin

Im Sommer 2022 veröffentlichte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) den Rüstungsexportbericht für das Vorjahr. Das Besondere daran: Nach gewonnener Bundestagswahl wird das Ministerium von Robert Habeck geführt. Für Rüstungsexporte verantwortlich ist Staatssekretär Sven Giegold, in früheren Zeiten Aktivist bei Attac. Beide vertreten sie Die Grünen.

Klar brachte das BMWK das Exportdesaster der Vorgängerregierung auf den Punkt: Demnach waren 2021 Einzelausfuhrgenehmigungen (für Waffensysteme, die in einem Jahr exportiert werden) für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von rund 9,4 Milliarden Euro erteilt worden. „Das ist der historisch höchste jährliche Genehmigungswert". Im Vorjahr hatte dieser Wert bei ehedem hohen 5,8 Milliarden Euro gelegen.

Hinzugerechnet werden mussten die Sammelausfuhrgenehmigungen (für Exporte an mehrere Empfänger bzw. über mehrere Jahre hinweg). Diese umfassten ein Volumen von 4,1 Milliarden Euro. Machte summa summarum den dramatischen Genehmigungswert von 13,5 Milliarden Euro.

Besonders folgenschwer war, dass die Vorgänger im Bundessicherheitsrat in den letzten Tagen ihrer Amtszeit für die militärischen Machthaber im Entwicklungsland Ägypten Kriegswaffenlieferungen im Wert von 4.3 Milliarden Euro genehmigt hatten. Von Abfeuerausrüstungen über Flugkörper und Seeminen bis hin zu Fregatten.

Genau derlei Waffentransfers widersprachen eklatant den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung. Schließlich war das Regime von Abd al-Fattah as-Sisi durch einen Militärputsch an die Macht gelangt. Seither unterdrückte das Militärregime Andersdenkende und Andersgläubige mit brutalen Mitteln, Exekutionen wurden vollzogen. Mehr noch: Seit sechseinhalb Jahren beteiligte sich Ägypten an der von Saudi-Arabien geführten rechtswidrigen Militäroperation Operation Decisive Storm im Jemen-Krieg.

Und auch die Exportgenehmigungen für 2022 verhießen nichts Gutes. So hatte die Ampelkoalition bis zum 30. August bereits Waffentransfers im Volumen von 5,2 Milliarden Euro genehmigt.

Wie die soziale Bewegung für ein Kontrollgesetz kämpft. So sollte, so durfte es nicht weitergehen! Genau deshalb setzten wir uns seitens der Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" mit unseren weit mehr als 100 Mitgliedsorganisationen mit Nachdruck für ein neues striktes Rüstungsexportkontrollgesetz ein.

Wie dringend dieses Gesetz vonnöten war und ist, legten die Urteile in den Strafprozessen gegen Heckler & Koch und Sig Sauer schonungslos offen. Noch immer können Konzerne als solche nicht verklagt werden, einzig verantwortliche Personen, denen Straftaten nachgewiesen werden können. Gerichtsurteile führten zwar zu Verurteilungen, allerdings mit Haftstrafen auf Bewährung. Auch dann, wenn Kriegswaffen in gewaltigem Umfang widerrechtlich in Bürgerkriegsgebiete geliefert worden waren.

In enger Absprache mit der Aufschrei-Kampagne legte Greenpeace im April 2021 den 34-seitigen Entwurf „Rüstungsexportkontrollgesetz. Gesetzesentwurf über ein einheitliches Verfahren, bindende Grundsätze und die Kontrolle über den Export von Rüstungsgütern" vor.

Nach zahlreichen Podiumsdiskussionen und Off-the-Record-Gesprächen mit Entscheidungsträgern in den jeweiligen Parteien waren die Weichen gestellt. Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP wurde festgeschrieben: „Wir setzen uns für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ein." Dennoch war Vorsicht geboten: Im „begründeten Einzelfall" sollten auch weiterhin Kriegswaffen in bedenkliche Länder exportiert werden können.

Schwerpunkt der Grünen war in den vergangenen Jahren die Forderung nach einem Verbandsklagerecht gewesen. Mit diesem Rechtbehelf sollen bestimmte NGOs klagen können, um die Rechtmäßigkeit von Exportgenehmigungen ggf. vor Gericht klären zu lassen. Vorbild waren die rechtlichen Vorgaben im Umwelt- und Behindertenbereich. Alles sollte besser werden, zumal mit Habeck und Giegold nunmehr die Grünen an den Schalthebeln der Macht saßen.

Das Problem: Mit der völkerrechtswidrigen Intervention russischer Truppen in der Ukraine wurde unsere vormals so gute Ausgangslage – mit breiter Zustimmung in der Bevölkerung gegen Waffenexporte in die besonders problematischen Drittländer – seit dem Frühjahr 2022 schlichtweg pulverisiert. Im Rahmen der „Zeitenwende" bewilligte und bewilligt die Ampelkoalition das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr, zudem auch umfassende Waffenlieferungen an die ukrainischen Verteidigungskräfte.

Genau in diesen bewegten Tagen rief das BMWK sowohl die in dem Themenbereich arbeitenden NGOs und Friedensforschungsinstitute als auch die Rüstungsindustrie mit ihren Lobbyverbänden auf: Sie alle sollten ihre Stellungnahmen zum geplanten neuen Rüstungsexportkontrollgesetz einreichen und in folgenden Fachgesprächen vertreten. Für Aktion Aufschrei legten wir beachtliche 30 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge vor.

Wir waren uns der Bedeutung dieser Situation vollauf bewusst: Ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 ging es um die Neuregelung der gesamten Rüstungsexportkontrolle. Zumindest auf lange Jahre, vermutlich Jahrzehnte hinaus, sollten die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für Rüstungsexporte festgeschrieben werden.

Hatten wir nach dem Fachgespräch mit Sven Giegold, Katja Keul und den BMWK-Vertretern noch eine halbwegs positive Einschätzung, so zeigte sich mit der Veröffentlichung der Eckpunkte für das neue Rüstungsexportkontrollgesetz im Oktober, wohin die Reise gehen sollte. Für Aktion Aufschrei kritisierten wir die Vorlage scharf. Diese bleibe „weit hinter den Erwartungen an eine wirkliche restriktive Exportpraxis zurück, wenn es auch gute Punkte darin gibt“, kommentierte Aufschrei-Sprecherin Christine Hoffmann.

Ich empfand die Eckpunkte des BMWK als „ein Schlag ins Gesicht“ all derer, die jahrelang gemeinsam mit den Grünen als Oppositionspartei für eine wirklich restriktive Rüstungsexportpolitik eingesetzt haben. Mein Vorwurf: „Es ist unglaublich enttäuschend und auch äußerst kurzsichtig, dass ausgerechnet das von den Grünen geführte BMWK das Verbandsklagerecht – für das die Partei jahrelang gekämpft hat! – fallen lässt.“

Mit Nachdruck forderten wir, das BMWK müsse den Gesetzentwurf dringend nachschärfen und sich dabei gegen die Koalitionspartner SPD und FDP durchsetzen.

Verstärkte Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und zum Morden? Genau diese desaströse Entwicklung hatte sich bereits Ende September abgezeichnet, als Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner zweitägigen Werbereise für kurzfristige Gasexporte und die langfristige Zulieferung von Wasserstoff aus der Golfregion von Kronprinz Mohammed bin Salman in Saudi-Arabien begrüßt wurde. Von eben dem bin Salman, der laut US-Geheimdiensten den Auftrag zur Ermordung des saudischen Journalisten Khashoggi erteilt hatte und der die Jemen-Kriegskoalition anführte.

Scholz brachte derweil eine frohe Kunde für den Kronprinzen mit. Laut aktuellem Beschluss des Bundessicherheitsrats durften Airbus seine Teilezulieferungen zur Ausrüstung und Bewaffnung sowie auch Munition für die „Eurofighter“ und „Tornado“ wieder aufnehmen. Kampfjets, mit denen die Royal Saudi Airforce seit Jahren nachweislich auch zivile Ziele im Jemen bombardierte und zahlreiche unschuldige Menschen tötete.

Rückendeckung erhielt Scholz von Annalena Baerbock. Es gebe „keine direkten Waffenlieferungen von Deutschland nach Saudi-Arabien“, so die Bundesaußenministerin. Tatsächlich lieferten die deutschen Konzerne schon immer an Großbritannien zu. Im englischen Warton erfolgt die Endmontage der Kampfbomber, ehe sie an Riad ausgeliefert werden. „Diese Projekte können wir gerade jetzt nicht blockieren“, bekräftigte die Grünen-Politikerin. Wohlwissend, dass sie damit höchstpersönlich der Beihilfe zum Morden im Jemen-Krieg zustimmte.

Die Erwartungen an das neue Rüstungsexportkontrollgesetz müssen wohl noch tiefer herabgeschraubt werden. Die neue Leitlinie der Ampelkoalition lautet: Frieden schaffen mit exorbitant viel Exportwaffen. Auch in Krisen- und Kriegsgebiete und nicht einzig zur Verteidigung.

Wie realistisch diese Analyse ist, offenbarte sich in den beiden Fachgesprächen, die das BMWK mit Vertretern der Friedensbewegung und -forschung sowie der Rüstungsindustrie und deren Lobbyverbänden Ende November in gemeinsamen Runden führte. Ich nahm als Vertreter der DFG-VK an beiden äußerst kontrovers ausgefochtenen Zoom-Meetings teil.

Staatssekretär Giegold moderierte und bezog Stellung, vielfach pro Industrie. Klar formulierte ich die Befürchtung, in seiner jetzigen Vorlage werde das neue Gesetz keinesfalls zu einer Senkung der Rüstungsexporte beitragen, was Giegold bestätigte. Ja, angesichts der Weltlage müsse mit einer weiteren Steigerung gerechnet werden, so der Grünen-Staatssekretär.

Die Büchse der Pandora ist mit dem deutsch-französisch-spanischen Kooperationsvertrag längst geöffnet. Großwaffensysteme werden in anderen Staaten mit deutschen Bestandteilen endmontiert und von dort aus auf die Schlachtfelder der Welt exportiert werden. Ein Vetorecht soll es nicht geben. Als Rüstungsexportkontrollgesetz gedacht, entpuppt sich der neue Gesetzesrahmen mehr und mehr als Rüstungsexportförderungsgesetz.

Um das ganze Desaster der Exportgenehmigungen für besonders bedenkliche Drittländer zu kaschieren, sollen bisherige Drittländer in den Rang von Nato-gleichgestellten Staaten erhoben werden. Den Anfang machen Südkorea, Uruguay, Chile und Singapur. In den beiden letztgenannten Ländern verübten staatliche Sicherheitskräfte zuletzt schwere Menschenrechtsverletzungen.

Noch besteht die Chance der Einflussnahme. Die Gesetzesvorlage wird derzeit mit den anderen Ressorts en detail abgesprochen. Nach dem Referentenentwurf wird dann die Debatte im Kabinett folgen, final die Diskussion im Bundestag. Lasst uns seitens der DFG-VK mit der Friedensbewegung alle Hebel in Bewegung setzen, damit tatsächlich ein Kontrollgesetz verabschiedet wird.

Ansonsten wird die Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen und zum Morden verstärkt mit deutschen Waffen bzw. deren Bestandteilen fortgesetzt werden. Es geht um Menschenleben, die Auseinandersetzung muss in den kommenden Monaten unsererseits mit aller Kraft geführt werden.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ «

Gedanken zum Krieg

Die Abschiedsrede von der parlamentarischen Bühne

Von Oskar Lafontaine

Bereits in der Schule lernten wir, wie wir zum Krieg eingestellt sein sollten. Da hieß es mit den Worten des Dichters Horaz: „Dulce et decorum est pro patria mori." – „Süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben." Wir sollten darüber einen Aufsatz schreiben. Als ich aufgefordert war, dazu Stellung zu nehmen, erinnerte ich mich an die Geschichte meiner Familie:

Mein Onkel, dessen Vornamen mir meine Eltern gaben, ist 1941 200 Kilometer vor Moskau gefallen; mein Vater ist im April 1945, kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges, von einem US-Soldaten erschossen worden, als er auf dem Weg zu seiner Familie war. Bei dieser Familiengeschichte war es mir schon als Schüler nicht möglich, diese These des Horaz anzunehmen, dass es süß und ehrenvoll sei für das Vaterland zu sterben. Den Sinn dieses Sterbens konnte ich mir damals nicht erschließen. Und er erschließt sich mir noch immer nicht. Welchen Sinn hatte es, in Hitlers verbrecherischem Krieg sein Leben zu opfern? Der Zweite Weltkrieg führte zu 60 Millionen Toten.

Ich habe daher auch immer Verständnis gehabt für diejenigen, die sich allen Kriegen oder dem Krieg an sich verweigert haben. Damals gab es ein berühmtes Lied von Boris Vian, „Le Déserteur", welches ich in meiner Jugend gerne gehört habe. Es gab einen französischen Innenminister der Vierten Republik, der dieses Lied während des Algerien-Krieges verboten hatte, sein Name war François Mitterrand. Dennoch bin ich überzeugt, dass dieses Lied viele junge Leute zu Kriegsdienstverweigerern machte.

Ich hatte auch immer eine große Sympathie für Kriegsdienstverweigerer und habe sie auch bis zum heutigen Tage noch. Ein Held meiner Jugend war der ehemalige Boxweltmeister Mohammed Ali, der, als er in den Vietnam-Krieg eingezogen wurde, schlicht und einfach gesagt hat: „Ich gehe da nicht hin, warum soll ich diese Menschen erschießen, sie haben mir nichts getan."

Der Vietnamkrieg prägte meine Einstellung zum Krieg nachhaltig: die Verbrechen, die dort begangen worden sind, der Einsatz chemischer Waffen, drei Millionen Tote! Damals ging eine ganze Generation auf die Straße, um gegen diesen Krieg zu protestieren! In diesem Zusammenhang drängte sich meiner Generation die Frage auf: Wer will denn eigentlich Krieg?

Es ist eine entscheidende Frage, denn ich bin ganz sicher, dass kein sibirischer Bauer mit einem ukrainischen Bauern Krieg führen will – warum sollte er auch? Wir lernten sehr schnell, dass es nicht die Völker der Welt sind, die Krieg wollen, sondern stets eine kleine Minderheit. Das gilt auch heute noch für den Ukraine-Krieg. Es gelingt zwar hin und wieder über die Medien, eine Mehrheit der Bevölkerung für den Krieg aufzustacheln.

Man denke zum Beispiel an das August-Ereignis des Ersten Weltkrieges, bei dem die Bevölkerung so aufgeputscht wurde, dass die Mehrheit freudig in den Krieg zog und selbst die Dichter und Denker den Krieg bejahten, Thomas Mann beispielsweise, der vom Krieg als einer „Reinigung" sprach und ihn einen „Ausstieg aus der satten Friedenswelt" nannte, oder Max Weber, der den Krieg „groß und wunderbar" fand und dass es „herrlich" sei, ihn noch zu erleben, aber „sehr bitter", nicht mehr an die Front zu dürfen. Aber auch die haben nach einiger Zeit das Grauen des Krieges erkannt und anders geredet.

Bei dem Nachdenken über den Krieg stellt sich früher oder später die Systemfrage – eine hochaktuelle Frage und ich muss mich hierzu gar nicht auf irgendwelche Säulenheiligen des linken Spektrums berufen.

Ich berufe mich auf Papst Franziskus, der einmal gesagt hat: „Diese Wirtschaft tötet." Er meinte unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung und unsere Wirtschaftsweise mit ihren Eigentumsstrukturen. Ich halte diese Analyse des Papstes für richtig. Ich selbst beantworte die Frage so, dass wir in der Welt mehr und mehr Systeme des Oligarchen-Kapitalismus haben, also Staaten, in denen eine Minderheit große Vermögen anhäuft und die Politik in zunehmendem Maße prägt. Dieser Oligarchen-Kapitalismus führt notwendigerweise zum Krieg.

Ein Kronzeuge dieser Analyse ist der ehemalige Präsident der USA, Dwight D. Eisenhower, der in seiner Abschiedsrede am 17. Januar 1961 vor dem Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes in den USA warnte: „Wir in den Institutionen der Regierung müssen uns vor unbefugtem Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet." Mittlerweile beherrscht der militärisch-industrielle Komplex Senat und Kongress in Washington und sorgt dafür, dass sich die USA ständig im Krieg befinden und zum größten Waffenlieferanten der Welt wurden.

Der französische Sozialist und Pazifist Jean Jaurès sagte einmal: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen." Ich halte diesen Satz nach wie vor für rich-

tig, habe ihn oft zitiert in vielen Reden, und er wurde im Grunde genommen nicht widerlegt. Alle Staaten, die von Oligarchen geprägt werden – das gilt im Osten wie im Westen –, führen Kriege. Wir hatten viele völkerrechtswidrige Kriege, das dürfen wir nicht vergessen. Ich halte es für eine Überlebensfrage, dass wir energisch gegen Kriege vorgehen, aber: Wir müssen mit gleichem Maßstab messen! Überall! Sonst werden wir niemals Frieden auf der Welt erreichen.

Wenn ich heute an diese Verbrechen im Krieg in der Ukraine denke, dann empfinde ich Mitleid und Zorn. Aber ich denke eben auch – und auch da empfinde ich Mitleid und Zorn – an den langjährigen Krieg im Jemen. Ich kann mich nur wundern, dass jetzt darüber nachgedacht wird, Energie nicht etwa von Russland zu beziehen – Russland wird Putin überleben und dann immer noch unser Nachbar sein –, sondern dass man jetzt von den Golfstaaten Energie beziehen will, die diesen verbrecherischen Krieg seit Jahren mit Unterstützung der USA führen. Über 300 000 Menschen sind dort bereits ums Leben gekommen, darunter 80 000 Kinder. Die Vereinten Nationen weisen regelmäßig darauf hin, in welch schlimmen Verhältnissen Millionen Menschen im Jemen leben. Wenn ich an diesen Krieg denke, dann frage ich mich: Warum muss das sein, warum lernt die Welt nicht dazu?

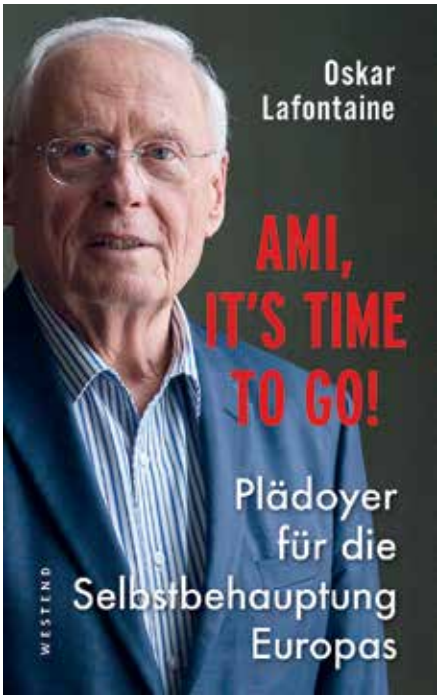
Ich bin dafür, dass wir Kriegsverbrecher vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen – aber dann bitte alle! Alle, die in der Politik für völkerrechtswidrige Kriege Verantwortung tragen! Sonst werden wir auf dieser Welt keinen Frieden finden. Nur wenn wir mit gleichen moralischen Kriterien an alle diese Fragen herangehen, wenn wir den Grundsatz beherzigen „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu", werden wir vielleicht dem Frieden in dieser Welt ein Stück näher kommen.

Eine zweite These, mit der wir in der Schulzeit konfrontiert waren, war die berühmte These: „Si vis pacem para bellum" – „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor".

Ich bin der Auffassung, dass dieser Grundsatz im Atomzeitalter neu überdacht werden muss. Er ist nicht mehr richtig. Russland ist eine Atommacht. Was würde es geändert haben, wenn wir die Bundeswehr schon früher mit Dutzenden Milliarden aufgerüstet hätten, wenn wir doppelt so viele Flugzeuge, doppelt so viele Schiffe und doppelt so viele Panzer sowie gut ausgerüstete Soldaten in Deutschland gehabt hätten. Was hätte es geändert? Nichts! Daher lehne ich die massive Aufrüstung im Zuge des Ukraine-Krieges ab.

Die bittere Wahrheit ist, dass Atommächte glauben, in ihrem Umfeld Einflusszonen zu haben, denken Sie etwa an Mittel- und Südamerika, an Kuba, denken Sie an alle Grenzgebiete von Russland. Atommächte glauben, dass sie in diesen Gebieten bestimmen könnten – und sie haben sogar Gründe dafür, auf die ich gleich noch zu sprechen komme. Wir leben nun mal im Zeitalter der atomaren Drohung.

Meine politischen Überlegungen wurden sehr stark von dem Philosophen Günther Anders geprägt, dessen Hauptwerk sich „Die Antiquiertheit des Menschen nennt." Seine Feststellung, dass die Menschen heute Dinge herstellen, die sie nicht mehr begreifen, von denen sie schlichtweg keine Vorstellung mehr haben, nannte er das „prometheische Gefälle". Auch ich bin der Auffassung, dass die Menschheit sich nicht vorstellen kann, was ein nukleares Inferno bedeuten würde. Ich bin manchmal fassungslos, wenn ich heute Fernsehen-Diskussionen höre, in denen Teilnehmer der Diskussion ganz nüchtern über Nuklearkriege sprechen, ohne dass ein Wort darüber fällt, was das eigentlich für ein Wahnsinn ist. Ich habe große Sorge, dass sich das in diese Richtung weiterentwickelt und dass wir eines Tages nicht mehr wissen, wie das alles gekommen ist. Denken Sie an die »



Am 16. März 2022 hielt Oskar Lafontaine seine letzte Rede im saarländischen Lantag, dem er mehrere Jahrzehnte angehört hatte; bei der Landtagswahl Ende März bewarb er sich nicht erneut um ein Mandat. Somit wurde die Rede des früheren Vorsitzenden der SPD, danach der Partei Die Linke und zum Schluss parteilosen Lafontaine zur Abschiedsrede von der parlamentarischen Bühne. Diese Gelegenheit nutze der frühere Saarbrücker Oberbürgermeister, Ministerpräsident des Saarlandes und Bundesfinanzminister dazu, seine „Gedanken zum Krieg" zu formulieren. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine war – gewissermaßen „passend" dazu – wenige Wochen zuvor von Russland begonnen worden, so dass der langjährige Mitstreiter der Friedensbewegung sich sehr grundsätzlich zum Thema Krieg und Frieden äußern wollte und konnte.

Auch wenn er selbst kein Pazifist ist, dürften doch die meisten Pazifist*innen seiner Analyse und seinen Schlussfolgerungen in der bemerkenswerten Rede zustimmen.

Die Rede wurde, von Lafontaine bearbeitet, in dem Ende November erschienen Buch „Ami, it´s time to go!" veröffentlicht. Wir danken dem Autor sowie dem Westend-Verlag für die Erlaubnis zur Veröffentlichung.

» jüngsten Vorschläge, die Nato solle in diesen Krieg eingreifen.

Deswegen möchte ich sehr deutlich unterstreichen, dass es gut ist, dass der Bundeskanzler sagt: „Nein, die Nato wird nicht in diesen Krieg eingreifen." Er zeigt damit Verantwortung gegenüber den Deutschen, den Europäern, ja gegenüber der ganzen Menschheit, und das ist keineswegs Ausdruck von Feigheit, wie ihm von vielen Seiten attestiert wird.

Wenn es Lösungen gibt, dann bin ich der Meinung, dass man diesen Weg gehen muss. Ich halte Vorschläge, wie sie beispielsweise von dem ehemaligen Bundesinnenminister Otto Schily in einem Aufsatz in der „Welt" vorgetragen wurden, für sehr überzeugend. Schily schlägt vor, dass man der Ukraine eine ähnliche Verfassung gibt wie der Schweiz, auch mit regionalen Autonomie-Vorstellungen, und dass diese Neutralität dann von der internationalen Gemeinschaft militärisch abgesichert wird. Ich sehe keinen anderen Weg, denn am Ende des Krieges muss ein für beide Seiten gesichtswahrender Kompromiss stehen.

Ich möchte einen weiteren Gedanken vortragen, der vielleicht die große Problematik andeuten kann, über die wir heute reden: Es gab in der Friedensbewegung, an der ich sehr intensiv beteiligt war, die Idee der „sozialen Verteidigung". Die Idee der sozialen Verteidigung hätte zur Folge gehabt, dass die Ukrainer sich nicht militärisch gewehrt hätten, dass sie dann unter den Bedingungen des russischen Oligarchen-Systems gelebt hätten und dass die Ukraine dann nicht zerstört worden wäre und dass nicht so viele Leben ausgelöscht worden wären. Die Ukraine wäre ein Vasallenstaat Russlands geworden, aber die Ukrainer hätten gegen die Besatzer sozialen Widerstand geleistet. Das wurde in der Friedensbewegung intensiv und ergebnisoffen diskutiert. Sie fragen sich, warum? Weil der Teil der Friedensbewegung, der diese Diskussion geführt hat, das Menschenleben höher gewichtet hat als andere Werte. Ich gebe das nur zu bedenken, ich weiß, dass es ganz andere Philosophien und ganz andere Haltungen dazu gibt.

Ich habe mir die Idee der sozialen Verteidigung nicht zu eigen gemacht, aber ich habe mich durchgerungen zu sagen: Wenn überhaupt Krieg, dann Verteidigungskrieg. Alle anderen Kriege habe ich immer abgelehnt. Das prometheische Gefälle bereitet einem auf jeden Fall Sorgen. Es bereitet einem Sorgen, wenn wir Dinge herstellen, die wir uns nicht mehr vorstellen können, die wir im Grunde genommen auch daher – wie Anders formuliert hat – moralisch gar nicht mehr erfassen.

Mein wichtigstes Thema in der Friedensbewegung waren die Vorwarnzeiten der Raketen. Das ist brandaktuell. Ich habe mich damals gegen eine Stationierung der Pershing 2 in der Bundesrepublik gewandt, weil diese Rakete eine Flugzeit von zehn Minuten hat, was dem Kreml faktisch keine Reaktionszeit mehr gelassen hätte. Die Lehre aus dieser Zeit ist, dass wir in keinem Fall Raketen an der Grenze von Atommächten stationieren sollten, ob in Kuba, auf den Philippinen oder an der russischen Grenze. Das ist viel zu riskant. Zumal bei einer digitalen Steuerung technische Systeme auch irgendwann mal versagen können.

Einer der Helden meiner Zeit, der den meisten gar nicht bekannt ist, ist ein Oberst Petrov. Er saß in der Atom-Steuerzentrale der Sowjetunion und erhielt den Alarm, dass amerikanische Interkontinentalraketen im Anflug seien. Er hatte die Anweisung, bei einem solchen Alarm den Knopf zu drücken, um den Gegenschlag auszulösen. Doch er hat den Knopf nicht gedrückt. Damit hat er die Menschheit vor einem nuklearen Inferno bewahrt.

Was uns die jetzige Situation lehrt: Das Gebaren der Atommächte ist doch so, dass wir sie immer wieder dazu drängen müssen, endlich den Atomwaffensperrvertrag zu realisieren, der sie seit Jahrzehnten zur nuklearen Abrüstung verpflichtet. Sie verstoßen seit Jahrzehnten gegen diesen Vertrag und nehmen sich Sonderrechte in der Welt heraus. Sie formulieren und gestalten ihre Politik aufgrund dieses Vertragsbruchs.

Daraus ergibt sich die Frage: Was können wir in Europa für Konsequenzen daraus ziehen? Wir brauchen unbedingt ein selbständiges Europa. Wir brauchen ein Europa, das seine eigene Politik formuliert und – das sage ich mit Leidenschaft – das sich nicht in die Auseinandersetzung der atomaren Supermächte hineinziehen lässt. Das gilt für die drei derzeitigen Großmächte USA, Russland und China.

Wir dürfen uns nicht hineinziehen lassen! Das war die Grundlage der Politik Charles de Gaulles. Diesen Grundsatz vertritt auch der heutige französische Präsident Macron. Diese Politik hat auch Klaus von Dohnanyi, mit dem ich eine Zeit lang politisch zusammengearbeitet habe, in einem lesenswerten Buch formuliert. Er hatte an vielen Gesprächen teilgenommen, die wir mit Willy Brandt geführt hatten, auch zu der Frage, wie wir einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg vermeiden können. Deshalb plädierte ich noch einmal für einen deutsch-französischen Bund und für ein gemeinsames Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland und Frankreich. Ich weise darauf hin, dass Deutschland und Frankreich zusammen eine weitaus größere Wirtschaftskraft und eine größere Bevölkerung als beispielsweise Russland haben. Es will mir nicht in den Kopf, dass Deutschland und Frankreich keine tragfähige Verteidigung aufbauen können, die sich im internationalen Gegeneinander der miteinander rivalisieren Mächte behaupten könnte.

Wie also kommen wir zurück zum Frieden? Ich glaube, dass wir dafür auch auf das europäische Erbe zurückgreifen müssen, auf das Erbe unserer Kultur. Hier im Plenarsaal hängt immer noch ein Kreuz, das Symbol der christlichen Religion. Der Kernsatz dieser Religion, auf die wir uns so oft beziehen, heißt: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." Es steht aber in der Bibel noch etwas anderes, was heute dem ein oder anderen

überhaupt nicht über die Lippen ginge: „Liebet eure Feinde."

Die Feindesliebe ist eine solche Provokation, dass sich der Mensch damit zunächst überhaupt nicht vertraut machen kann. Was müsste sich ein Politiker anhören, der heute in einer Talkshow sagen würde: „Wir müssen die Russen lieben"? Es blutet mir das Herz, dass russische Künstler ausgeladen werden und nicht mehr auftreten können. Das halte ich wirklich für eine unmögliche Vorgehensweise.

In meiner Arbeit als Bürgermeister von Saarbrücken habe ich 1975 gemeinsam mit Hermann Wedekind die Städtepartnerschaft Saarbrücken–Tbilissi, der Hauptstadt Georgiens, gegründet und später auf das Saarland ausgeweitet. Es ging dabei nicht nur um die georgische Kultur, es ging auch um unsere Beziehungen zur Sowjetunion. Es ging darum, durch Städtepartnerschaften der Länder einen Beitrag zum Frieden zu leisten. Kürzlich machte einer den Vorschlag, die Städtepartnerschaften mit Russland jetzt zu beenden. Welch eine Torheit! Das Gegenteil sollten wir tun: mehr Jugendaustausch, mehr sportlichen Austausch, mehr kulturellen Austausch, mehr Städtepartnerschaften. Denn eines wird zwar in den Medien kaum thematisiert, liegt doch aber auf der Hand: Russland wird Putin überleben! In meinen Augen ist Moskau eine europäische Stadt, Russland ein europäisches Land. Ohne die russische Kultur kann ich mir die Entwicklung der europäischen Kultur nicht vorstellen. Was wäre beispielsweise die europäische Literatur ohne Dostojewski und Tolstoi?

Nun denke ich in diesen Tagen oft an zwei Menschen, die mich geprägt haben. Zunächst an meinen politischen Ziehvater Willy Brandt, der nicht nur gesagt hat: „Von deutschem Boden soll niemals wieder Krieg ausgehen, das sei die Lehre unserer Geschichte." Er hat in seiner berühmten Nobelpreisrede auch festgestellt: „Krieg ist die Ultima Irratio." Und er hat auch zusammen mit seinem Freund Egon Bahr immer wieder die Deutschen gemahnt: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts." Daran denke ich, wenn ich die schrecklichen Bilder in der Ukraine sehe.

Ich denke aber auch – und ich hatte das Glück, ihn kennenzulernen – an Michael Gorbatschow. Ich bin kein „Putin-Versteher", das habe ich vorhin mit dem Oligarchen-Kapitalismus versucht zu begründen. Aber ich bin ein Gorbatschow-Versteher oder anders gesagt: Ich hege eine große Sympathie für diesen Mann. Was ist wohl in seinem Kopf vorgegangen, nachdem sein Traum vom europäischen Haus so brutal zerstört worden ist?

Wir Deutschen haben Gorbatschow viel zu verdanken, denn es ist so, dass heute die Welt beziehungsweise die Weltpolitik immer noch von der Sprache der Macht beherrscht wird. Wenn Gorbatschow die Truppe nicht zurückgezogen hätte aus der ehemaligen DDR, dann hätten wir noch so viel reden und erzählen können: Er war der Chef einer Atommacht. Wir, die Deutschen, haben Gorbatschow viel zu verdanken und deshalb dürfen wir nicht alle Russen zu Feinden erklären. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass wir wieder zu einem friedlichen Miteinander mit Russland, mit den Menschen dort kommen. Mir tun nicht nur Ukrainer leid, die jetzt unter dem Bombenhagel zu Tode kommen oder verletzt werden. Mir tun auch die jungen Russen leid, die in einen Krieg geschickt werden, den sie gar nicht wollten, die ebenfalls ums Leben kommen und gar nicht wissen, wofür sie ihr Leben opfern.

Wir sind uns hoffentlich alle einig, dass jetzt alles getan werden muss, dass die Waffen schweigen. Jeder Schritt, der zu einem Waffenstillstand führt, ist ein Schritt in Richtung Frieden und somit wichtiger als alles andere, was derzeit gesagt und geredet wird. Der Waffenstillstand, der Frieden, hat höchste Priorität. Jeder sollte versuchen, dazu seinen Beitrag zu leisten. «

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2022 im 49. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: *ZivilCourage – Magazin der DFG-VK*, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de
Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)
Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de
Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34
ISSN: 1614-1954
Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.
Erscheinungsweise: vier Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.
Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 21. Dezember. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 31. Januar 2023.

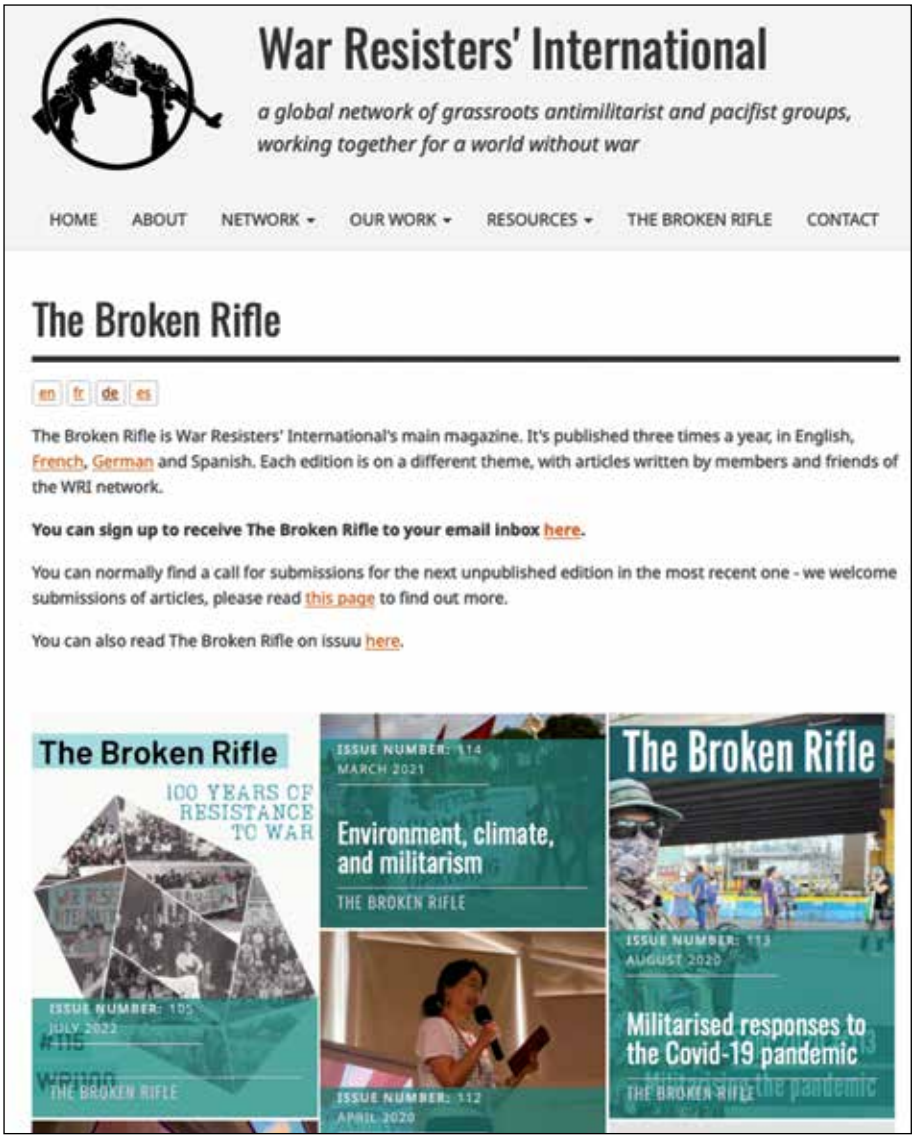
Global betrachtet

Kriege weltweit beenden. Ein Rückblick – ein Jahr, fünf Jahre

Von David Scheuing

Nach nunmehr fünf Jahren beende ich meinen Beitrag zu dieser Kolumne; Zeit, zurückzublicken in einem und auf ein Jahr, das selbstverständlich einen besonderen Platz einnimmt: Der Krieg gegen die Ukraine ist die weltpolitisch bedeutendste Zäsur, über deren Folgen ich hier berichtet habe. Dennoch sollen die anderen größeren und kleineren Herausforderungen pazifistischer Arbeit rund um den Globus nicht dahinter zurückstehen. Eine letzte Reflexion und letzte Aufrufe an dieser Stelle.

Ukraine-Krieg: KDV-Netzwerke, Desertion und Kampagnen. Wie seit vielen Jahren nicht mehr, wird in Europa derzeit über Kriegsdienstverweigerung und Desertion offen gesprochen. Berichte über hunderttausende russische Kriegspflichtige, die ins Ausland zu entkommen such(t)en, ergänzen solche über freiwillige Desertion und Befehlsverweigerung auf russischer Seite. Von ukrainischer Seite ist davon noch recht wenig zu hören – allerdings läuft seit dem 8. Dezember eine Urgent Action der *War Resisters´ International (WRI)* zum Fall des verurteilten Verweigerers Vitaliy Alekseinko. Mehr dazu hier: *https://bit.ly/3BDa0b2*. Doch die Desertion und der aktive Kriegsentzug sind selbst im Falle des russischen Angriffskrieges für europäische Staaten kein Grund, den betroffenen Menschen Asyl anzubieten. Es gilt also, die entsprechende Kampagne von *Connection e.V.*, der *WRI*, dem *Internationalen Versöhnungsbund (IFOR)* und dem *Europäischen Büro für KDV (Ebco)* #ObjectWarCampaign zu unterstützen – nach allen Kräften.



Aus dem Kaukasus sind in der *WRI* auch nach längerer Stille wieder Stimmen der Organisierung von Friedensaktivist*innen und Kriegsdienstverweigerer*innen zu vernehmen – so nimmt ein Beratungsnetzwerk zur rechtlichen Unterstützung von russischen und belarussischen Verweigerern in Georgien Fahrt auf. Das sind, so traurig die Umstände sind, ermutigende Zeichen auch für dauerhaftere Beratungs- und Verweigerungspraxis in den Kaukasus-Staaten.

Dennoch: Das zu Ende gehende Jahr ist ein bitteres – für das Leben und die Freiheit der ukrainischen Zivilbevölkerung, für die Möglichkeiten europäischer Kooperations- und Friedensprojekte, für unser aller Sicherheit.

KDV weltweit: von Südkorea bis in die EU. Der Blick zurück auf die vergangenen fünf Jahre hebt mir einzelne Fälle der KDV-Praxis deutlich heraus: Die stückweise, mühsam und akribisch erkämpften Fortschritte für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Südkorea, wo es immer noch keinen wirklichen Alternativdienst gibt, wo KDVer immer noch massiv diskriminiert werden und wo die kleinen Fortschritte doch viel mehr sind, als zu hoffen gewagt wurde. Die Arbeit der

südkoreanischen *WRI*-Mitgliedsorganisation *WorldWithoutWar (http://www.withoutwar.org)* sollten wir aktiv bekannt machen und unterstützen.

Die wiederholten Verknastungen von israelischen Verweigerer*innen werden auch perspektivisch leider nicht so schnell der Vergangenheit angehören – die Anzeichen für eine gesellschaftliche Debatte in Israel über Sinn und Zweck einer solch tiefgreifenden Militarisierung sind meines Erachtens nicht ausreichend. Die *WRI*-Mitgliedsorganisation aus Israel („New Profile/שדה ליפורפ“, *https://newprofile.org/)* setzt sich zwar mit Rat und Tat für die Verweigerer*innen ein – die politische Lage im Land lässt hier aber nicht ernsthaft auf Verbesserungen hoffen.

Der Umgang mit religiösen Minderheiten und ihrem Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein globales Problem – immer wieder wurde an dieser Stelle auf den Umgang mit Zeug*innen Jehovas aufmerksam gemacht; von Turkmenistan über Griechenland bis nach Kolumbien, die Fälle ähneln sich, es ist eine systematische Praxis der Diskriminierung und der Menschenrechtsverletzung.

Und es zeigt sich: Die Tendenz, die ich mit Hannah Brocks Beitrag von 2018 in meinem allerersten Kolumnenbeitrag in der *ZivilCourage* 2/2018 schilderte, setzt sich fort – die Bedingungen für Verweigerung, Asyl bei Desertion sowie der menschenrechtlich korrekten Behandlung von Verweigerer*innen verschlechtern sich im globalen Durchschnitt, während immer wieder Länder zur Wehrpflicht zurückkehren, ihre stehenden Heere ausbauen und auch scheinbar „ewig“ neutrale Staaten nunmehr in politische Militärbündnislogiken geraten. Es sind geradezu entmutigende Zeiten.

Nach dem Tag der Gefangenen für den Frieden am 1. Dezember *(https://bit.ly/3V5VbVs)* jedes Jahres müssen wir uns daher umso lauter vergewissern: Krieg, jeder Krieg, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, an der Menschheit Wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Vergesst die Verweigerer*innen nicht!

Gewaltfreiheit, die inspiriert. In den letzten fünf Jahren haben wir in dieser Kolumne auch mutige gewaltfreie Umstürze betrachtet, wie die im Sudan und in Armenien. In beiden Kontexten muss aber auch festgehalten werden, dass die militärischen Beharrungskräfte ausgesprochen stark sind: Im Sudan übernahm eine Militärjunta die Amtsgeschäfte und verweigert dem demokratischen Widerstand bis heute die Umsetzung der revolutionären Ziele; in Armenien folgte auf den Machtwechsel sogleich ein intensiver Krieg mit Aserbaidschan. Wir sollten also keinesfalls vergessen, dass Gewaltfreiheit zwar wirkt und effektiv sein kann für eine solche Revolution, dass sie aber nicht einfach so gegen die Gewaltstrukturen des Staates ankommt. Der gewaltfreie und der gewaltfrei-anarchistische Kampf beispielsweise von Sudanes*innen für eine lebenswerte Zukunft muss unbedingt unterstützt werden.

Ich habe auch immer wieder über mutigen gewaltfreien Widerstand gegen Putsche und Autoritarismus berichtet: Hongkong, Myanmar, Belarus. Akut stechen natürlich der Protest gegen die Staatsführung der Volksrepublik China und die revolutionären Proteste im Iran hervor. Lasst uns diese gewaltfreien Widerstände nicht vergessen und sie unterstützen in gelebtem Internationalismus, wo irgend möglich.

Nicht zuletzt mag ich in diesem Jahr auch daran erinnern, dass natürlich auch in der Ukraine – weitgehend unbeobachtet – einiges an gewaltfreien Praktiken sozialer Verteidigung durchgeführt wurde. Eine erst kürzlich erschienene Studie des katalanischen Instituts für Frieden *(https://bit.ly/3HWa1uX)* zeigt das auf und liefert damit viele Gründe, weshalb auch wir hier und heute in unseren Gemeinschaften und politischen Zusammenhängen über Soziale Verteidigung sprechen müssen und sie einüben müssen. Die neue deutschlandweite Kampagne zu Sozialer Verteidigung „Wehrhaft ohne Waffen“ *(www.wehrhaftohnewaffen.de)* kann helfen, das möglich zu machen.

David Scheuing war bis zum Bundeskongress im Mai Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters´ International (WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern. An seine Stelle trat Keno Goertz und wird ab 2023 regelmäßig aus der WRI berichten, um den *ZivilCourage*-LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen.

Die WRI und die Zukunft. Es ist unerlässlich, dass wir alle im Verband aktiv die internationalen Verbindungen zu Friedensaktivist*innen, Verweigerer*innen, anarchopazifistischen oder antimilitaristischen Organisationen und Netzwerken suchen und pflegen. Die DFG-VK braucht dringend die von uns gelebte internationalistische Praxis. Die Kriege gegen die demokratische Revolution in Kurdistan, der Jemen-Krieg, die koloniale Besatzungspraxis in West-Papua, die verweigerten Revolutionen in Sudan und Myanmar, der Umgang mit Verweigerer*innen in Europa und viele Themen mehr müssen mit bedacht werden – sie sind die Betroffenen unserer Waffenexporte, der geopolitischen Aktionen und Bündnisse unserer Regierungen. Wir müssen also auch weiterhin unseren Widerstand hier in direktem Bezug sehen: War starts here!

Es bleibt am Ende zu sagen: Wir sind nicht allein, wir sind viele, global betrachtet, die der Kriegsmaschinerie in die Arme fallen wollen – und werden. Lassen wir uns nicht entmutigen. Aber nutzen wir unsere Netzwerke, wie es vor allem die wir eines ist, für die Friedensarbeit von morgen! «

Erhöhung des DFG-VK-Mitgliedsbeitrags

Beschlüsse des DFG-VK-Bundeskongresses zu Höhe und Verteilung des Beitrags

Von Christoph Neeb und Michael Schulze von Glaßer

Die Delegierten des DFG-VK-Bundeskongresses haben im Mai 2023 in Duisburg folgende Beitragserhöhung beschlossen:

Bisher galten sechs Beitragsstufen: Monatlich in Euro von Stufe eins bis sechs gezählt: 2,00 / 5,00 / 10,00 / 15,00 / 22,00 / 29,00. Dementsprechend jährlich in Euro von Stufe eins bis sechs gezählt: 24,00 / 60,00 / 120,00 / 180,00 / 264,00 / 348,00.

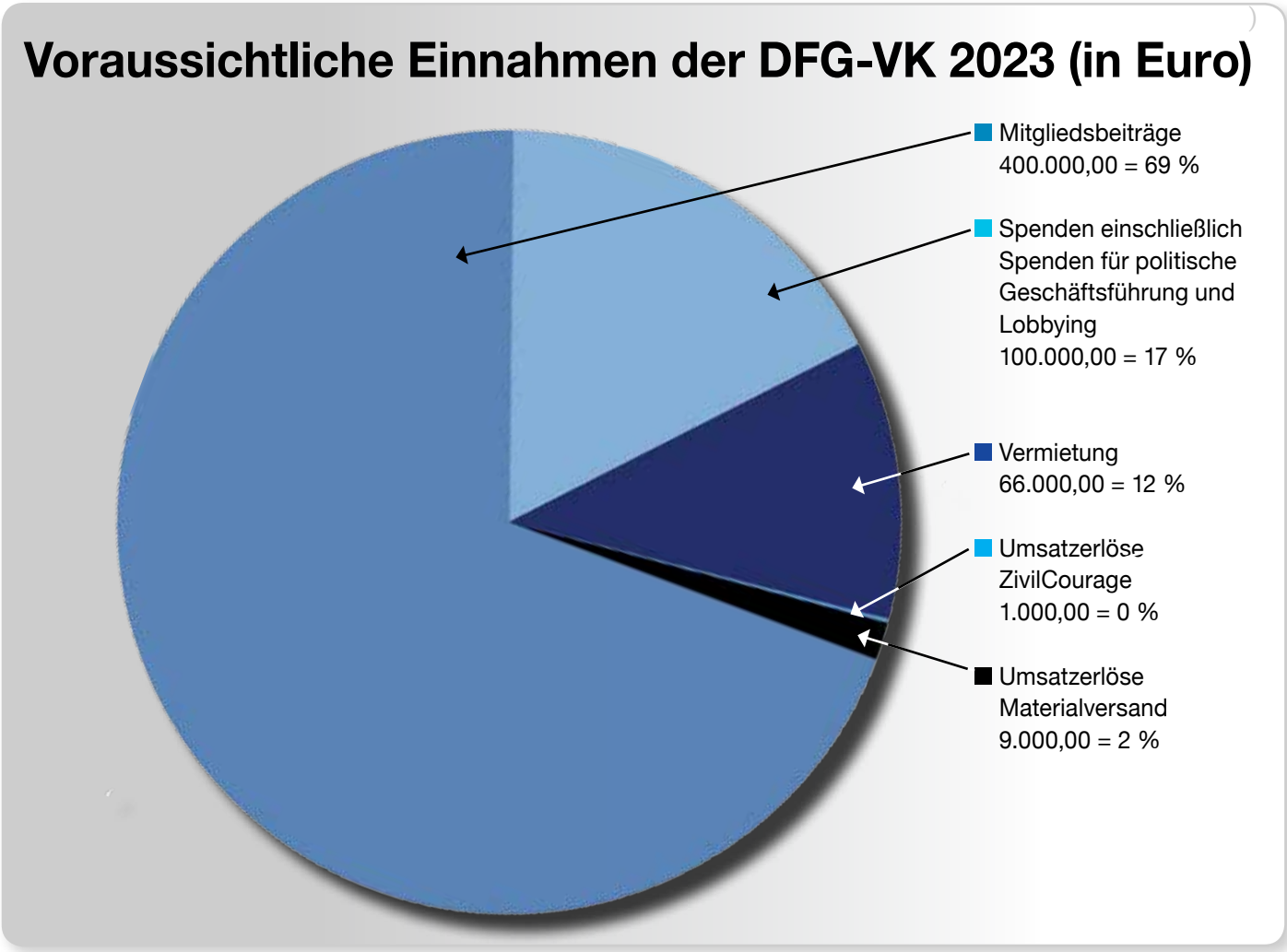
Die neue Beitragsordnung: Fünf Beitragsstufen statt bisher sechs. Die bisher sechste Beitragsstufe kommt zur fünften dazu. Monatlich in Euro von Stufe eins bis fünf gezählt: 2,00 / 6,00 / 12,00 / 20,00 / 30,00. Dementsprechend jährlich in Euro von Stufe eins bis fünf gezählt: 24,00 / 72,00 / 144,00 / 240,00 / 360,00.

Auf Eintrittserklärungen in Papierform etc. soll statt der Beitragsgruppe sechs nun eine Zeile zum freien Ausfüllen stehen, in der es heißt: „Ich zahle freiwillig einen höheren Beitrag von monatlich ____,__ Euro“.

Die Möglichkeit, den Mitgliedsbeitrag individuell festzusetzen, bestand bisher bereits, besteht weiterhin und erscheint in unseren Beitrittsformularen – am Geld soll und wird das Engagement in unserem Friedensverband nicht scheitern!

Um in Zeiten von Krieg und Aufrüstung kraftvoll, beharrlich und unabhängig für Frieden und Abrüstung eintreten zu können, braucht die DFG-VK eine ausreichende finanzielle Ausstattung – dafür wird der Mitgliedsbeitrag erhöht.

Es sind schwere Zeiten – für uns alle und insbesondere für die DFG-VK als Friedensorganisation: Der russische Angriff auf die Ukraine und die von der Bundesregierung ausgerufene „Zeitenwende“ haben uns (zumindest gefühlt) 40 Jahre zurückgeworfen. Aufrüstung – sowohl in Deutschland als



auch in anderen Ländern – ist wieder an der Tagesordnung. Diplomatie spielt nur eine untergeordnete Rolle, und die Mittel für zivile Konfliktbearbeitung sollen sogar gekürzt werden. Die Politik geht – aus unserer Sicht – in die falsche Richtung. Und wir sind dabei heftigen verbalen Angriffen wie „Russlandversteher“, „Lumpenpazifisten“ usw. ausgesetzt.

Dabei sind unsere pazifistischen Positionen nicht gescheitert. Ganz im Gegenteil! Hätte man unsere jahrzehntealten Forderungen von Abrüstung und Völkerverständigung umgesetzt – etwa die Nato nicht nach Osten erweitert und vermehrt, auch Russland, internationale Verträge unterschrieben –, wären wir wohl in einer friedenspolitisch besseren Lage. Die aktuelle Situation sollte daher keine Verzweiflung bei uns auslösen, sondern vielmehr Ansporn sein, noch lauter zu werden: Unsere Forderungen führen zu Frieden, verhindern Leid und machen die Welt für alle Menschen besser!

Wie sehr dieses Denken in unserem Verband verankert ist, kann man erfreulicherweise beobachten: Seit Jahren steigen die Aktivitäten. Und nach einer pandemiebedingt eher ruhigen Phase ist seit dem Frühjahr wieder enorm viel los: zahlreiche Aktionen zum Ukraine-Krieg, im Sommer waren unsere Friedensfahrradtouren wieder unterwegs, wir haben gleich drei Delegationen zu internationalen Treffen auf UN-Ebene geschickt, und nun gab es eine zahlreiche Beteiligung am von uns mitinitiierten Aktionstag „Stoppt das Töten in der Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung“ am 19. November.

Unsere Aktivitäten haben seit 2016 zu einem langsamen, aber stetigen Mitgliederzuwachs geführt – mittlerweile sind wir rund 3600 DFG-VK-Mitglieder. Unser Engagement hat aber auch zu mehr Ausgaben geführt: Aktionen, Materialien und Kampagnen kosten Geld, und die Mitgliedsbeiträge wurden seit 2014 nicht mehr erhöht. Im Mai dieses Jahres hat unser pandemiebedingt ein halbes Jahr ver- »

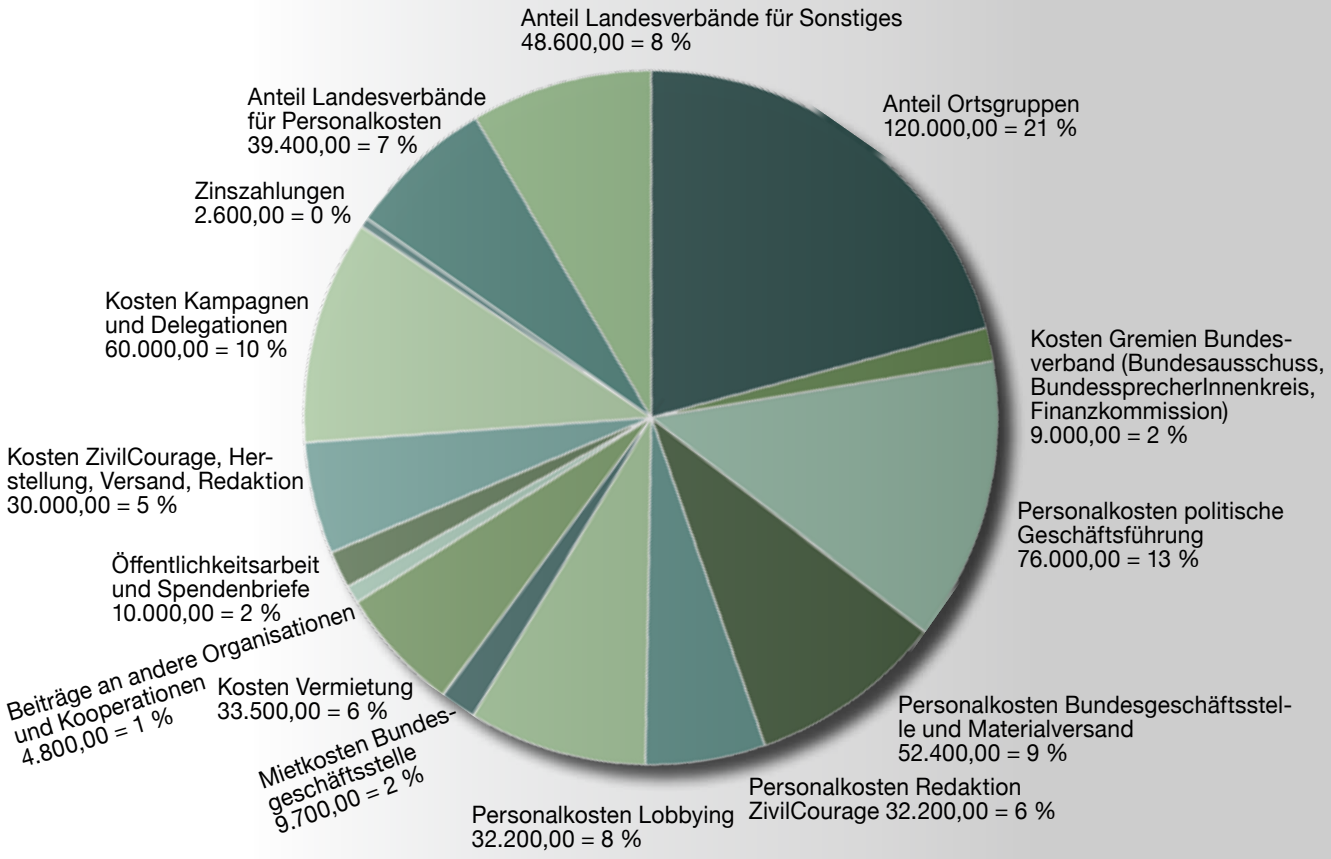
Die Verteilung der Mitgliedsbeiträge unter den DFG-VK-Gliederungen wurde vom Bundeskongress geändert.

Bisher galt diese Verteilung: Bundesverband 45 %, Landesverbände 22 %, Gruppen 33 %

Der neue Verteilungsschlüssel lautet: Bundesverband 48 %, Landesverbände 22 %, Gruppen 30 %
Dies bringt zusammen mit der Beitragserhöhung voraussichtlich folgende Mehreinnahmen:

Bundesverband:	36.500 Euro
Landesverbände:	11.700 Euro
Gruppen:	4.900 Euro

Voraussichtliche Ausgaben Bundesverband und Weiterleitungen an die anderen Gliederungen 2023



» späteter Bundeskongress, aber noch vor der großen Inflationswelle nach langer Diskussion eine Beitragserhöhung ab Anfang 2023 beschlossen. Es bleibt dabei: Jedes DFG-VK Mitglied kann sich im Beitragsraster selbst einstufen. Die Beitragsstufen werden nun jeweils etwas angehoben (siehe Kasten). Durch die Beitragserhöhung können unsere Friedensaktivitäten fortgeführt werden. Und wir sind – das sei an dieser Stelle ausdrücklich betont – weiter unabhängig: Staatliche Gelder nimmt die DFG-VK nicht an! Unser Verband finanziert sich zu knapp 70 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, zu rund 20 Prozent aus Spenden, und den Rest erzielen wir über Mieteinnahmen unserer Immobilie im nordhein-westfälischen Velbert und kleinere Posten wie Erlösen unseres Materialversands (siehe die Diagramme).

Warum eine ausreichende finanzielle Ausstattung unseres Verbands wichtig ist, haben wir bereits in dem Artikel „Erhöhung des DFG-VK-Mitgliedsbeitrags“ in der *ZivilCourage* 4/2021 erörtert *(www.zivilcourage.dfg-vk.de/erhoehung-des-dfg-vk-mitgliedsbeitrags)*, daher hier nur kurz:

Der DFG-VK-Bundesverband betreibt unsere Bundesgeschäftsstelle samt Materialversand in Stuttgart, sorgt für die Erstellung und Anschaffung von Friedensmaterialien, die Durchführung von Kampagnen einschließlich der Delegation zu wichtigen Treffen und Lobbying-Maßnahmen, die Information über Medien wie die *ZivilCourage* sowie verschiedene Newsletter, Websites und Social-Media-Auftritte und vieles mehr. Wir hoffen daher trotz dieser für uns alle schwierigen (wirtschaftlichen) Lage auf dein Verständnis für die Beitragserhöhung.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“, hat der für seine Ostpolitik bekannte ehemalige Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt 1981 gesagt – ein Zitat, das an Aktualität kaum zu übertreffen ist.

Wenn du zu den Mitgliedsbeiträgen noch Fragen hast oder dich einer anderen Beitragsstufe zuordnen möchtest, kannst du dich an *verwaltung@dfg-vk.de* wenden.

Christoph Neeb ist Bundeskassierer und Michael Schulze von Glaßer politischer Geschäftsführer der DFG-VK. «

Einnahmen und Ausgaben des DFG-VK-Bundesverbands

Voraussichtliche Einnahmen der DFG-VK 2023

Mitgliedsbeiträge	400.000
Spenden einschließlich Spenden für politische Geschäftsführung und Lobbying	100.000
Vermietung	66.000
Umsatzerlöse ZivilCourage	1.000
Umsatzerlöse Materialversand	9.000
Insgesamt	**576.000**

Voraussichtliche Ausgaben des Bundesverbands und Weiterleitungen an die Landesverbände und Gruppen 2023 (vorbehaltlich Haushaltsplanbeschluss durch BA)

Anteil Landesverbände für Personalkosten	39.400
Anteil Landesverbände für Sonstiges	48.600
Anteil Ortsgruppen	120.000
Kosten Gremien Bundesverband (BA, BSK, FiKo)	9.000
Personalkosten politische Geschäftsführung	76.000
Personalkosten Bundesgeschäftsstelle und Materialversand	52.400
Personalkosten Redaktion ZivilCourage	32.200
Personalkosten Lobbying	47.800
Mietkosten Bundesgeschäftsstelle Stuttgart	9.700
Kosten Vermietung	33.500
Beiträge an andere Organisationen und an Kooperationen	4.800
Öffentlichkeitsarbeit und Spendenbriefe	10.000
Kosten ZivilCourage, Herstellung, Versand, Redaktion	30.000
Kosten Kampagnen und Delegationen	60.000
Zinszahlungen	2.600
Insgesamt	**576.000**

Mit diesen Zahlen erreichen wir einen ausgeglichenen Haushalt. Voraussetzungen sind, dass die Mitgliedsbeiträge wie prognostiziert eingehen, weiterhin gespendet wird wie bisher und die Ausgaben sich weitgehend im bisherigen Rahmen halten.

Thesen zum Krieg

Was Russlands Krieg gegen die Ukraine uns lehren sollte

Von Hans-Jürgen Kobus

1. Atomwaffen wirken nur dann als Abschreckung, wenn man auch bereit ist, sie notfalls einzusetzen. Wer sich auf Atomwaffen verlässt, ist also zur Vernichtung der Menschheit bereit. Im Atomkrieg gilt: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter. Sowohl die USA wie auch Russland sind in der Lage, den anderen – und damit die ganze Welt – mehrfach zu vernichten, selbst wenn dieser seine Atomwaffen schon ge-

zündet hat. Es muss deshalb das Ziel humaner Politik sein, nicht nur jeden Einsatz von Atomwaffen zu verhindern, sondern die Atomwaffen abzuschaffen.

2. Solange sie nicht eingesetzt werden, wirken Atomwaffen abschreckend. Dass die baltischen und die osteuropäischen Staaten, nachdem sie selbständig wurden, in die Nato drängten, ist angesichts ihrer Erfahrungen mit der Sowjetunion in sich logisch. Die Atomwaffen der Nato-Führungsmacht USA sind für die baltischen Staaten eine Garantie dafür, nicht von Russland angegriffen zu werden. Schon die dem Ukraine-Krieg vorausgegangenen Kriegshandlungen Russlands (Abchasien, Ossetien, Transnistrien, Syrien, Krim, Donbass) belegen, dass Russland unter Putin eine aggressive, imperialistische Politik betreibt. Nimmt man dazu noch Putins vielfache öffentliche Aussagen, mit denen er z.B. das Existenzrecht der Ukraine bestreitet, so muss man feststellen: Russland unter Putin ist ein aggressiver, imperialistischer Staat, der keine militärischen Mittel scheut, seine Macht auszuweiten.

3. Länder mit Atomkraftwerken und Lagerstätten hochradioaktiver Stoffe können von einem zerstörungswilligen Gegner auch ohne Atomwaffen unbewohnbar gemacht werden. Sie sind also letzten Endes militärisch nicht zu verteidigen. Ähnliches gilt auch für große chemische Fabriken oder Staudämme. Auch darüber hinaus gilt: Jede militärische Verteidigung betrifft nicht allein das Militär, sondern fordert eine große Zahl an zivilen Toten und zerstört die Lebensgrundlagen vieler der zunächst Überlebenden. Selbst wenn der kämpfende Verteidiger freiwillig handelt, zwingt sein Tun viele andere mit in Krieg und Tod. Dies gilt unabhängig davon, ob die Verteidigung letztlich erfolgreich ist oder nicht.

4. Jede Herstellung von Kriegsgerät ist immer auch ein gigantischer Umweltfrevel, denn es fördert weder Lebensgrundlagen noch Wohlbefinden. Stattdessen werden riesige Mittel an Rohstoffen und Energien verbraucht. Kommt es dann zu einem Krieg, wird angesichts der Klimakrise jede Zerstörung von für das menschliche Leben wichtigen Anlagen (Wohnungen, Straßen, Schulen, Kliniken, Bahnlinien usw.) völlig unverantwortlich. Bei einem Wohnhaus wird geschätzt, dass von der gesamten Energie, die es während einer Nutzungsdauer von 100 Jahren verbraucht, die Hälfte allein für den Bau benötigt wird. Zu den direkten Zerstörungen der Infrastruktur kommen immer auch weiträumige Vergiftungen von Atemluft und Gewässern sowie die durch Blindgänger und Minen hervorgerufenen Gefahren für einen langen Zeitraum. Ein Krieg – auch ein Verteidigungskrieg – beschleunigt die Klimaerhitzung und zerstört unsere Lebensgrundlagen.

5. Jeder hat das Recht, sich auch mit Gewalt zu verteidigen, wenn sein Leben bedroht ist. Aber keiner hat das Recht, dafür das Leben anderer Unbeteiligter willentlich aufs Spiel zu setzen. Diese Selbstverständlichkeit ist in kriegerischen Situationen praktisch nicht umsetzbar. In den allermeisten Kriegssituationen werden durch die Waffen auch Unbeteiligte getötet. Jede kriegerische Handlung löst Folgehandlungen aus, die zu weitaus mehr Toten führen können.

6. Alle fünf vorausgehenden Thesen verlangen zwingend danach, die Verteidigung von Menschenrechten und Demokratie an humanen Grundsätzen auszurichten und auf den Einsatz militärischer Mittel zu verzichten.

7. Dies führt zu der Frage, was denn das zu Verteidigende ist. Es kann nicht die Fernreise, das schnelle Auto, das Leben im Luxus sein. Neben den allgemein anerkannten Grundbedürfnissen wie z.B. Nahrung und Wohnung sind es die schon oben genannten Grundwerte, wie sie in den Menschenrechten und dem Grundgesetz beschrieben sind. Eine Verteidigung dieser Grundrechte kann nicht darin bestehen, anderen das Leben und damit jede Voraussetzung für die Wahrnehmung von Grundrechten zu nehmen.

8. Eine humane Verteidigung benötigt daher eine Gesellschaft, deren übergroße Mehrheit bereit ist, sich aktiv für die Werte der Demokratie einzusetzen und diesen Einsatz auch persönlichen Profit-, Luxus- oder Bequemlichkeitsinteressen überzuordnen. Dies kann nur eine bunte, multikulturelle von religiösen und politischen Dogmen unabhängige, demokratisch strukturierte Gesellschaft sein.

9. Eine humane Verteidigung ist somit eine soziale, also tendenziell von der ganzen Gesellschaft getragene Verteidigung. Sie kann dabei zurückgreifen auf vielfältige historische Beispiele zivilen Widerstandes, die zu gesellschaftlich-politischen Veränderungen geführt haben, oder die zumindest dafür gesorgt haben, dass die Lebensgrundlagen einer Gesellschaft nicht durch einen Aggressor zerstört wurden. Soll eine solche humane Verteidigung erfolgreich sein und eine Warnwirkung auf einen potenziellen Besatzer bewirken, muss sie auch systematisch trainiert werden. Bereits vorhandene einzelne Ansätze von Trainings in gewaltfreier Aktion, Selbstverteidigung und Selbstbehauptung können dabei integriert werden.

10. Der Schutz der Lebens- und Kommunikationsgrundlagen sollte oberste Priorität haben. Ziel muss eine ohne Militär zu sichernde Resilienz der Gesellschaft sein. Das bedeutet im Einzelnen: In allen vernetzten Systemen wie Energie, Kommunikation, Gesundheit, Katastrophenschutz muss die Dezentralität ausgebaut werden, sind Backup-Systeme vorzuhalten und zu pflegen, ist jedem Einzelnen seine individuelle Verantwortlichkeit bewusst zu machen. In diesem Bereich bietet gerade die weitere Entwicklung erneuerbarer Energien (Photovoltaik, Windkraft, Erdwärme) große Chancen für mehr Dezentralität.

11. Die Digitalisierung hat in den letzten 20 Jahren unser Leben grundlegend gewandelt und wird es weiter wandeln. Nach und nach wird alles Wissen der Menschheit, wird alles Verwaltungshandeln, werden auch große Anteile der Kultur aus dem materiellen, analogen in den digitalen Bereich überführt werden.

Diese Entwicklung macht tendenziell alles allen zugänglich und kann so unser Leben demokratisieren. Noch sind die digitalen Netze leicht zu hacken, aber selbst in einem autoritären Staat wie China gelingt es der Regierung nicht, alle ihre Bürger vom Internet abzuschotten. Es kommt daher darauf an, die digitale Entwicklung in eine dezentrale, resiliente und demokratische Richtung weiterzutreiben. Wir müssen uns daran machen, die sozial-digitale Verteidigung der Zukunft zu entwerfen.

Hans-Jürgen Kobus ist jahrzehntelanges DFG-VK-Mitglied aus Karlsruhe.

«

Alternative zum Krieg: Soziale Verteidigung

Nicht Staatsgrenzen verteidigen, sondern soziale Errungenschaften und Rechte

Von Michael Schmid

Bei dem Handlungskonzept „Soziale Verteidigung“ wird die Gewaltfreie Aktion bzw. der Zivile Widerstand in besonderen Bedrohungslagen angewandt. Sie arbeitet mit der Kraft der aktiven Gewaltfreiheit und gehört zum breiten Repertoire der Zivilen Konflikttransformation mit dem großen Ziel, Gewalt durch friedenslogisches Vorgehen zu überwinden.

Die Handlungen nach diesem Konzept lassen sich im Kern zusammenfassend beschreiben als gewaltfreie Verteidigung oder ziviler Widerstand gegen illegitime Versuche, Menschen militärisch zu beherrschen, gegen militärische Aggression aller Art oder gegen Putsch-Versuche.

Im Gegensatz zur militärischen Verteidigung stellt die Soziale Verteidigung nicht nur die Frage, mit welchen Mitteln man sich verteidigen solle, sondern auch die Frage, was überhaupt verteidigt werden soll. Dabei will Soziale Verteidigung keine Staatsgrenzen verteidigen und zwischenstaatliche Konflikte nicht gewaltsam lösen. Stattdessen geht es bei ihr um die Sicherung von sozialen Errungenschaften, Menschenrechten, demokratischen Strukturen und die Selbstbestimmung der Gesellschaft an sich. Der Schutz des Lebens, die Erfüllung der Grundbedürfnisse und die Herstellung der Würde aller Menschen gelten dabei als Grundprinzipien. Ziel der Sozialen Verteidigung ist es, die Integrität einer Gesellschaft zu bewahren und das Leben vieler Menschen sowie die bestehende soziale und Versorgungs-Infrastruktur zu erhalten.

Es gibt Vorbilder. Soziale Verteidigung knüpft an die zahlreichen Beispiele in der Geschichte an, in denen sich Menschen mit gewaltlosen Mitteln gegen ungerechte Herrschaft wehrten. Zum Beispiel beim Kapp-Putsch 1920 in Deutschland, als mit einem Generalstreik dem Versuch begegnetet wurde, die neue Weimarer Republik zu stürzen. Zum Beispiel auch im antikolonialen Kampf in Indien unter Führung Gandhis, beim Sturz von Marcos auf den Philippinen 1986 oder in der DDR und in anderen osteuropäischen Staaten. Diese und viele weitere Beispiele zeigen, welche Macht durch die Gewaltfreiheit bzw. Gewaltlosigkeit entstehen kann.

Entstehung des Konzepts „Soziale Verteidigung“. Der Begriff „Soziale Verteidigung“ wurde von dem norwegischen Friedensforscher Johan Galtung geprägt. Seine Wurzeln reichen in die dreißiger und vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Ein Kreis von holländischen Friedensfreunden brachten 1938 eine Broschüre mit dem Titel „Pazifistische Volksverteidigung“ heraus, in dem bereits ein geschlossenes Konzept jener Idee formuliert wurde, das später als „Soziale Verteidigung“ geläufig werden sollte.

Andererseits gibt es die Idee des Aufbaus einer Friedenswehr, die auf Gandhi zurückgeht. In den 1950er Jahren kam diese Idee der „Shanti Sena“, mit der sowohl Militär als auch Polizei ersetzt werden sollte, auch nach Europa.

Dem wissenschaftlichen und politischen Engagement des deutschen Friedensforschers Theodor Ebert kommen bereits ab den frühen 1960er Jahren besondere Verdienste für die Ausarbeitung des Konzepts der Sozialen Verteidigung in der Bundesre-

publik zu. Vor dem politischen Hintergrund des „Prager Frühlings“, des Vietnamkriegs und der Notstandsgesetze entstanden u.a. von ihm Studien zu einer Sozialen Verteidigung, die sich von der territorialen zur sozialen Verteidigung verlagern sollte.

In unzähligen Zeitschriftenartikeln und Büchern zu Fragen der gewaltfreien Aktion und der Sozialen Verteidigung wurde versucht, zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung zu vermitteln. Soziale Verteidigung wurde also in der akademischen Friedensforschung als sicherheitspolitisches Alternativkonzept ausgearbeitet und zunächst als gewaltfreie Aktion in den 1970er- und 80er-Jahren innerhalb der sozialen Bewegungen als Aktionsform angewandt.

Nicht zu vergessen jene Hunderttausende Kriegsdienstverweigerer dieser Jahre, die sich in Vorbereitung auf ihr Anhörungsverfahren mit der Sozialen Verteidigung beschäftigt hatten.

Wie groß das Interesse an Sozialer Verteidigung bereits vor Jahrzehnten war, machen beispielsweise die rund 1 000 Menschen deutlich, die 1988 in Minden an einer großen Tagung zum Thema Soziale Verteidigung teilnahmen. Daraufhin wurde 1989 der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) gegründet.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs rückte das Interesse am Thema Soziale Verteidigung etwas in den Hintergrund, wenngleich es nie völlig verschwand. Aber in der breiten Öffentlichkeit war dies ohnehin nie ein ernsthaftes Thema. Leider, denn Soziale Verteidigung könnte zur einzigen „Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht“ (Gernot Jochheim) entwickelt werden. Und könnte damit eine wirkliche Alternative zu Militär und Krieg sein.

Ziviler Widerstand in der Ukraine. Es ist zwar geradezu tragisch, dass die hohe Bereitschaft zum gewaltlosen Widerstand in der ukrainischen Bevölkerung nicht in großem Umfang zum Tragen gekommen ist.

Durch verschiedene Nato-Staaten wurde die Ukraine spätestens ab 2015 massiv aufgerüstet und es wurden jene Kräfte im Land gestärkt, die auf militärische Stärke setzen. Es ist deshalb alles andere als erstaunlich, dass die ukrainische Regierung nach dem russischen Überfall nicht im Traum daran dachte, auf zivilen Widerstand zu setzen.

Dennoch hat die ukrainische Gesellschaft wie ein Bienenvolk spontan und mutig Hunderte von gewaltfreien Aktionen organisiert, von Aktionen des zivilen Ungehorsams bis hin zum Schutz und zur Evakuierung der Zivilbevölkerung. Doch die Trommeln des Krieges haben die öffentliche Debatte beherrscht und allmählich die Initiativen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung verdrängt. Die Propagandamaschinerie hat die kriegführenden Gesellschaften polarisiert und die Stimmen, die dem Krieg widersprechen, verdrängt.

Die aktuelle Studie „Gewaltfreier ziviler Widerstand in der Ukraine im Angesicht des Krieges“ *(https://bit.ly/3YyBrwz)* verdeutlicht diese einzigartige ukrainische Erfahrung. Von ihr können wir neue Wege der zivilen Intervention in globalen Krisen ohne den Einsatz von Waffen lernen.

Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ populär machen. Wenn es darum geht, das Interesse an Sozialer Verteidigung möglichst zu verbreitern, dann soll das nicht in erster Linie im Hinblick auf die Ukraine, sondern auf unser eigenes Land geschehen.

In den vergangenen Monaten sind rund 30 ehrenamtlich engagierte Menschen der Frage nachgegangen, wie ein breiteres Interesse für das Handlungskonzept der Sozialen Verteidigung erreicht werden kann. Nach langer und intensiver Vorarbeit wurde jetzt eine Konzeption für die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ öffentlich präsentiert *(https://bit.ly/3HMr81R)*.

Die neue Kampagne will eine Vernetzung von Einzelpersonen und Organisationen in Deutschland stärken und sie will in gesellschaftlichen und politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen dafür eintreten, dass die Soziale Verteidigung einen Vorrang gegenüber dem Militärischen erhalten soll.

Letztlich soll damit Abrüstung erreicht und in der Perspektive ein Beitrag für eine ökologische, militärfreie, sozial und global gerechte Zeitenwende erreicht werden.

Michael Schmid ist jahrzehntelanges DFG-VK-Mitglied und war in den 1980er Jahren Mitglied im baden-württembergischen DFG-VK-Landesvorstand. Er ist Mitinitiator des 1993 entstandenen Projekts Lebenshaus Schwäbische Alb in Gammertingen und dort als Referent für Friedensfragen tätig und verantwortlich für die regelmäßigen Rundbriefe und elektronischen Newsletter. Die sehr informative Website ist erreichbar unter www.lebenshaus-alb.de «

Starke Zeichen für Frieden und Abrüstung

Rückblick auf den Aktionstag am 19. November und Planungen für 2023

Von Michael Schulze von Glaßer

In über 30 Städten, von Hamburg bis München und von Bonn bis Berlin, gab es am 19. November Friedensaktionen gegen den Krieg in der Ukraine und die Aufrüstung des Militärs.

Für Frieden in der Ukraine eintreten, dabei Russland als Angreifer deutlich verurteilen sowie für Abrüstung werben und sich bei den Aktionen nicht von politisch rechten Personen oder Gruppen sowie solchen, die Verschwörungsmythen anhängen, einspannen lassen oder mit ihnen „kungeln“: Das war Ziel unseres Aktionstages „Stoppt das Töten in der Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung!“ am 19. November. Trotz eisiger Temperaturen, mancherorts sogar Schneefall, gab es in zahlreichen Städten kreative Aktionen.

Zahlreiche Aktionen. In Berlin bauten unsere jungen Friedensaktivist*innen ein Rettungsboot vor dem Bundeskanzlerinnenamt auf und forderten „Retten statt Rüsten – 100 Milliarden für Klimaschutz und Seenotrettung“. Dazu wurden noch passende Reden gehalten. Vor dem Brandenburger Tor und der russischen Botschaft kamen weitere Aktivist*innen zusammen und forderten auf einem Transparent „HET ВОЙНЕ!“ – „NEIN ZUM KRIEG!“. In Tübingen fand eine Kundgebung im Rahmen des zeitgleich stattfindenden Kongresses der Informationsstelle Militarisierung statt. Und im nordhessischen Kassel bauten Aktive unserer örtlichen DFG-VK-Gruppe ein Modell einer auch in Deutschland gelagerten B61-Atombombe in Originalgröße auf und protestierten gegen die laufende atomare Aufrüstung.

Auch in Bad Hersfeld, Bamberg, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg im Breisgau, Gütersloh, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Heide (Dithmarschen), Ingolstadt, Kamenz (Sachsen), Karlsruhe, Köln, Königs Wusterhausen, Laage (Mecklenburg-Vorpommern), Limburg, Mainz, Mannheim, München, Münster, Neuwied, Saarbrücken und Saarlouis gab es Kundgebungen und Aktionen.

Einige Hürden. Angesichts der Vielzahl von Aktionen und auch ihrer Ausrichtung sind die aufrufenden Organisationen mit dem Aktionstag zufrieden; vielerorts waren es DFG-VK-Mitglieder, die Aktionen auf die Beine gestellt haben. Es ist aber noch Luft nach oben – und längst nicht alles lief glatt. So hat es lange gedauert, um zu einem gemeinsamen Aufruf zu kommen: Die Vertreter von Greenpeace mahnten an, nur dabei sein zu können, wenn es im Aufruf keine Kritik an der Nato gebe und das Thema der Waffenexporte im Aufruf ausgeklammert würde. Darauf gingen die Gruppen ein – einige wie etwa wir mit Zähneknirschen. Der Aufruf wurde veröffentlicht – doch die Greenpeace-Vertreter ließen dann einfach nichts mehr von sich hören und betei-

ligten sich auch nicht an dem Aktionstag. Bei anderen Gruppen, die man seitens des organisierenden Bündnisses an dem Tag gerne mit an Bord gehabt hätte, gab es Probleme, Kontakt herzustellen. Zudem fand alles

unter großem Zeitdruck statt; mit einer längeren Mobilisierungszeit hätten vielleicht noch mehr Friedensaktive mitgemacht. Und die bundesweite Presse hat den Aktionstag kaum aufgegriffen – trotz mehrerer Pressemitteilungen und auch direkter Kontakte zu Journalist*innen. Immerhin einige lokale Medien berichteten über die Aktionen.

Zukünftige Aktionen. Dank der zahlreichen Friedensaktiven – gerade aus unserem Verband – war der Tag durchaus erfolgreich: Vielerorts wurden die politischen Forderungen des Aktionstages an die Menschen gebracht; dazu gab es neben Transparenten und Postern auch inhaltliche Flyer, die ausführlicher als der Aufruf waren und in denen auf einige Kritikpunkte eingegangen wurde. Mit dem Aktionstag über die lokale Ebene hinaus ein bundesweites Zeichen für Frieden und Abrüstung zu setzen, gelang aber nur über die eigene Medienarbeit.

Das ist am 24. Februar 2023 hoffentlich anders. Auch wenn man die Hoffnung nie verlieren sollte, dass der Ukraine-Krieg bald endet, so bereiten die den November-Aktionstag organisierenden Gruppen auch für den Jahrestag der russischen Invasion auf die Ukraine Aktionen vor. Ob zentral oder dezentral steht noch nicht fest. Die Informationen sollen aber bald auf der Website des letzten Aktionstags zu finden sein: *www.stoppt-das-toeten.de*

Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK. «

Retten statt rüsten

Aktionswochenende des DFG-VK-Jugendnetzwerkes in Berlin

Von Clara Trommer

U35-Netzwerk verkündet 100 Milliarden bessere Ideen für 100 000 000 000 Euro vorm Kanzler:innenamt: Seenotrettung und Klimaschutz sind mehr Geld wert als die Bundeswehr. Asyl für Kriegsdienstverweiger:innen und Bleiberecht für alle statt Investitionen ins Militär, von denen ausschließlich die Rüstungsindustrie profitiert. Starke Bilder und ein starkes Netzwerk.

Besser kann unsere Botschaft nicht platziert sein als direkt vor dem Bürogebäude des Menschen, der große Stimmgewalt bezüglich unserer Forderung hat. „Retten statt Rüsten“ fordern wir, das U35-Netzwerk der DFG-VK und die Antimilitaristische Aktion Berlin in der DFG-VK (Amab), zum bundesweiten Aktionstag am 19. November vorm Bundeskanzler:innenamt. Umrahmt war die Aktion von einem Workshop-Wochenende.

Dieses begann am Freitagabend mit einer gemütlichen Kennenlernrunde und der Vorstellung und ausführlicher Diskussion einer Awareness-Strategie für die nächsten Tage. Denn wir hoffen, dass sich alle willkommen und gut aufgehoben fühlen. Nach köstlichem Abendessen üben wir Diskutieren und Argumentieren zum 100-Milliarden-Paket mit ein paar harten Zahlen über verwendete Geldmittel für verschiedene Zwecke im Bundeshaushalt. Die erprobten Gesprächsstrategien helfen bestimmt nicht nur bei der Aktion am nächsten Tag, sondern vielleicht auch in Alltagsgesprächen über Abrüstung und Antimilitarismus.

Samstagmorgen: Die letzten Aufgaben werden verteilt, und ein weißer Transporter fährt vorm Bundeskanzler:innenamt vor, beladen mit Equipment, das wirklich nicht hochseetauglich ist.

Nachdem die überraschend schwere Rettungsinsel vor dem Zaun des Kanzler:innenamts angekommen ist, muss Luft hinein. Normalerweise werden bei Wasserkontakt Gaskartuschen ausgelöst, die die Rettungsinsel mit Luft füllen, sodass sie Schiffbrüchige über Wasser hält. Weil wir diese Kartuschen nicht unkontrolliert vorm Bundeskanzler:innenamt aufknallen lassen wollten, um weder uns noch den Kanzler oder die Polizei zu erschrecken, wurde die Rettungsinsel mit einem glücklicherweise spontan ausleihbaren Laubbläser bepustet. Nach Verbrauch allen Stroms befand sie sich in einem nur möglicherweise schwimmbaren Zustand, den Schlauchbooten auf dem Mittelmeer erschreckend ähnlich. Ob jene Gaskartuschen bei Wasserkontakt die Gummischale tatsächlich zum Schwimmen befähigen, wissen wir nun genauso wenig, wie es fliehende Menschen vor Antritt ihrer viel zu oft tödlichen Reise über ihr Schwimmgefährt wissen. Zwölf Rettungswesten für eine Rettungsinsel, die für bis zu 60 Personen ausgelegt ist, ist wahrscheinlich auch eine realistische Quote.

Rettung verdient mehr Geld als Rüstung; eigentlich einfach menschlich. Sichere Fluchtwege, ein Bleiberecht für alle, egal vor welchem Krieg oder welchen anderen Krisen oder Katastrophen sie fliehen, sollte mehr Geld wert sein als eine Überfinanzierung der Bundeswehr, von der letztlich keine:r profitiert außer der Rüstungsindustrie, nicht mal die Ukraine.

Der dortige Krieg dient zwar als Begründung für diesen enormen Geldbatzen für die auch noch marode Bundeswehr – doch auch Ukrainer:innen, Menschen aus Russland und Belarus oder anderen von diesem Krieg Betroffene würden von einem leichteren Asylverfahren, einem gesicherten Bleiberecht in Deutschland mehr profitieren als von gesamteuropäischer Aufrüstung.

Fliehende, die über das Mittelmeer müssen, leiden unter Frontex und der sogenannten libyschen Küstenwache. Hier fließen die Milliarden hin. Auch

die zivile Seenotrettung hat mit eben denen zu kämpfen. Warum gibt es eigentlich nur „zivile“ Seenotrettung? Wie viele Milliarden bräuchte eine staatliche Seenotrettung, die wirklich rettet?

Den wenigen vorbeihastenden Passant:innen versuchen wir das zu erzählen. „Wofür würden Sie 100 Milliarden ausgeben?“ Einige hören sich, auch wenn in Eile, gerne an, wie diese 100 Milliarden Euro besser investiert werden können, wie gruselig wenig Geld in Klimaschutz gesteckt wird, während das Militär solche Summen erhält. Ist doch die Klimakrise eigentlich in aller Munde, gerade im von „Klimakleben“ aufgewühlten Berlin.

Keine:r der durch die Kälte, eisigen Wind und Schnee wirklich nicht zum Stehenbleiben eingeladenen Passant:innen würde unsere Forderung nach Seenotrettung kritisieren, doch Kritik an Aufrüstung oder überhaupt der Bundeswehr geht einigen zu weit. „Wie sollen wir uns denn gegen einen Angriff wehren?“ Wir bieten auch Flyer zu sozialer Verteidigung an; vielleicht liest sie ja der eine oder die andere später im Warmen.

Unsere Botschaft wird geteilt von der Naturfreundejugend Berlin und der antiverschwurbelten Aktion. Letztere bringt in ihrer Rede ein großes Problem der Friedensbewegung glänzend auf den Punkt: Zu viele Menschen aus der Friedensbewegung grenzen sich nicht nach rechts ab, teilen Meinungen von Verschwörungstheoretikern oder widersprechen diesen zumindest nicht. Das ist nicht gut für die Glaubwürdigkeit der Bewegung und nicht gut für die Werbung junger Menschen, besonders FLINTA*.

Völlig durchgefroren packen wir nach ein paar Stunden die Insel und ihren Anhang ein, wärmen uns im Haus wieder auf, reflektieren die Aktion, das Wochenende, überlegen, wie es weitergehen soll. Was machen wir als nächstes? Wie motivieren wir mehr junge Menschen mitzumachen? Kommt einfach – wir haben schon Pläne, die euch begeistern werden!

Im Nachgang der Aktion gibt es einen Artikel im „Neues Deutschland“, einen Videobeitrag von „laut-werden“, die große Nachrichtenagentur AFP war dabei. Neben dem eher mauen, aber eigentlich auch nicht erwarteten, Publikumsverkehr gibt es also ein Medienecho und natürlich starke Bilder.

Wir haben Menschen erreicht, manche denken sicher über unsere Forderung nach. Wir haben uns weiter vernetzt und motiviert, tragen diese Motivation und unsere Forderungen in unsere verschiedenen Wohnorte, um beim nächsten Mal mehr zu werden.

Clara Trommer ist DFG-VK-Mitglied und unter 35 Jahre alt. «

Deserteure unterstützen

Rede beim Aktionstag „Stoppt das Töten in der Ukraine“ am 17.11. in Ingolstadt

Von Klaus Stampfer

Kriege brechen nicht aus. Kriege sind keine Naturgewalten wie Vulkane und Tsunamis. Kriege werden von Menschen geführt. Kriege werden bewusst vorbereitet, tagtäglich von allen Militärs geübt und letztendlich geführt. Menschen sterben in Kriegen nicht unabsichtlich wie in tödlichen Arbeitsunfällen. Nein, das Töten von Menschen in Kriegen ist gewollt und ein Ziel der Kriegsführung. Darauf werden die Soldatinnen und Soldaten gedrillt, die Waffen sind konstruiert, um zu töten. Im zivilen Leben bestraft jeder Staat das gezielte Töten mit den höchsten Strafen. Bei uns ist es der §211 im Strafgesetzbuch, der Mord mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit, kein Krieg ist gerechtfertigt. Kriege können nur geführt werden, wenn Menschen bereit sind, andere zu töten. Ohne diese Unterstützung können die Mächtigen keine Kriege führen. Es gibt überall auf der Welt Menschen, die nicht dazu bereit sind, andere zu töten, und die selbst nicht getötet werden wol-

len. Eine Möglichkeit ist, mit der Verweigerung des Kriegsdienstes keinen Krieg zu unterstützen und sich nicht am Töten zu beteiligen und damit für ein grundsätzliches Menschenrecht einzutreten, nämlich das in Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in Artikel 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gewährte Recht jeder Person auf Leben.

1987 erkannte die UN-Vollversammlung darüber hinaus das Recht zur Kriegsdienstverweigerung als allgemeines Menschenrecht an. Den Kriegsdienst zu verweigern, sich also nicht am Töten anderer Menschen zu beteiligen und damit das Menschenrecht auf Leben aktiv zu vertreten, ist ein Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte und die Inanspruchnahme eines Menschenrechts.

Während wir hier stehen, werden in der Ukraine Raketen und Granaten verschossen, um Menschen zu töten und zu verletzen, um zu zerstören und unendliches Leid zu verursachen. Und es gibt Menschen, die sich trotz Zwangsmaßnahmen und Bestrafung nicht an dem Töten beteiligen und auch selbst nicht getötet werden wollen. In den ersten sechs Tagen seit der Mobilmachung sind allein nach Kasachstan über 98 000 Russen eingereist.

Nach Angaben des Vereins Connection e.V., der eng mit der DFG-VK verbunden ist, haben im ersten Halbjahr 420 000 Menschen Russland verlassen. Davon sind 100 000 Männer auf irgendeine Weise militärdienstpflichtig gewesen. Asyl in der Europäischen Union haben jedoch lediglich 1 000 Menschen beantragt, auch weil die Grenzen für sie dicht sind, der Rest ist in andere Länder geflohen. Länder, in denen keine Visumpflicht besteht, wie etwa Armenien. Sprechen diese Zahlen nicht für eine ablehnende Haltung gegenüber dem Krieg?

Der Europäische Gerichtshof hat am 26. Februar 2015 Andre Shepherd die Anerkennung als Flüchtling in Deutschland zugesprochen, weil er sich als amerikanischer Soldat und Wartungstechniker für Hubschrauber geweigert hat, am Angriffskrieg der USA gegen den Irak teilzunehmen und sich an den Verbrechen zu beteiligen.

Betrachten wir die russische Kriegsführung in der Ukraine, so besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, an Verbrechen mitzuwirken. Nimmt man das Urteil des EuGH im Fall Andre Shepherd als Grundlage, so haben russische Wehrpflichtige, die sich nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen, ein Asylrecht in Deutschland.

Hauptprobleme für flüchtige Russen sind die geschlossenen EU-Grenzen. Wir fordern deshalb die Chance auf ein Visum für KDVer und Deserteure, um überhaupt ins Land zu kommen und Schutz für die Wehrdienstflüchtigen. Wir fordern: Gewährt allen Russen, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren, das Recht auf Asyl und Aufenthalt hier in Deutschland und in allen europäischen Ländern.

Nicht nur in Russland gibt es Menschen, die nicht töten wollen, die sich nicht an dem Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Auch in der Ukraine gibt es sie, obwohl die Ukraine durch das verhängte Kriegsrecht ihren Bürgern das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verweigert.

Über die Partnerorganisation „Ukrainische Pazifistische Bewegung“ wissen wir von Tausenden eröffneten Gerichtsverfahren wegen KDV. Es drohen jahrelange Haftstrafen. Wer nicht kämpfen will, gilt in der Ukraine dieser Tage als Persona non grata. Die Zahl der ukrainischen Wehrdienstunwilligen wird auf mehrere 10 000 geschätzt.

In einer Umfrage des Human Security Lab der Universität von Massachusetts-Amherst sprachen sich 28 Prozent der befragten Ukrainerinnen und Ukrainer für eine Ausreise-Option wehrfähiger Männer aus.

Auch für die Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine fordern wir, dass sie hier aufgenommen werden und einen Flüchtlingsstatus erhalten. Jeder Mensch, der am Krieg und am Töten nicht mitmacht, rettet Leben und hat ein Recht, bei uns zu sein.

Deutschland liefert Waffen in die Ukraine, die wie Öl in einem Brandherd den Angriffskrieg Russland verlängert haben und weiter verlängern.

Unsere Ampel-Regierung hat keine Exit-Strategie diesen Krieg zu beenden.

Die Sanktionen haben keine feststellbaren Auswirkungen auf die Kriegsführung Russlands in der Ukraine, wie es aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Links-Fraktion hervorgeht.

Dagegen leiden mit den Sanktionen die Menschen in Russland, aber auch hier bei uns in Deutschland bringen sie viele Menschen in existenzielle Not.

Statt die Menschenrechte wie eine Monstranz vor sich herzutragen und hochzuhalten, sollen die Politikerinnen und Politiker der SPD, FDP, Grünen und CDU/CSU die Erklärung der Menschenrechte auch mal lesen und sie befolgen. Sie sollen allen Menschen, die gegen den Krieg in der Ukraine sind und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehmen, das vom EuGH zugestandene Recht auf Aufenthalt gewähren. Dafür treten wir ein und auch deshalb stehen wir heute hier.

Lasst mich zum Schluss noch Albert Einstein zitieren, der zu den großen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts zählt. Er sagte 1930: „Die Regierungen sind von den Interessen der Kriegsmaschinerie viel zu abhängig, als dass von ihnen in nächster Zeit ein entscheidender Schritt zur Beseitigung der Kriegsgefahr erwartet werden dürfte. Ich glaube, dass nur international organisierte Verweigerung von Militärdienst und Kriegsdienst ernsthafte Fortschritte bringen kann. Es muss in den Menschen das Bewusstsein lebendig werden, dass der Staat nicht berechtigt ist, von seinen Bürgern Handlungen zu fordern, die nach der anerkannten Moral Verbrechen sind.“

Klaus Stampfer ist seit Jahrzehnten DFG-VK-Mitglied und aktiv in der DFG-VK-Gruppe Augsburg. «

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

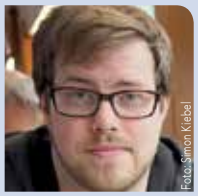


Foto: Simon Kiebel

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de

Normalerweise sind die letzten Monate des Jahres immer die mit wenigen Aktionen und vielen Planungen für das kommende Jahr – aber was ist in dieser Zeit schon normal? Die Planungen für 2023 laufen: Anfang Dezember hat sich unsere Finanzkommission getroffen, Mitte Dezember dann der Bundesausschuss – es gibt zahlreiche Pläne für Kampagnen, Aktionen und vieles mehr. Was gerade anders ist, sind die vielen stattfindenden Aktionen: Mitte November waren wir mit einer Protestaktion gegen deutsche Waffenexporte an das die Fifa-Herren-Fußball-WM austragende Katar vor der Botschaft des Emirats in Berlin – deutsche Rüstungsgüter in Höhe von drei Milliarden Euro sind in den letzten zehn Jahren an das wegen seiner miserablen Menschenrechtslage viel kritisierte Land geflossen. Am 19. November gab es dann den „Stoppt das Töten“-Aktionstag gegen den Krieg in der Ukraine und die Aufrüstung – in über 30 Städten fanden Aktionen statt (siehe den Bericht auf Seite 24). Anfang Dezember gab es eine Protestaktion gegen das „Adventskonzert“ eines Bundeswehr-Musikkorps in einer Kirche in Fellbach bei Stuttgart. Und nur zwei Tage später haben wir vor dem Gebäude der EU-Kommission in Berlin ein großes zerbrochenes Gewehr aufgebaut, um für den Schutz von Kriegsverweigerer*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine zu werben. Und das waren nur die Aktionen, an denen ich direkt beteiligt war – ich habe noch von vielen weiteren im ganzen Land gehört. Das sind ermutigende Zeichen in diesen schwierigen Zeiten!

Und 2023 sollen diese fortgeführt werden. Für den 24. Februar sind die nächsten Aktionen geplant, also den Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Ein Ende des Krieges ist gerade leider nicht absehbar. Daher sind für das Wochenende 24. bis 26. Februar größere Friedensproteste in Planung – Informationen dazu findet ihr bald auf *stoppt-das-toeten.de*

Unsere jungen Mitglieder planen eine Jugendbegegnung mit Kriegsgegner*innen aus Belarus, Deutschland und weiteren Ländern; beim Kirchentag im Juni in Nürnberg wurde bereits ein Messestand „Gegen die Zusammenarbeit von Kirche und Militär“ angemeldet; unsere Kampagne gegen das Großrüstungsprojekt „Fcas“ (Future Combat Air System) soll beginnen; die von den Naturfreunden organisierte und von uns unterstütze Friedenswanderung „Frieden in Bewegung“ wird am 27. April in Straßburg starten und bis zum 2. Juli von West nach Ost quer durchs Land bis nach Tschechien führen; Delegationen zu UN-Verhandlungen zu Atomwaffen und Killerrobotern sind auch für das anstehende Jahr geplant. Und das waren nur kleine Schlaglichter auf unsere bevorstehenden Aktivitäten!

2022 hat uns – wie ich auch in meinem langen Beitrag zum Ukraine-Krieg schildere – politisch enorm zurückgeworfen. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, wie viele DFG-VK-Aktive schon wieder nach vorne schauen: Jetzt ist die Zeit, sich erst recht für Gewaltfreiheit einzusetzen! Packen wir es an! «

Nonsens gegen Mackertum?
Oktober 2022: Endlich nach fast drei Jahren kann der DFG-VK-Bundesausschuss (BA) wieder in Präsenz stattfinden. „Wir freuten uns sehr, mal wieder alle in echt zu sehen. Doch die Freude währte nicht lange“, schreiben zwei Vertreter aus Berlin auf dem Blog der Antimilitaristischen Aktion Berlin (Amab), der sie auch angehören: „Obwohl es auf dem Treffen viel um konsensuelle Entscheidungsfindung ging, zeigten sich sehr schnell einer Friedensorganisation unwürdiges männlich-dominantes Redeverhalten, Mackerigkeit und Kritikunfähigkeit.“ Ist das Konsens-Prinzip ein Mittel dagegen? „Nein!“ sagen die beiden Amab-Leute, von denen einer als BSK-Mitglied und einer als Delegierter des Landesverband Berlin/Brandenburg an der BA-Sitzung teilnahm.

Bewusstsein schaffen statt an Symptomen rumdoktorn. „Unterbrechen, nicht ausreden lassen, Delegierte, die mit Kritik nicht klarkommen: und dann sollen noch mehr Silencing-Mechanismen wie angeblich gewaltfreie Kommunikation und Konsensverfahren dazu kommen?“ wundern sich die beiden in ihrem Blog-Beitrag. Ihr Appell: „Wenn wir etwas gegen sexistisches Verhalten und männlich-dominantes Redeverhalten tun möchten, sollten wir diese Themen direkt ansprechen und für mehr Bewusstsein sorgen statt an den Symptomen rum zu doktorn!“

Positives? Was sie gut fanden: „So problematisch der Konsens-Workshop auch war, so hatte er doch wenigstens die Folge, dass wir im BA einmal halbwegs sachlich darüber reflektiert haben, wie die Entscheidungsfindung bisher läuft. Das empfanden wir als sehr gewinnbringend.“ Und: „Zum Konsensverfahrensversuch: Dass wir uns konkret über die angestrebte Zielsetzung einer Beschlussfassung vorab verständigt haben, empfanden wir als sehr sinnvoll. “

Der Blog: *https://bit.ly/3FuhcHS*
Hauke Thoroe (Mitglied im BSK)

„Vorfahrt für den Frieden“

Rede beim Aktionstag „Stoppt das Töten in der Ukraine“ am 17.11. in Ingolstadt

Von Thomas Rödl

Es gibt keinen gerechten Krieg! Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine! Wir protestieren gegen die imperialistische und militaristisc1he Großmachtpolitik von Putin! Russland muss alle Truppen zurückziehen. Alle Kriegsparteien müssen einen Waffenstillstand vereinbaren und über eine politische Lösung verhandeln.

Es ist wohlfeil den Rückzug der russischen Truppen zu fordern, wir wissen genau dass sie das nicht tun werden. Aber Deutschland kann dazu beitragen, den Krieg zu beenden, daher wenden wir uns an Regierung und Parlament der BRD.

Deutschland ist Kriegspartei! Denn Deutschland liefert Waffen, bildet Soldaten aus und finanziert die Kriegsführung der Ukraine. Dadurch werden Deutschland und die Nato schrittweise zu direkten Kriegsgegnern der atomar bewaffneten russischen Armee. So kann der derzeit noch begrenzte Krieg zu einem Krieg zwischen der Nato und Russland eskalieren, mit der großen Gefahr, in einem Dritten Weltkrieg mit Atomwaffen zu enden.

Gegen Maßnahmen zur Verlängerung des Krieges. Wir wenden uns gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine! Wer Waffen liefert, verlängert den Krieg und vergrößert das Leiden der Menschen. Aber die Ukraine ist angegriffen worden, Russland ist der Aggressor, die Ukraine darf sich verteidigen und muss sich verteidigen. Das ist wohl die Mehrheitsmeinung

Ist der Verteidigungskrieg ein gerechter Krieg? Was soll der gerechte Krieg, wenn auch im Falle eines militärischen Sieges, alles kaputt ist? Wir sehen jetzt Woche für Woche und Monat für Monat, was Krieg bedeutet. Der Verteidigungskrieg führt zur Zerstörung des Landes, das militärisch verteidigt wird. Ich verstehe natürlich den Wunsch, die Heimat gegen den russischen Angreifer zu verteidigen. Aber wer eine Stadt militärisch verteidigen will, nimmt in Kauf, dass sie zerstört wird. Wer eine Stadt erobern will, muss die Verteidiger herausbomben, so geschehen in Falludja, Aleppo, Mossul, Grosny... Oder wie im Zweiten Weltkrieg, denken Sie an die Bilder von Stalingrad 1943 oder Berlin 1945.

Der Versuch der Rückeroberung wird weitere Zerstörungen verursachen und weitere Opfer fordern. Was bedeutet die Verteidigung der Freiheit und der Souveränität, wenn nachher alles kaputt ist? Und Hunderttausende getötet werden. Die Freiheit bedeutet dann, eine Generation lang für den Wiederaufbau zu schuften.

Ziviler Widerstand. Nach unserer Meinung sollte der militärische Widerstand beendet und die Souveränität der Ukraine mit politischen, zivilen und gewaltfreien Mitteln verteidigt werden. Das schützt die Bevölkerung in der Ukraine und verhindert die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur. Wir meinen, die Freiheit und Souveränität lassen sich nur gewaltfrei verteidigen.

Ein Waffenstillstand ist überfällig, und ein Waffenstillstand ist möglich!

Vor einer Woche ging eine Meldung durch die Medien, in der es sinngemäß hieß: Der Stabschef der US-Streitkräfte, General Mark Milley, sprach sich für Verhandlungen über einen Waffenstillstand aus. Er warnte vor einem Szenario wie im Ersten Weltkrieg, mit jahrelangen Grabenkämpfen, die keine strategische Entscheidung brachten, aber Millionen Soldaten das Leben kosteten. Er sagte, beide Kriegsparteien hätten jeweils 100 000 Soldaten durch Tod oder Verwundung verloren, dazu kämen 40 000 getötete ukrainische Zivilisten.

Er sagt damit auch, dass man militärisch nichts mehr erreichen wird und die derzeitige Pattsituation akzeptieren muss. D.h. akzeptieren, dass die Grenzen der Ukraine jetzt neu definiert werden – sei es auf dem Schlachtfeld, sei es in künftigen Verhandlungen.

Erstaunlich, dieser General ist realistischer und menschlicher als die Ampelkoalition in Berlin. Deren Parole ist nach wie vor „Sieg“ statt Waffenstillstand und Verhandlungen.

Diese zitierte Stellungnahme macht aber auch offensichtlich, dass die USA Kriegspartei sind. Wir, Deutschland, die Nato und deren Führungsmacht USA sind Teil des Konflikts. Viel ist darüber schon geschrieben worden. Wer einen Konflikt untersucht, wird auch eine Vorgeschichte finden. Einen Konflikt verstehen wollen, heißt nicht, die militärische Aggression zu rechtfertigen. Wer einen Konflikt verstehen will, muss auch die Position des angeblichen Feindes kennen. Die Ost-Expansion der Nato ist eine wesentliche Ursache für diesen Krieg, und dafür und dadurch sind wir mitverantwortlich.

Die Nato-Regierungen hätten vor ca. 10 Jahren sagen können: Wir sind in der überlegenen Position, alle osteuropäischen Länder sind jetzt in der Nato, Russland kann uns nicht gefährlich werden. Die Ukraine bleibt neutral, damit können wir gut leben. Aber die USA haben in den Folgejahren die Ukraine aufgerüstet, Hunderte Millionen Dollar Militärhilfe reingepumpt, und die Ukraine so nebenbei und heimlich zum Nato-Partner aufgebaut. So dass der ukrainische Präsident Selenskiy neulich gesagt hat: Faktisch sind wir ja schon in der Nato. Wir hatten leider keine Gelegenheit zu diskutieren, ob wir das wollen und ob das gut ist für unsere Sicherheit.

Die weitere wesentliche Ursache für den Krieg ist der Konflikt zwischen den ukrainischen und den russischen Bevölkerungsteilen in der Ukraine, darauf kann ich hier und jetzt nicht eingehen. Bleiben wir bei dem was uns betrifft: Die russische Sichtweise ist: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Ukraine in die Nato kommt und damit der Militärapparat der Nato direkt an die russische Grenze rückt. Und die Gefahr, dass dort auch Atomwaffen stationiert werden.

Es ist ziemlich ignorant und arrogant, diese russischen Sicherheitsbedenken zu ignorieren. Jetzt sind wir im Krieg mit einer atomar bewaffneten Großmacht. Momentan scheint die Abschreckung noch zu funktionieren. Doch wenn Russland verliert und sich existenziell bedroht fühlt, kann es natürlich Atomwaffen einsetzen. Ich bin entsetzt, wie leichtfertig jetzt Leute über den Atomkrieg reden, die offenbar nicht kapieren, was das bedeutet. Auch ein begrenzter Atomkrieg, begrenzt auf die Ukraine oder Mitteleuropa, wäre eine Katastrophe für uns.

Wir alle zahlen für den Krieg – die Menschen in der Ukraine allerdings mit dem Leben. Aber wir finanzieren den Krieg, wir zahlen für den Krieg, ob wir wollen oder nicht. Wir zahlen doppelte und dreifache Preise für Strom und Gas. Wir zahlen über die Mehrwertsteuer, ob wir wollen oder nicht. Und der Wumms und der Doppelwumms wird letztlich vom Steuerzahler und Verbraucher finanziert. Wir wenden uns gegen Sanktionen, die die deutsche Wirtschaft schädigen, den Staatshaushalt zerrütten und die Inflation antreiben. Die Sanktionen haben keine Auswirkungen auf die Fähigkeit zur Kriegsführung der russischen Armee. Sie werden aber die russische Wirtschaft massiv schädigen und die Masse der werktätigen Bevölkerung in Russland in Armut stürzen, die die Kriegspolitik von Präsident Putin nicht verhindern können.

An dieser Stelle will ich auch ganz klar sagen: Wir erklären uns solidarisch mit allen BürgerInnen in Russland und der Ukraine, die friedlich gegen den Krieg ihrer Regierungen protestieren, und die sich dem Krieg durch Verweigerung entziehen wollen.

Wir wenden uns gegen ein Energieembargo, das in der Konsequenz die ökologischen Kosten unserer Energieversorgung erhöht (Fracking, Verflüssigung von Gas, Transport über die Ozeane), und von dem nur eine Handvoll multinationaler Energiekonzerne und die Oligarchen in den USA profitieren.

Wir wenden uns gegen das 100-Milliarden--Waffenprogramm der BRD und die Erhöhung der Rüstungsausgaben. Wir bräuchten ein 100-Milliarden-Programm zur Umstellung auf eine nachhaltige Energieversorgung. Weitere Aufrüstung wird den Konflikt mit Russland nicht lösen, sondern nur die Konfrontation verschärfen und zu einem weiteren Krieg mit Russland führen.

Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Wir treten ein für eine Friedenskonferenz im Rahmen der OSZE. Wir wollen Abrüstung statt Aufrüstung!

Derzeit ist die Ampel auf Krieg geschaltet – lasst uns die Ampel umschalten auf Frieden!

Thomas Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern. «

„Eine Supermacht Europa verhindern“

Zur Rolle der USA in der Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs

Von Urania Grudzinski

Von den drei atomaren Großmächten USA, China und Russland streben die USA offen die globale Vorherrschaft auf allen Ebenen an, in Strategiepapieren des Pentagon „Full Spectrum Dominance“ genannt.

Mit großem Abstand sind sie die am meisten hochgerüstete Nation der Welt mit etwa 800 ausländischen Militärstützpunkten in mehr als 70 Ländern und knapp 40 % der weltweiten Rüstungsausgaben. Nach 1990 forcierten sie die Aufnahme weiterer 14 Länder in die Nato, nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien wurde der größte europäische US-Militärstützpunkt im Kosovo eingerichtet wie auch weitere in anderen Ländern. Im Dezember 2001 kündigten die USA einseitig den seit 1972 bestehenden ABM-Vertrag, am 1. Februar 2019 den INF-Vertrag. *(Anm. d. Red.: ABM = Anti-Ballistic Missiles; Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und der Sowjetunion. INF = Intermediate Range Nuclear Forces; Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme zwischen den USA und der Sowjetunion)*

„Amerika muss auf globaler Ebene stets die Führungsrolle übernehmen. Die Vereinigten Staaten werden Militäraktionen nutzen, wenn notwendig auch unilateral *(Anm. d. Red.: im Alleingang)*, wenn unsere Kerninteresse neser fordern“, so US-Präsident Obama Ende 2014 in einer Grundsatzrede an der Militärakademie in West Point.

Solche unilateralen, völkerrechtswidrigen Militäraktionen und Kriege der USA, offen oder verdeckt, gab es seit 1945 dutzendweise. Eine weitere Art von Einsätzen erläutert George Friedmann, us-amerikanischer

Geostratege, Politologe und Sicherheitsexperte, Begründer der Stratfor-Denkfabrik, die auch als „Schatten-CIA“ bezeichnet wird.

Wer wenig Zeit hat, weiß nach diesem Zitat Bescheid: „Die USA kontrollieren alle Weltmeere. Keine Macht hat das jemals getan. Daher können wir in andere Länder einmarschieren, aber sie können nicht bei uns einmarschieren. Das ist eine sehr schöne Sache... Das Ziel der us-amerikanischen Politik ist es, eine europäische Supermacht und die Annäherung zwischen Deutschland und Russland zu verhindern... Am besten wäre es, wenn beide Länder sich gegenseitig schwächen. Ich empfehle eine Technik, die von Präsident Ronald Reagan eingesetzt wurde gegen Iran und Irak: Er unterstützte beide Kriegsparteien! Dann haben sie gegeneinander und nicht gegen uns gekämpft. Das war zynisch und amoralisch, aber es funktioniert. Man muss die Rivalitäten unter den Einheimischen schüren und Waffen in die Ukraine liefern.“

Beeinflussung der Ukraine in Richtung Westen und Förderung von Russenfeindlichkeit. In der Öffentlichkeit ist wenig bekannt, dass die USA mittels ihres Auslands-Geheimdienstes CIA bereits seit den 1950er Jahren in der Ukraine aktiv waren. Vor allem mit Hilfe von Mykola Lebed, von der Gestapo ausgebildet und ehemaliger Sicherheitschef des faschistischen Nationalisten Stepan Bandera, wurde im Kalten Krieg Einfluss auf die Ukraine genommen.

Unter Ronald Reagan und seinem Wahlkampfmanager und späteren CIA-Chef William Casey wurden die verdeckten Programme zur Meinungsbeeinflussung in eine gemeinnützige Stiftung namens „Nationale Stiftung für Demokratie“ (NED) ausgelagert, die formell eine private Einrichtung war, aber vom Außenministerium finanziert wurde. 2012 ließ die Stiftung 3,4 Millionen Dollar zur „Demokratieförderung“ in die Ukraine fließen. Nach 1991 investierten ie USA insgesamt fünf Milliarden Dollar für den „Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie“.

Wahlbeeinflussung zugunsten westlich orientierter Politiker. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine schossen diverse US-Institute wie Pilze aus dem Boden. Mit viel Geld und medienwirksamen Auftritten wie z.B. auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 wurden die westlich orientierten Oppositionspolitiker Petro Poroschenko, Arsenij Jazenjuk und Vitali Klitschko über die Jahre unterstützt.

So erhielt beispielsweis eein „National Democratic Institute for International Affairs“ 370 000 Dollar für Wahlbeobachter, die die Wahl des Milliardärs Poroschenko im Mai 2014 laut NED „freier und sicherer“ machen sollten. Präsident Poroschenko versprach dafür bei Amtsantritt, für die Mitgliedschaft der Ukraine in die Nato zu kämpfen, für die es zum Zeitpunkt seiner Wahl keinerlei Mehrheit in der Bevölkerung gab.

In der Verfassung von 1991 war Neutralität der Ukraine verankert.

Als „Schokoladenkönig“ führte Poroschenko entgegen seinem Versprechen die Unternehmens-Geschäfte weiter und konnte sich entsprechend mangelhaft den dringenden Problemen des Landes widmen. Inzwischen steht er unter Anklage mit mehr als 20 Ermittlungsverfahren, u.a. wegen Korruption.

Illegaler Putsch in der Ukraine im Februar 2014. Im November 2013 weigerte sich der rechtmäßig gewählte Präsident der Ukraine, Wiktor Janukowytsch, ein Russland ausschließendes Assoziierungsangebot mit der EU zu unterzeichnen.

Im Januar 2014 kam es zu Unruhen und Demonstrationen auf dem zentralen Maidanplatz in Kiew. Janukowytsch unternahm konkrete Schritte zur Entspannung der Lage. Seine Regierung trat zurück und er bot den Oppositionsführern an, in den verbleibenden Monaten bis zur Wahl 2015 die Macht zu teilen, alles sah nach Kompromiss und Entspannung aus.

Überraschend kam es am 18. Februar zu massiven Gewaltausbrüchen, mehrere tausend Menschen drangen zum Parlamentsgebäude vor. Durch Gewalttäter des rechten Sektors wurde die Parteizentrale von Janukowytsch mit Molotowcocktails attackiert, Polizisten wurden mit Steinen beworfen und Autos in Brand gesteckt. Es gab Tote auf beiden Seiten und viele Verletzte.

Regierungswechsel durch Scharfschützen. Wie der deutsche Korrespondent Moritz Gathmann berichtete, waren am Morgen des 20. Februar 2014 aus der Westukraine Busse mit militanten Extremisten angekommen, die dort am Vortag aus einer Kaserne Waffen gestohlen hatten. Sie stürmten zusammen mit Kämpfern der Opposition die Polizeibarrikaden. Zusätzlich schossen bis heute nicht identifizierte Scharfschützen, offenbar Berufskiller, sowohl auf Demonstranten als auch auf Sicherheitskräfte und richteten ein Blutbad an.

Jede Seite musste annehmen, die andere schieße auf sie: Chaos, Wut und Gewalt eskalierten weiter. Wiktor Janukowytsch floh nach Russland und bat um Asyl. Eine Übergangsregierung von vormals Oppositionellen und anderen Nato-Befürwortern wurde installiert. Einer ihrer ersten Erlasse war, Russisch als Amtssprache abzuschaffen.

Inzwischen muss auf Basis der verfügbaren historischen Berichte und Dokumente davon ausgegangen werden, dass die USA den Putsch organisiert hatten. Der frühere CIA-Offizier Ray McGovern: „Es war ein vom Westen gesponserter Putsch, es gibt kaum einen Zweifel daran. Die USA haben die Regierung in der Ukraine gestürzt, und Viktoria Nuland hat im Außenministerium die Fäden gezogen, zusammen mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt.“ Belegt wird diese Darstellung u.a. durch ein abgehörtes Telefonat der beiden letztgenannten Personen, in dem es zu dem irritierenden Ausspruch der Nuland kam: „Fuck the EU“.

Diese Sachverhalte werden z.B. in den Bestsellern „Wir sind immer die Guten“ der freien Journalisten Bröckers/Schreyer und „Eiszeit“ von Prof. Dr. Krone-Schmalz sowie in „Illegale Kriege“ des unabhängigen Schweizer Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser weitgehend übereinstimmend erläutert und mit umfangreichen, präzisen Quellenangaben verifiziert. Die gängigen Medien berichten selten über diese Vorgänge, verbreiten Fake-News bis zur Tatsachenverdrehung ins Gegenteil. Über den Boxer und Oppositionspolitiker Vitali Klitschko glaubte die Bildzeitung sofort nach dem Massaker zu wissen, dass es Sicherheitskräfte von Präsident Janukowitsch waren, die in die Menge geschossen hätten. Dabei war der bereits zurückgetreten und konnte nun wirklich kein Interesse an einer Eskalation haben.

Ina Kirsch, Ex-Direktorin des European Centre for a Modern Ukraine: „Viele der Demonstranten waren bezahlt. Es gibt Leute wie den US-Milliardär George Soros, die Revolutionen finanzieren. Soros hat auch den Maidan unterstützt, hat dort Leute bezahlt – die haben in zwei Wochen auf dem Maidan mehr verdient als während vier Arbeitswochen in der Westukraine.“

Legale Sezession der Krim. Namhafte Staats- und Völkerrechtler sind der Ansicht, dass es sich nicht um eine Annexion, also den gewaltsamen Gebietserwerb eines Staates auf Kosten eines anderen, handelte. Eine Sezession ist die Loslösung einzelner Landesteile aus einem bestehenden Staat mit dem Ziel, einen neuen souveränen Staat zu bilden oder sich einem anderen Staat anzuschließen. Z.B. ist dies möglich, wenn eine neue Regierung eine ethnische Gruppe maßgeblich benachteiligt.

Der deutsche Staatsrechtsprofessor Karl Albrecht Schachtschneider stellt fest: „Es handelt sich klar um eine Sezession, nicht um eine Annexion. Nach dem Putsch und der gewaltsamen Übernahme durch aufständische Kräfte in Kiew hat die Krim das Recht gehabt, ein Referendum durchzuführen und sich Russland anzuschließen.“

Bürgerkrieg und Aufrüstung der ukrainischen Armee. Nach dem gewalttätigen, völkerrechtswidrigen Putsch in Kiew wollten weite Teile der Bevölkerung im Osten und auf der Krim die neue Regierung nicht anerkennen und erklärten ihre Autonomie zu Volksrepubliken.

Danach eskalierte der Konflikt zu einem bewaffneten Bürgerkrieg, die US-/Nato-Regierungen taten wenig Effektives, um die Abkommen Minsk I und II über einen Waffenstillstand und eine friedliche Wiedervereinigung zu forcieren. Der 2019 mit dem Wahlversprechen, Frieden zu schaffen, angetretene Präsident Selenskij machte im März 2021 eine 180-Grad-Wende und erließ ein Dekret zur militärischen Rückeroberung der Krim und der Donbas(s)-Region *(Anm. d. Red.: Donbas, ukrainisch Донбас; Donbass, russisch Донбасс).* Die Truppen wurden zur größten europäischen Landstreitmacht aufgerüstet, von USA/Nato mit Ausbildern und Waffen versorgt, die rassistischen Asow-Brigaden und andere paramilitärische und kriminelle Banden waren ebenfalls willkommen.

Im Dezember 2021 forderte Russland ultimativ Verhandlungen über das Ende der Kampfhandlungen, denen inzwischen etwa 14 000 ZivilistInnen zum Opfer gefallen waren, sowie über die russischen Bedenken zu einem Nato-Beitritt der Ukraine. Statt auf diese Bemühungen der russischen Regierung einzugehen, wurde eine Offensive der ukrainischen Zentralregierung auf Donesk und Luhansk gestartet. Die OSZE registrierte, dass die Attacken an der Front auf die „Volksrepubliken“ seit Anfang Februar massiv zunahmen, von einem Dutzend Waffenstillstandsverletzungen in den Monaten zuvor auf über 1 000 pro Tag. Daraufhin erkannte die Russische Föderation die beiden „Volksrepubliken“ an, schloss mit ihnen ein Verteidigungsbündnis und marschierte am 24. Februar 2022 ein.

Mit diesem Text soll keineswegs der russische Angriff gerechtfertigt, aber in einen globalen, geopolitischen Zusammenhang gestellt werden, aus dem hervorgeht, dass hier ein Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland um die Ukraine stattfindet. Und dass es Russland nicht um eine imperiale Ausdehnung geht, sondern um seine Sicherheitsinteressen und den Schutz russischstämmiger Ukrainer.

Würden auch die Ukraine und Georgien wie von Präsident Bush bereits 2008 auf dem Nato-Gipfel in Bukarest gefordert, in die Nato aufgenommen, wäre das gesamte europäische Russland bis auf Belarus von Nato-Staaten eingekreist.

Angesichts der völkerrechtswidrigen Angriffskriege von USA und Nato allein in den letzten 25 Jahren sind Befürchtungen Russlands um seine Sicherheit verständlich.

Wir als Teil der Friedensbewegung sind für sofortige Beendigung der Waffenlieferungen, für Waffenstillstand und Verhandlungen. Mit dem Wissen um die obengenannten Geschehnisse sollten wir die eigene Regierung in die Pflicht nehmen, Frieden zu vermitteln unter Anerkennung der russischen und ostukrainischen Sicherheitsinteressen.

Erinnern wir an die offensichtlich vergessene Charta von Paris 1990, die von den Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas und Europas inklusive Russlands unterzeichnet wurde mit der zentralen Verpflichtung, Mechanismen zur Verhütung und Beilegung von Konflikten zwischen Teilnehmerstaaten zu schaffen: „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden.“

Urania Grudzinski ist seit Jahrzehnten in der Friedens- und der Anti-Atom-Bewegung aktiv. Seit dem Frühjahr 2022 ist sie DFG-VK-Mitglied. In der Online-Veröffentlichung der Zivil-Courage werden die hier nicht abgedruckten Quellenangaben genannt. «

„Alles ist besser als Krieg“

Friedenskonferenzen, Autonomiegebiete und Minderheitenrechte

Von Ralf Cüppers

Wir verurteilen den Angriffskrieg der russischen Regierung und des russischen Militärs auf die Ukraine. Jeder Krieg, auch ein Verteidigungskrieg, ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, und deswegen müssen die Kriegshandlungen von beiden Seiten beendet werden.

Militärische Verteidigung ist Selbstzerstörung. Wir treten für eine friedliche Beilegung des Konfliktes ein. Die Missachtung der Minderheitenrechte der nichtukrainischen Bevölkerung seitens der Kiewer Regierung ist keinesfalls eine Rechtfertigung für den russischen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine könnte beendet werden, wenn es politisch gewollt wäre.

So könnte es gehen: Gerade in den Zeiten der Kriege und der Hochrüstung müssen wir an den Strategien friedlicher Konfliktbeilegung festhalten und ihre Möglichkeiten als Gegengewicht darstellen. Bei der friedlichen Konfliktlösung geht es nicht um militärischen Sieg oder Niederlage. Es geht darum, die Kriegshandlungen schnellstmöglich zu beenden, um Menschenleben, auch das der Soldat*innen, zu retten und die weitere Zerstörung von zivilen Einrichtungen zu verhindern.

Es geht auch darum, das friedliche und sichere Zusammenleben der Menschen dauerhaft zu ermöglichen und nicht um einen Schein-Frieden, der den nächsten Krieg mit sich bringt.

Friedliche Konfliktlösung muss politisch gewollt sein. Das bedeutet, nicht den Regierenden und Kriegsprofiteuren, die entsprechend ihrer eigenen Interessen handeln, das Kriegsgeschehen zu überlassen.

Alle, die Krieg als Mittel der Politik nicht wollen, müssen sich gegen Aufrüstung wenden und sich für friedliche Konfliktlösungen einsetzen.

Friedenskonferenzen sind ein erster Schritt, um den Krieg zu beenden. Internationale Friedenskonferenzen, die aus Vertretern von neutralen Staaten bestehen, die sich nicht an Kriegshandlungen, Waffenlieferungen und Sanktionen beteiligt haben (und nicht eine einseitige Verurteilung nur Russlands für den Angriffskrieg erklärt haben: neutrale Staaten wie zum Beispiel China, Cuba, Indien, Iran, Pakistan, auch der Heilige Stuhl) sind glaubwürdigere Vermittler zwischen den Konfliktparteien.

Wenn die ukrainische oder russische Regierung oder andere Kriegsparteien sich weigern sollten, an der Konferenz teilzunehmen, könnte eine solche dennoch das Zeichen setzen, dass andere Staaten nicht mehr bereit sind, deren Kriegshandlungen zu akzeptieren.

Ein Ergebnis dieser Konferenz könnte sein, das Kriegsgebiet und die besetzten Gebiete völlig zu entmilitarisieren und Autonomierechte zu gewähren. Das bedeutet, Russland und die Ukraine müssen jeweils ihre Truppen abziehen. Die Autonomiegebiete können sich nach innen selbst verwalten, eigene Gesetzgebungsorgane schaffen und eigene politische Strukturen und kulturelle Unabhängigkeit erhalten. Damit wären die Autonomiegebiete sowohl den Interessen der russischen als auch der ukrainischen Regierung entzogen. Die Bevölkerung ist vor einem möglichen Bürgerkrieg geschützt, wenn die Truppen abgezogen werden und keine Kriegswaffen mehr im Lande sind.

Autonomiegebiete schützen Minderheiten und stärken die Demokratie. Weitere demilitarisierte Zonen mit Autonomiestatus innerhalb der Ukraine könnten folgen, um einen tragfähigen Frieden zwischen der Ukraine und Russland zu sichern. Besonders in den Gebieten der Ukraine, in denen unterschiedliche Minderheitsbevölkerung lebt, können deren Rechte durch den Status der Autonomie besser geschützt werden. Durch den Status der Autonomie sind Einflussnahme und Grenzstreitigkeiten überflüssig geworden.

Autonomiegebiete führen nicht zur Zerstückelung eines Staatsgebietes zu Gunsten eines anderen Staates. Sie sind innerhalb der Staatsgrenzen Pufferzonen, in Regionen, in denen Minderheiten und Mehrheiten ein friedliches Zusammenleben ermöglicht werden muss, um gewalttätige Konflikte zu vermeiden.

Autonomiegebiete und entmilitarisierte Zonen können den Frieden sichern. Die Schaffung von entmilitarisierten Zonen und Autonomiegebieten sind erprobte und realpolitische Methoden der Friedenssicherung. Es sind keine Utopien, Phantastereien oder unrealistische Träumereien.

Vieltausendfaches Töten und Sterben aus Gründen des völkerrechtlichen Prinzips?

Kosovo, Krim und Nordzypern sind nicht die besten Beispiele, weil dort die Unabhängigkeit unter klarem Bruch des Völkerrechts geschaffen und danach mit militärischer Besatzung stabilisiert wurde. Das können wir nicht gutheißen. Aber Krieg zur Wiederherstellung des früheren Zustandes hieße, dem Bruch des Völkerrechts durch ein größeres Verbrechen, dem vieltausendfachen Töten von Menschen, entgegenzutreten. Besser ist es, Völkerrecht und Minderheitenrechte nur mit zivilen Mitteln durchzusetzen, auch um nicht weiteren Hass zu erzeugen. Die an die Macht gekommene ehemalige Minderheit muss jetzt ihrerseits Minderheitenrechte anerkennen, damit z.B. die Serben und Roma im Kosovo, Ukrainer und Tataren auf der Krim und Griechenzyprer im Norden ihrer Insel gut und mit voller Gleichberechtigung leben können.

Wer sich intensiver mit Gebieten mit Autonomie oder Minderheitenrechten beschäftigt, wird feststellen, dass es viele davon in allen Kontinenten gibt und dass sie über Jahrzehnte den Menschen in diesen Regionen ein Zusammenleben ermöglicht und oft auch politische und wirtschaftliche Stabilität haben.

Ralf Cüppers ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein. «

Kritischer Militärhistoriker Manfred Messerschmidt gestorben

Unter Messerschmidts Zuspruch und Mitwirkung wurde 1990 die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz von wenigen überlebenden Opfern gegründet. Seine Bereitschaft, als international angesehener Historiker und Jurist den Vorsitz des wissenschaftlichen Beirats eines Verbandes bis dahin ausgegrenzter und verfemter NS-Opfer zu übernehmen, war beispiellos. Auch die Perspektive der Opfer einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben, charakterisierte seine Arbeit als Nestor kritischer Militärgeschichtsschreibung in Deutschland. 1970 berief ihn Bundespräsident G. Heinemann auf Vorschlag des damaligen Verteidigungsministers H. Schmidt zum Leitenden Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr. Seine militärgeschichtlichen Forschungen wie auch seine juristischen Untersuchungen klären auf über Irrwege wie Militarismus, Krieg und Vernichtung, geschichtspolitisch plädieren sie entschieden für Frieden durch Völkerverständigung. Das 1987 erschienene Gemeinschaftswerk von Messerschmidt/Wüllner „Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus“ zerstörte die bis dahin herrschende Nachkriegslegende, die Wehrmachtjustiz sei kein Erfüllungsgehilfe des NS-Regimes gewesen. Diese Widerlegung, heute ein Standardwerk wie Messerschmidts Studie „Die Wehrmachtjustiz 1933-1945“, ging der später folgenden gesetzlichen Anerkennung und Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz voraus. Sie fand erst 1998, 2002 und 2009 in drei Schritten statt, die die meisten Überlebenden nicht mehr miterlebt haben.

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt starb am 18. Dezember im Alter von 96 Jahren.

(Quelle: Pressemitteilung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz)

Kleine Erfolge bei heftigem Gegenwind

Neue Entwicklungen in Europa bei der Kriegsdienstverweigerung

Von Guido Grünewald

Kriegsdienstverweigerer und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verspüren in diesem Jahr heftigen Gegenwind. Das gilt nicht nur für die durch den Ukrainekrieg direkt betroffenen Länder Russland, Ukraine und Weißrussland, sondern auch für Staaten, die die Wehrpflicht wieder eingeführt haben (Litauen, Schweden, Norwegen, Polen) oder die Wiedereinführung planen bzw. diskutieren (Lettland, Niederlande). Und in den seit Langem bekannten Problemländern wie Aserbaidschan, Griechenland und der Türkei ist keine Besserung in Sicht.

Aserbaidschan hatte 2001 vor seinem Beitritt zum Europarat versprochen, binnen zwei Jahren einen Zivildienst einzuführen, hielt das Versprechen jedoch nicht. Nun wurden im Juli und September zwei Zeugen Jehovas verhaftet. Der 22jährige Seymur Mammadow wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, der 18jährige Ro-yal Karimov zwangsweise einer Militäreinheit zugeführt, wo er festgehalten wird. Erst im Oktober 2021 hatte der Europäische Menschenrechtsgerichthof Aserbaidschan dazu verurteilt, zwei Zeugen Jehovas, die 2018 wegen ihrer KDV verurteilt worden waren, wegen Verletzung ihrer Menschenrechte eine Entschädigung zu zahlen.

In Griechenland wurden alle Anträge von nicht-religiösen Verweigerern in diesem Jahr abgelehnt, eine aus Sicht unserer griechischen Freund:innen „alarmierende Entwicklung“.

Die türkischen KDVer:innen, die unter der repressiven Regierung Erdogan gezwungen sind, als *Plattform Conscientious Objection Watch (COW)* zu agieren, berichten im aktuellen Quartalsbulletin von 24 Menschen, die online den Fragebogen auf der Webseite ausfüllten. Drei Viertel von ihnen haben keine Möglichkeit, in sozialversicherungspflichtigen Jobs zu arbeiten, etwa die Hälfte ist in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, darf nicht in staatlichen Institutionen arbeiten oder wurde vom Arbeitgeber entlassen. 14 Prozent berichten, dass sogar ihre Bankkonten konfisziert wurden. Außerdem enthält das Bulletin neun eindrucksvolle KDV-Erklärungen, u.a. von Münker Odabasi: „Wie schlecht ist es, das Gegenteil zu bevorzugen, wenn eine Welt ohne Gewalt möglich ist, wenn es möglich ist, zu leben und andere leben zu lassen. Das Leben ist so heilig, die Menschen sollten weder sterben noch töten. Möge das Leben, die Freiheit und Frieden mit und für uns alle sein, ich lehne es ab, ein Teil des Bösen zu sein.“

Fotos: Ebco

Teilnehmer:innen von *Ebco* und finnische Friedensaktivist:innen vor dem Friedenszentrum Rauhanlitto, einem ehemaligen Bahnhof, in Pasila im Norden Helsinkis

Die Unterstützung einzelner Verweigerer und Proteste gegen Repressionen sowie Maßnahmen und Pläne zur Verschlechterung der Gesetzeslage standen im Zentrum der Aktivitäten des *Europäischen Büros für KDV (European Bureau of Conscientious Objection, Ebco)* seit der letzten Versammlung Anfang April. In der Schweiz fordert aktuell die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats, den Zivildienst in den Zivilschutz zu integrieren.

Vorrangig ging und geht es allerdings um die Unterstützung von Verweigerern und Deserteuren aus den vom Ukrainekrieg betroffenen Ländern. Zu den Aktivitäten zählen ein Webinar zur KDV in Europa mit Schwerpunkt Ukrainekrieg (gemeinsam mit *War Resisters‘ International, WRI,* und *Internationalem Versöhnungsbund, International Fellowship of Reconciliation, Ifor*), eine gemeinsame Presserklärung mit denselben Partnern und der Forderung, die Anklage gegen Ruslan Kotsaba (er konnte inzwischen die Ukraine verlassen und in die USA ausreisen, wo zwei Brüder leben) fallen zu lassen und zusammen mit der WRI eine Online-Rezitation von Friedensgedichten zur Unterstützung der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung* („Make Poetry, not War“; *https://bit.ly/3uFSfEg). Ebco*-Präsidentin Alexia Tsouni unterstützte im August die *Ukrainische Pazifistische Bewegung* durch einen persönlichen Besuch und rief Russland auf, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden.

In Russland und Weißrussland ist zwar bis zur Einberufung ein Antrag auf KDV möglich, doch ist an der Entscheidung darüber das Militär betei-

ligt. Seit der (Teil)Mobilisierung ist in Russland faktisch keine Verweigerung mehr möglich. Die ukrainische Regierung hat mit dem Kriegsrecht das ohnehin auf Angehörige von zehn kleinen religiösen Gemeinschaften beschränkte Recht auf KDV ausgesetzt, wie das Verteidigungsministerium Ende August der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung* mitteilte. Mit Vitaly Alekseyenko – er lebte zuvor in Usbekistan und hatte dort von 1996 bis 98 einen Zivildienst geleistet – ist am 15. September erstmals ein KDVer zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt worden. Zuvor waren bereits vier Verweigerer jeweils auf Bewährung zu drei bzw. vier Jahren Gefängnis verurteilt worden; ihnen droht nach Ablauf der Bewährungsfrist die erneute Einberufung und anschließend die Haft. Die *Ukrainische Pazifistische Bewegung* hat den UN-Menschenrechtskommissar und die UN-Kommission zur Beobachtung der Menschenrechtssituation in der Ukraine daher Anfang November aufgefordert, diese Fälle aufzugreifen und nicht länger darüber hinwegzusehen.

Im September hat *Ebco* zusammen mit *Connection e.V., Ifor* und der *WRI* die Petitionskampagne „#Object War Campaign. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und Ukraine brauchen unsere Solidarität!“ gestartet *(https://bit.ly/3hlTiWJ)*, die sich an die EU wendet und den Schutz für KDVer und Deserteure einfordert, den Charles Michel, Präsident des Europäischen Rats, Anfang April zumindest angedeutet hatte. Leider sind erst wenig mehr als 5000 Unterschriften zusammengekommen, ein Zeichen für die Schwäche von pazifistischen und kriegsgegnerischen Positionen. Der fehlende Druck hat es den EU-Staaten erleichtert, bislang einen effektiven Schutz zu verweigern. Lediglich in Deutschland sollen (nur) russische Deserteure Flüchtlingsschutz erhalten, nicht aber KDVer, die sich der Kriegsteilnahme bereits vor der Einberufung verweigern. Die Petitionskampagne, die ursprünglich am Tag der Menschenrechte (10. Dezember) enden sollte, soll nun bis März 2023 weitergeführt werden.

Zwei kleinere Erfolge kann *Ebco* im Berichtszeitraum dennoch vermelden. Anlässlich der Generalversammlung Anfang September in Helsinki, an der ich diesmal nicht teilnehmen konnte, fand ein Treffen mit einer hochrangigen Mitarbeiterin im Ministerium für Wirtschaft und Beschäftigung statt. In Finnland gibt es nach wie vor die Wehrpflicht, Totalverweigerer werden zu Gefängnisstrafen verurteilt. *Ebco* erläuterte im Gespräch sechs Forderungen, von denen drei während der periodischen Überprüfung der Menschenrechtssituation in Finnland durch den UN-Menschenrechtsrat (UPR = Universal Periodic Review) im November seitens der urteilenden Staaten als Empfehlungen wiederholt wurden: Information über das Recht auf KDV zugänglich machen, ein Zivildienst ohne Strafcharakter und Diskriminierung bezüglich Art und Dauer und unter ziviler Kontrolle, die Freilassung von inhaftierten KDVern und die Beendigung der strafrechtlichen Verfolgung von Verweigerern. Vor allem die Empfehlung zur Freilassung inhaftierter Verweigerer, d.h. von Totalverweigerern, ist bedeutsam. Ausschlaggebend war wohl die Anwesenheit von zwei Vertretern des finnischen Verbandes der KDVer (Aseistakieltäytyjäliitto = AKL), denen *Ifor* ermöglicht hatte, im Vorfeld mit Staatenvertretern zu sprechen. Ein weiterer Erfolg war die Wahl von *Ebco*-Vertreter Daniele Taurino in den Vorstand des Europäischen Jugendforums. Er koordiniert die Aktivitäten des Forum-Netzwerks zu Jugend, Frieden und Sicherheit und bemüht sich sicherzustellen, dass in Resolutionen zum Ukrainekrieg das Recht auf KDV erwähnt und eine militaristische Sprache vermieden wird. Im Bulletin des Jugendforums wird regelmäßig über Ebco-Aktivitäten berichtet.

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK und ihr Vertreter im Europäischen KDV-Büro (Ebco).

«

Bitte umsteigen von analog auf digital

ZivilCourage ONLINE

Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb wirbt:
Weniger Geld für die Post, mehr für Politik!
Und bittet darum, dass sich möglichst viele Mitglieder dafür entscheiden, die *ZivilCourage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail. Zu lesen am Computer, auf dem Tablet oder Smartphone. Bisher haben sich mehr als 400 Mitglieder für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein. Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt. Und eine Umstellung schont natürliche Ressourcen.

Die Umstellung ist ganz einfach:
Entweder *zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/* aufrufen, eintragen, absenden, fertig.
Oder: E-Mail an: *zc@dfg-vk.de*
mit dem Betreff: *ZC digital*
Bitte Vor- und Nachnamen, Wohnort und (falls griffbereit) Mitgliedsnummer angeben. Vielen Dank!

„Junge“ und „alte“ Themen zusammenführen

Kriegsdienstgegner*innenschaft intergenerationell voranbringen

Von David Scheuing

In Ausgabe 2/2022 der *ZivilCourage* hatten Katja Görgen, Marius Pletsch und Kathi Müller wichtige und wertvolle Kritikpunkte für eine zu verändernde Verbandsstruktur geliefert: in ehrlicher Selbstkritik bereit zu sein, eingerostete Strukturen über Bord zu werfen, sich den Anliegen auch der jüngeren Generation(en) zu stellen, die in den Verband kommen.

Dabei, so finde ich, könnte und müsste eigentlich gerade auch das von den Autor*innen angeführte Beispiel für einen Generationenkonflikt integrative Kraft für eine solche Veränderung bieten: unsere vereinigte Überzeugung der Kriegs(dienst)gegner*innenschaft.

Kathi, Katja und Marius führten in ihrem Text an, dass der Umstand einer Verbandsstruktur, die einerseits eine „Vereinigung der Kriegsdienstgegner“ – und ja, seien wir ehrlich, das ist auch historisch nicht geschlechtergerecht zu verstehen gewesen – und andererseits eine „Friedensgesellschaft“ ist, symbolisch verstanden werden könne für den strukturellen, institutionellen, kommunikativen und aber eben auch inhaltlichen Konflikt zwischen den Generationen im Verband.

Ich finde das Beispiel interessant gewählt, denn es offenbart einen Umstand tatsächlicher Differenz in den Erfahrungswerten und der Zielsetzung friedenspolitischer Praxis: Es gibt diejenigen im Verband – zumeist Männer – die klar ihre unterschiedlich schwierigen Erfahrungen mit Kriegspflicht, Verweigerung, Totalverweigerung und staatlicher Verfolgung aufgrund von Desertion gemacht haben; und es gibt diejenigen, für die dies entweder überhaupt keine alltagspraktischen Folgen mehr hatte oder die gar nach dem „Einfrieren“ der Kriegsdienstpflicht volljährig geworden sind. Und es gibt diejenigen, die nie davon betroffen waren, deren Anliegen aber auch in keiner vergleichbaren Art präsent gewesen wären in der Arbeit des Verbandes – so auch schon die viel zitierte Lena Sachs in ihrer Darstellung der Kämpfe von Frauen* im Verband. Und diese unterschiedlichen Erfahrungswelten deuten definitiv klar erkennbar auch die Konfliktlinien im Verband an – dies muss unterstrichen werden!

Der direkt an diese Feststellung anschließende Satz über inhaltliche Differenzen im Verband allerdings ließ mich fragend zurück – und vor allem ringend um ein Verständnis von KDV-Arbeit, die eigentlich im angestrebten Sinne integrativ wirken könnte – oder müsste. Kathi, Marius und Katja schrieben: „Das -VK steht für Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen – ein wichtiger, historischer Teil unserer Namensgebung, der aber gleichzeitig bezeichnend für den Konflikt ist, den wir haben. ***Denn für junge Mitglieder bleibt er ein abstrakter Begriff, der wenig mit den Problemen zu tun hat, die uns umtreiben und die für uns Frieden bedeuten.***“ *(Meine Hervorhebung)*

Nun ist natürlich die Frage, was „jung“ bedeutet – aber es ist für mich biographisch keineswegs ein abstrakter Begriff. Und ich denke, gerade in diesem Thema liegt die Chance, den von Marius, Katja und Kathi dankenswerterweise angeregten Prozess der Integration und des Veränderns auch zu leben.

Worin die Chance liegt. Ich gehöre zur Generation der Männer, die nicht mehr unter gesellschaftlichen Folgen zu leiden hatte, wenn sie verweigerten; Zivildienst war das scheinbare neue Normal, vor allem in meinem soziokulturellen Umfeld; Totalverweigerung existierte in keinem berichtenswerten Umfang, diverse Methoden der Umgehung oder auch eben ein „Absitzen“ der Zivildienstzeit schien vielen gangbarer als politisierter Widerstand. Ich entschied mich bewusst für Zivildienst, suchte nicht die Eskalation mit dem Staat.

Dennoch ist mir der Umstand immer noch bewusst, dass der Staat über mich verfügte, einfach so – und dass ich es ohne Widerspruchsanleitung der DFG-VK, ohne hilfreiche Verweigerungstipps u.a. der Zentralstelle KDV und der Verweigerer in meinem familiären Umfeld kaum eigenständig geschafft hätte, mich dem Kriegsdienstpflichtzwang auch bewusst politisch zu widersetzen, wenn auch nur durch den Ersatzdienst.

Erst in der Begegnung mit Soldat*innen im Rahmen eines Seminars während des Zivildienstes dann wurden mir damals die weiteren strukturellen Zwänge offenbar, unter denen viele sich rekrutieren ließen: Chancen auf Berufsausbildung („werde Kraftfahrer bei der Bundeswehr“), Chancen auf Studienmöglichkeiten („Studieren bei der Bundeswehr“) für Menschen aus sozioökonomisch benachteiligten Zusammenhängen, Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe (Soldat*innen aus migrantisch geprägten Zusammenhängen zweiter oder dritter Generation). Nein, Zivildienst war auch noch zu meiner Zeit kein strukturell gleichwertiger Dienst – er war auch immer noch eine Form eines Privilegs; und das sage ich trotz seiner Gestalt eines Zwangsdienstes. Im Laufe meines Zivildienstes weitete sich mein Blick auf die Situation anderer Verweigerer*innen in anderen – ich meine damals, so ehrlich muss ich es schon sagen, primär westeuropäischen – Staaten, und ich kam zum ersten Mal mit dem europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung *Ebco* in Kontakt

und las zum ersten Mal Berichte des UN-Menschenrechtsrats zur Situation von Verweigerer*innen in anderen Staaten. Erst sechs Jahre später sollte durch meine Aktivität bei der War Resisters' International mein Blick noch viel weiter ausgedehnt werden.

Und genau hier beginnt – so meine ich – der integrative Gehalt dieses Themas: Wir sollten Kriegsdienstverweigerung mitnichten verstehen als entweder „zentrales Thema einer biologisch langsam aussterbenden Generation ohne Berührungspunkte zu heutigen Friedensarbeitsverständnissen oder -anliegen" oder andererseits als „wichtiges Thema, dessen konkrete Bearbeitung über den Befindlichkeiten einer jüngeren Generation stehen müsste – Taten vor Identitätsfragen".

Nein, ganz im Gegenteil: Gerade erst das Ende der Zwangsrekrutierung hat die Fragen der Datenweitergabe, der Ansprache, der Rekrutierung, der Widerspruchspraxis sowie der Verweigerung aus dem Dienst heraus überhaupt erst zu einem grundsätzlichen Thema für alle gemacht. Nunmehr werden nicht nur die jungen Männer angeschrieben, es werden alle jungen Menschen angeschrieben, die sich nicht per Widerspruch wehren. Doch haben wir im Verband unsere Aufmerksamkeit darauf angepasst? Haben wir unsere Materialien, unsere Ansprachetaktik, unsere Sichtbarkeit bei einem enorm verbreitertem „Publikum" überarbeitet? Wenn überhaupt, dann mittelmäßig.

Wir verlassen uns auf und freuen uns über leicht gestiegene Verweigerer*innenzahlen, wir freuen uns über offenkundige Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr – aber gibt es ein gemeinsam entwickeltes Verständnis davon, wie wir allen jungen 16-jährigen Menschen, egal welchen Geschlechts, vermitteln können, weshalb die Bundeswehr keine gute Option ist?

Ich meine, wir haben es verpasst, gleichermaßen aus den Erfahrungen älterer Mitglieder zu schöpfen und dabei die kreativen Gedanken, Sorgen, Achtsamkeiten jüngerer Mitstreiter*innen mit einzubeziehen in gemeinsame Ansätze, wieso es nun mehr denn je Not tut, der Bundeswehr die Menschen zu entziehen.

Dabei kommen/kämen uns Kritikpunkte eines „militärischen Pinkwashings" (Selbstreklame der Bundeswehr: Wir sind tolerant und kämpfen für die Einhaltung dieser Toleranz weltweit) einer klar feministisch geprägten Militär- und Rekrutierungskritik beispielsweise einer Cynthia Enloe, der Aktivist*innen von pinkstinks oder eben der Adbusting-Aktionen u.a. des Berlin Busters Social Clubs ebenso zugute wie die Warnung vor der Rückkehr der Zwangsdienste und seiner Folgen, die uns ältere Mitglieder des Verbandes nur umso drastischer vor Augen führen könnten.

Das gelingt aber nur auf der Basis vertrauensvoller Zusammenarbeit und der Bereitschaft, eingefahrene und liebgewonnene Materialien, Arbeitsprozesse, Bildungsarbeit und auch Strukturen im Verband zu verändern, ohne einander zu überfahren, ohne sich in Besserwisserei zu verlieren. Wir müssen im Verband ganz klar das Zuhören zulassen – das gilt für uns alle. Dann kann KDV-Arbeit intergenerationell weitergedacht werden und die Perspektive entfalten, die Kathi, Marius und Katja in ihrem Text aufgeworfen haben.

Ein letzter Blick auf die KDV-Arbeit:

- Der Krieg gegen die Ukraine hat vielen von uns in diesem Jahr sichtbar gemacht, welch unmittelbare Folgen dieser Krieg auf die Kriegspflichtteilnahme von Russen, Belarussen und Ukrainern hatte, Massenflucht und Asylanträge eingeschlossen.
- KDV ist weiterhin in vielen europäischen Ländern mitnichten eine Selbstverständlichkeit, erst recht nicht aufgrund von Diskriminierungserfahrungen, religiösen Praktiken oder gar politisch-moralischer Überzeugung – gelebte Solidarität ist daher in unserem Internationalismus unabdingbar.
- Desertion ist in keinem Land ein Asylrechtsgrund – zu sehr fürchten die

Diskussion

Diversität oder „alte weiße Männer"

Was in der DFG-VK gegen gewachsene patriarchale Strukturen getan werden kann

Von Katja Görgen, Kathi Möller und Marius Pietsch

„Wie nach mit am meisten oder, ist das oftmals unreflektierte Redeverhalten der zumeist älteren männlichen Mitglieder, das ich als sehr dominant und raumeinnehmend empfinde, sowie diese informelle Hierarchien." Dieses Statt schrieb Lena Sachs, Mitglied der DFG-VK, im Juni 2017 in einem Artikel in der ZivilCourage. Seitdem sind fünf Jahre vergangen. Doch hat sich seitdem etwas verändert?

Wenn hier im weiteren Verlauf wie im Text von Lena von älteren männlichen Mitgliedern oder oft einfach [illegible] von weißen Männern die Rede ist, dann geht es uns nicht darum, einzelne Menschen anzugreifen. Bewusst sind damit eine gesellschaftliche Position, mit der sozialgesellschaftliche Prägungen einhergehen, die Menschen mit anderen Positionen nicht oder nur teilweise haben. Unser Ziel ist es, einen Blick auf diese strukturellen Probleme innerhalb der DFG-VK zu werfen und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen. Wir können Probleme nur beseitigen, wenn wir sie benennen.

Ein Weck- und Warnruf sollte uns der Appell der Antimilitaristischen Aktion Berlin (Anab) sein, der kürzlich aufgezeigt hat, dass sexistische Verhältnisse in der DFG-VK kein Einzelfall und die Probleme hier und heute sind (Kies, der Rost, Der Anab-Text ist auf der Homepage Diagnosebeschreibung). Wir sehen die DFG-VK für den Umgang mit solchen Verhältnissen und Fällen, wie sie derzeit auch andere Verbände und Parteien, aktuell z.B. Die Linke, beschäftigen, schlecht nicht adäquat aufgestellt. Wir müssen uns deshalb um externe Ansprechpartner*innen kümmern, die in solchen Fällen eine kompetente und niedrigschwellige Anlaufstelle für Betroffene sein können. Die Konfliktbeobachtungskommission, die auf dem Bundeskongress 2022 eingesetzt wurde, kommt unserer Meinung nach bisher nicht in Frage.

Mögliche Partner*innen sind in der Friedensbewegung zu finden, z.B. das Frauennetzwerk für Frieden. Um eine solche externe Anlaufstelle schaffen zu können, sollte der Bundesausschuss Mittel im Haushalt bereitstellen, um die benannten Personen im Falle der Inanspruchnahme auch für ihre Leistung bezahlen zu können.

Wenn wir uns zudem als Mitglieder für das Thema sensibilisieren und sexistisches Verhalten erkennen und benennen, wird dies hoffentlich dazu beitragen, dass wir über derartige Vorfälle in fünf Jahren seltener sprechen müssen.

Zurück zur Ausgangsfrage: Hat sich seit Lenas Artikel etwas bei sich selbst/sexistischer Strukturen in der DFG-VK verändert?

Der Appell der Anab hat gezeigt, dass sexistische Vorfälle durchaus in der DFG-VK vorkommen. Um dem zu begegnen, lassen sich Strukturen schaffen, die helfen, mit den Vorfällen umzugehen, wenn sie passieren.

Doch was können wir tun, um solchen Vorfällen vorzubeugen? Wir müssen uns mit patriarchalen und informellen Strukturen beschäftigen. Informelle Hierarchien prägen die Arbeit unserer Organisation immer noch stark.

Ein großer Teil der Führungsämter in den Ortsgruppen, den Landesverbänden und im Bundesverband in der DFG-VK werden von älteren weißen Männern besetzt. Und das oft über

Die DFG-VK aus Frauensicht

Staaten um die Desertionspraxis ihrer eigenen Soldat*innen – doch zusammen mit Kämpfen für globale Bewegungsfreiheit fordern wir das „unbedingte Asylrecht für KDVer*innen und Deserteur*innen".

Dies alles führt „junge" Themen identitätspolitischer, intersektionaler und bewegungsübergreifender Kämpfe zusammen mit „alten" Anliegen des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung, der Abschaffung der Zwangsrekrutierungen und der stehenden Heere. In der WRI gibt es wertvolle Erfahrungen und Texte, Austauschmöglichkeiten und gelebte Praxis der Kriegsgegner*innenschaft – als eine neue Praxis und notwendige Erweiterung der engeren Kriegs***dienst***gegner*innenschaft.

Hier könnte eine integrative Kraft liegen – wenn wir zuhören, sprechen, Strukturen verändern und dies nicht erst morgen tun, sondern heute.

David Scheuing war bis zum Bundeskongress im Mai Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters´ International. Er ist seit 2019 Vorsitzender der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK. Beruflich tätig ist er als verantwortlicher Redakteur der Fachzeitschrift Wissenschaft und Frieden. «

Zuschriften bitte per E-Mail an: *zc@dfg-vk.de*
Briefe sollten maximal 1 800 Zeichen lang sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Zum Beitrag „Warum ich auch jetzt Pazifistin bin und bleibe“ von Margot Käßmann in *ZivilCourage* 3/2022 Seite 8 f.

Ja, liebe Margot Käßmann, „liebet eure Feinde“ ist seit 2000 Jahren eine Provokation. Wäre die Aufforderung Jesu von seinen Anhängern befolgt worden, hätten wir eine friedlichere Welt.

Ich bewundere deine Standfestigkeit bei den Anfeindungen in Talkshows und Diskussionen! Wer, wenn nicht die Geistlichen der großen Kirchen sind berufen, die Botschaft Christi zu bewahren und weiterzutragen! Sie haben Einfluss und Möglichkeiten, auf die Regierungen ihrer Länder einzuwirken und sich vom Mainstream strikt abzugrenzen. – Meine Kriegserlebnisse und die meiner Familie in Thüringen machten mich zur Pazifistin. Ich denke, wir brauchen keine Schuldgefühle zu haben, wenn wir Waffenproduktion und Waffenlieferungen ablehnen.

Die friedliche Revolution 1989 in der DDR beweist, dass sogar eine Diktatur ohne Gewalt gestürzt werden kann. Würde Selenskyj aus Waffenmangel oder Einsicht seine Soldaten stoppen, gäbe es weniger Tote auf beiden Seiten, und die Chancen für Verhandlungen mit Putin nähmen zu.

Ich denke, die DFG-VK sollte sich jetzt verstärkt der Aufgabe widmen, den Militarismus in unserer Gesellschaft zurückzudrängen.

Uta Binz

Zum Beitrag „Hintergründe und Lösungsperspektiven. Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag“ in *ZivilCourage* 2/2022, Seite 18 ff.

Das Papier beinhaltet zahlreiche tendIch bin äußerst irritiert, dass das unsäglich einseitige Positionspapier des Friedensratschlags ohne Kommentar abgedruckt wurde. Die Überschrift „Hintergründe“ suggeriert, dass verschiedene Aspekte, d.h. auch die Entwicklung Russlands beschrieben würden. Das ist aber nicht der Fall. Wer hat dieses Papier erstellt, sind Mitglieder der DFG-VK daran beteiligt? Aus meiner Sicht diskreditiert die Einseitigkeit des Positionspapiers die Friedensbewegung und untergräbt deren Glaubwürdigkeit. Nur eine glaubwürdige Friedensbewegung wird ernst genommen; und diese ist nötiger denn je.

Auch wenn das Positionspapier den russischen Angriffskrieg verurteilt, ist die gesamte Diktion so einseitig gegen die Nato und den Westen gerichtet, dass der Eindruck insgesamt entsteht, dass der Angriffskrieg der Russen verständlich und damit letztendlich gerechtfertigt wird. Es gibt keinerlei historische Einordnung der Entwicklung von Russland, es ist pure Apologie, kein Wort über die ständigen völkerrechtswidrigen Vertragsbrüche der russischen Regierung, die ständigen Lügen von Putin und Lawrow, die noch vor dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 immer wiederholt haben, dass sie nicht in die Ukraine einmarschieren würden. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich Russland immer mehr zu einem totalitären, imperialistischen Staat entwickelt mit faschistischen Tendenzen. Es gibt keine freien Meinungsäußerungen mehr, nur noch Propaganda, Unterdrückung der Opposition, keine freien Wahlen, Missachtung der Menschenrechte, Unterdrückung einer so wichtigen Organisation wie „Memorial“ etc. Im Gegenteil wird der verbrecherische Stalinismus verherrlicht (siehe die Veranstaltung mit Putin zum 8. Jahrestag des Einmarschs auf die Krim). Kein Wort dazu im Positionspapier.

Es gibt auch keinerlei Verständnis, dass sich die baltischen Staaten und Polen nach Jahrhunderten und Jahrzehnten der Unterdrückung unter den Schutzschirm der Nato begeben haben. Wenn die Maidan-Revolution nur als Putsch beschrieben wird, der von

NEIN ZUM KRIEG!
Нет войне! NO TO WAR! Ні війні!
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN WWW.DFG-VK.DE

rechtsextremen Kreisen durchgeführt wurde, dann ist das eine absolute Verzerrung der Wirklichkeit. Warum sind so viele Menschen in der Ukraine bereit, Widerstand zu leisten? Weil sie den Wert der Freiheit und der Demokratie in nur wenigen Jahren erfahren haben, und das betrifft auch die meisten russischsprachigen Ukrainer*innen. Wenn die Ukraine vollständig von Russland erobert würde, wäre klar, dass die gesamte ukrainische Kultur ausgelöscht würde, dass die gesamte Intelligenz deportiert oder sogar getötet würde. Putin und Lawrow beschreiben das offen als ihr Ziel.

Der Blick der Autoren des Positionspapiers ist unglaublich blind gegenüber den Bedürfnissen der verschiedenen osteuropäischen Staaten, die sich ihre Freiheit von Russland mühsam erkämpft haben. Es ist der ethnozentrische Blick eines Teils der deutschen Friedensbewegung, die sich nicht einmal die Mühe macht, die historischen Erfahrungen der osteuropäischen Staaten zur Kenntnis zu nehmen.

Verräterisch finde ich, dass im Text (Seite 20) ohne Anführungszeichen von den „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ geschrieben wird, staatliche Gebilde, die nirgendwo außer von Russland und ein paar Vasallenstaaten völkerrechtlich anerkannt werden, aber anscheinend wohl von den Verfassern des Positionspapiers. Dies zeugt von völliger Unkenntnis oder dem Unwillen, zur Kenntnis zu nehmen, dass in diesen sogenannten „Volksrepubliken“ Gewalt, Unterdrückung, Folter, Verschleppung bis hin zu Morden herrschen. Eine Autonomie dieser Regionen (ebenso wie auf der Krim) - wie es in dem Text anklingt - kann es nur unter freien, demokratischen Verhältnissen geben. Und davon ist die Realität noch meilenweit entfernt, und wirkliche Demokratie ist nicht im Sinne Putins.

Die im Text ständig wiederholten Schuldzuweisungen an den Westen, d.h. die USA, Europa, die Nato, blenden aus, dass die meisten dieser Staaten Demokratien sind, wo die Menschenrechte mehr oder weniger geachtet werden. Der Wert dieser Errungenschaften wird nicht gesehen. Es scheint mir wie ein alter Reflex aus den 70er Jahren, wo der Westen gegeißelt und Verständnis für die Sowjetunion gezeigt wurde. Sind sich die Autoren eigentlich bewusst, dass sie in einem Land leben, in dem sie demonstrieren und frei ihre Meinung äußern können, ohne im Gefängnis zu landen? Die Menschen in der Ukraine wissen, wofür sie kämpfen.

Wenn schon Stefan Philipp im Editorial Bertha von Suttner zitiert, möchte ich eine andere Position von ihr dagegen halten: „Wo Verfolgte, Tyrannisierte, Verhungernde ihren Klageschrei erheben“, schrieb sie 1904, „dort eile man hin und interveniere, denn nicht innere Angelegenheiten, Menschenangelegenheit ists.“ ... „Verteidigungskriege hielt sie für legitim. Bertha von Suttner befürwortete sogar Einsätze, die man heute humanitäre Interventionen nennen würde.“ (Paul Munzinger: „Der Traum vom Frieden. Schon im Kaiserreich diskutierten Pazifisten, ob Waffengewalt gegen einen Aggressor legitim ist. Der Ukraine-Krieg zeigt jetzt wieder, wie schwer sich die Friedensbewegung mit dieser Frage tut. Eine historische Einordnung“, Süddeutsche Zeitung, 7./9. Mai 2022, Seite 53)

So sehe ich die Handlungsoptionen der Friedensbewegung:

- Wir sollten uns der Ratlosigkeit und Komplexität stellen, anstatt unreflektierte einseitige Papiere zu verfassen. Die Wirklichkeit ist deutlich vielfältiger, und einfache Lösungen gibt es nicht. Dies auszuhalten, ist schwierig.
- Weiterhin muss das Recht auf Kriegsdienstverweigerung insbesondere in Russland, aber auch in anderen Ländern verteidigt und Unterstützung für die KDVer in Deutschland organisiert werden.
- Verhandlungen sind wichtig, aber nur auf der Grundlage, dass die legitimen Interessen der Ukraine berücksichtigt werden und sie beteiligt wird.
- Sanktionen sind ein wichtiges Mittel, um den Aggressor Russland in die Schranken zu weisen. Sie wirken nicht sofort, aber langfristig. Dafür müssen wir auch selbst Einschränkungen in Kauf nehmen, das sollte uns unsere Demokratie und Freiheit wert sein.
- Schluss mit den einseitigen Schuldzuweisungen an den Westen!

Helmolt Rademacher (seit 51 Jahren Mitglied der DFG-VK, 10 Jahre Redakteur bei der „antimilitarismus information“)

Zum Leserbrief von Martin Wohlfarth-Bottermann zu dem zuvor genannten Beitrag „Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag“ in *ZivilCourage* 3/2022, Seite 38 f.

Ausdrücklichen Dank an die Redaktion der *ZivilCourage*, das Positionspapier des Bundesausschuss Friedensratschlag im Wortlaut zu veröffentlichen

Es ist schon eine unglaublich perfide Vorgehensweise, einem politisch Andersdenkenden Falschaussagen zu unterstellen, indem man selbst Falschaussagen macht. Martin Wohlfahrt-Bottermann behauptet wahrheitswidrig, alle neuen Mitglieder der Nato seien intrinsich motiviert.

Ich bin lange genug aktiv, um genau zu wissen: In diesen Ländern fanden die Nato-Beitritte gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung statt. Wir haben unsere osteuropäischen Friedensfreunde in ihrem Kampf gegen den Nato-Beitritt ihrer Regierungen solidarisch unterstützt. Leider sind Parlamentarier in Osteuropa genau wie bei uns nicht an den Wählerwillen gebunden, sondern an ihr Gewissen, das bei Mandatsträgern auch käuflich ist. Von einer „intrinsischen Motivation“ für den Nato-Beitritt zu schreiben, damit fällt der Autor den Friedensbewegungen dieser Länder in den Rücken. Wenn er dann noch behauptet, Beitrittskandidaten seien „tragischerweise“ abgelehnt worden, dann macht er sich zum Befürworter dieses Militärbündnisses, unterstützt damit Krieg und Militär.

Trauer um Manfred Diebold
* 25.2.1949 † 4.10.2022

Am 4. Oktober starb der jahrzehntelang in der DFG-VK aktive Manfred Diebold aus Erlangen mit 73 Jahren. Bei der Trauerfeier würdigte Christoph Neeb den Verstorbenen für die gesamte Organisation u.a. mit diesen Worten:

Auch wir in der DFG-VK sind erschüttert angesichts von Manfreds unerwartetem Tod. Noch am Vortag habe ich als Bundeskassierer der DFG-VK ihn bei einer Videokonferenz gesehen und gesprochen. Manfred war auf lokaler Ebene für die DFG-VK tätig, aber auch auf Landes- und Bundesebene. Er war jahrzehntelang für den bayerischen Landesverband im DFG-VK-Bundesausschuss, ebenso in der Finanzkommission und in der Arbeitsgemeinschaft Konsens.

Er drängte nie in die erste Reihe, war aber häufig im Hintergrund entscheidend tätig.

Wir haben Manfred als jemanden erlebt, der kontinuierlich und verlässlich gearbeitet hat, der gut mit Zahlen umgehen und rechnen und kalkulieren konnte. In einem eher von Sozialpädagogen geprägten Verband ist das eher selten.

Vor allem aber war Manfred ein Vorbild für Diskussionskultur. Ihm ging es immer um die Sache, nicht um seine Person oder um sonstige Eitelkeiten. Er war ruhig und vermittelns, zuhörend und kompromissbereit, respektvoll und empathisch.

Wir sind dankbar für Manfred Diebolds jahrzehntelanges Engagement und werden ihn vermissen.

Selbstverständlich verurteilen wir den russischen Angriffskrieg. Aber auch ein Verteidigungskrieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. So steht es auch in unserer Grundsatzerklärung: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“: Jeder Krieg, nicht nur der Angriffskrieg.

Mit seinem Unsinn über die „grünen Männchen“ macht sich Martin Wohlfahrt-Bottermann völlig zum Verschwörungstheoretiker.

Der gewählte Präsident der Ukraine Janukowitsch ist nicht etwa demokratisch abgewählt, sondern rechtswidrig weggeputscht worden. Seine „Partei der Regionen“ war korrupt, hat aber immerhin ein bis dahin friedliches Miteinander der ukrainischen Mehrheit und der Minderheiten ermöglicht. Ein EU-Assoziierungsabkommen, mit dem die Grenze zu Russland zu einer undurchlässigen EU-Außengrenze geworden wäre, war allenfalls in der Westukraine mehrheitsfähig, in der russisch besiedelten (Süd-)Ostukraine sicher nicht.

Die „alternativen Fakten“, die Martin Wohlfahrt-Bottermann behauptet, sind deswegen besonders perfide, weil sie mit dem Anspruch vorgetragen werden, sie seien die Wahrheit. Damit befindet er sich ganz auf einer Linie mit den Nato-Aufrüstungspropagandisten, die nämlich dasselbe behaupten. Er steht damit im Widerspruch zum zweiten Teil unserer Grundsatzerklärung, der lautet: „Ich bin daher entschlossen, an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“.

Ralf Cüppers

Ulrich Sander, Felix Oekentorp (Hrsg.): Die Faust nicht nur in der Tasche ballen. Ein Willi-Hoffmeister-Buch. Essen 2022; 200 Seiten; ISBN 978-3-96170-059-2; 16,80 Euro

Willi Hoffmeister war Ostermarschierer der ersten Stunde. Er war Antifaschist, Gewerkschafter und Kommunist. So sind seine Lebenserinnerungen, die nun als Buch herausgegeben wurden, ein zeitgeschichtliches Dokument. Eines, das Geschichte von unten vermittelt. Die Nachkriegsgeschichte eines Menschen, der zu unterscheiden wusste zwischen richtig und falsch, der zu seinen Überzeugungen stand, und der sich einsetzte für die Kolleg:innen in seinem Betrieb, gegen die Nazis in seinem Ort, für den Frieden in der Welt.

Unbeugsam war Willi bereits in jungen Jahren, die er als Lehrling in einem Schreinerbetrieb verbrachte mit einem Lehrmeister, der aus den 12 Jahren des Faschismus in Deutschland nichts gelernt hatte. Den Urlaub, den Willi für seine geplante Teilnahme an den Weltjugendspielen 1950 in Berlin beantragt hatte, verweigerte er ihm. Das hinderte den jungen Willi aber ebenso wenig wie die Schikanen der westdeutschen Behörden: Willi fuhr nach Osterberlin. Dort traf er erstmals seinen Onkel Franz, der elf Jahre im KZ hatte zubringen müssen. Dessen Leitspruch begleitete Willi sein Leben lang: „Junge, tu´ alles, damit es nie wieder zu Krieg und Faschismus kommt!“

Als Hafenarbeiter in Dortmund hatte Willi schwerste körperliche Arbeit zu verrichten. Dann folgte eine Zeit als Leiharbeiter bei Hoesch, und dort schon die Mitgliedschaft in der KPD-Betriebsgruppe, damals mehrere Hundert Mitglieder stark. Nach einiger Zeit erfolgte dann die Festanstellung bei Hoesch, was damals ein sicherer Arbeitsplatz war mit der Aussicht, dort bis zur Verrentung bleiben zu können. Und die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft war selbstverständlich, auf der Westfalenhütte galt: ein Betrieb, eine Gewerkschaft! Und das galt für alle.

Die Belegschaft von Hoesch war nicht nur aktiv bei Arbeitskämpfen um

besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch gegen Nazis und für Frieden. Packend wird geschildert, wie die Belegschaft 1964 zu einem Aufmarsch der damals neugegründeten NPD marschierte und die Rede des Nazis Adolf von Thadden übertönte, so dass dieser aufgeben musste. Und Anfang der 80er wollte die faschistische FAP von „SS-Siggi“ Borchardt ein Büro in direkter Nähe zum Hoesch-Werk eröffnen, die Belegschaft ging auch dagegen erfolgreich vor und verhinderte die Büroeröffnung.

Diese Auseinandersetzungen waren nicht selbstverständlich, es gab schließlich nicht nur Unterstützung; die Schilderung der Umstände liest sich jedenfalls fesselnder als jeder Krimi.

Auch außerhalb des Betriebs war Willi gegen Nazis aktiv, im Bündnis gegen Rechts, in der Bezirksvertretung und bei ungezählten Aktionen auf der Straße. Und so aktiv, wie Willi sich gemäß seinem Leitspruch gegen Faschismus einsetzte, so tat er dies auch für den Frieden.

Schon beim ersten Ostermarsch West, dem Vorgänger des heutigen Ostermarsches Rhein-Ruhr, nahm er teil, erlebte die Schikanen gegen die Demonstrierenden (keine Sprüche skandieren, Marschroute auf entlegenen Straßen...) und erkämpfte die Verbesserungen für die Demos mit.

1982 gründete sich bei Hoesch eine betriebliche Friedensinitiative, die das gesellschaftspolitische Engagement in der Arbeiterschaft verankerte. Zahlreiche andere Betriebe folgten diesem Beispiel. Als es 1983 zur Großdemo in Bonn kam, war Willi als Vertreter der betrieblichen Friedensinitiativen einer der Redner:innen bei der Demo in Bonn neben Petra Kelly und Willy Brandt.

Auf Initiative der Dortmunder Gewerkschaft wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Dieses nahm er trotz großer Bedenken - „War mein Wollen doch ein anderes Deutschland. Ein vereintes, neutrales Land ohne Militär, Rüstung und ohne alte und neue Nazis. Ein Land, in dem der Mensch und nicht das Kapital im Mittelpunkt steht“ - an und sah es als eine Auszeichnung auch all seiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor allen aus der Friedens- und antifaschistischen Bewegung an.

Zusätzlich zu seinen lebendigen autobiografischen Aufzeichnungen enthält das Buch Beiträge von Willi Hoffmeisterss Mitstreiter:innen, die belegen, welche Bedeutung er für die Bewegung hatte.

Felix Oekentorp

FELDPOST

TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Stellen Sie sich vor: Putins Truppen stehen kurz vor der Oder und uns fehlt die Munition. Übertreibung? Überhaupt nicht, es ist leider die Realität. Ich darf hier ausnahmsweise einen Politiker aus dem Bundestag zitieren (ohne Namensnennung versteht sich): „Die Artillerietruppe unserer Bundeswehr ist im Grunde ohne Munition. Sie kann überhaupt nicht mehr den scharfen Schuss üben.“ Wo sind sie geblieben, die 100 Milliarden des Sondervermögens? Zugegeben, rund zehn Milliarden Euro für 35 Kampfflugzeuge F-35 A sind schon gut angelegt, aber hoffentlich wird die Munition für die Vögel nicht in der Schweiz bestellt. Diese Kuhhirten verweigern doch tatsächlich die Auslieferung von Munition für unseren Panzer Gepard, weil diese an die Ukraine geliefert werden könnte. Da gibt es nur eines, den Dreierwumms: 300 Milliarden für Munition aller Kaliber vom Sturmgewehr bis Kampfpanzer. Und alles Made in Germany.

Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzerklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen
Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Mindestbeitrag 2 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag 6 Euro
  (Mindestbeitrag/Ermäßigter Beitrag sind nur bei halbjährlichem oder jährlichem Bankeinzug möglich.)
- ○ Normalbeitrag 12 Euro
- ○ Erhöhter Beitrag 20 Euro
- ○ Förderbeitrag 30 Euro
- ○ Ich zahle freiwillig einen höheren Beitrag von monatlich _____ Euro

Darüber hinaus spende ich einmalig _____ Euro

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich
- ○ Ich möchte die ZivilCourage per E-Mail als PDF erhalten.
- ○ Ich möchte die ZivilCourage als gedrucktes Heft erhalten.

Einzugsermächtigung
Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

DFG-VK

Nach Puma-Desaster: Bundeswehr will Schützenpanzer künftig bei Adidas bestellen

Berlin (dpo) - Nachdem alle 18 an einer Bundeswehr-Übung beteiligten Puma-Schützenpanzer innerhalb kürzester Zeit ausgefallen sind, gibt es scharfe Kritik an der Beschaffungspolitik der Bundeswehr. Nach einem Krisentreffen im Verteidigungsministerium verkündete Christine Lambrecht (SPD) nun, man werde Schützenpanzer künftig bei Puma-Konkurrent Adidas bestellen.
„So kann es nicht weitergehen, wir sind sehr enttäuscht von den Puma-Panzern“, erklärte Lambrecht. „Wir möchten aber trotzdem weiterhin auf Kettenfahrzeuge aus deutscher Produktion zurückgreifen. Daher haben wir 200 neue Schützenpanzer bestellt – und zwar diesmal bei Adidas.“

Schützenpanzer von Adidas unterscheiden sich von Puma-Schützenpanzern vor allem im Design sowie selbstverständlich im Logo. Anstelle eines stilisierten springenden Pumas haben Adidas-Panzer drei Streifen als charakteristisches Merkmal.
Die Umstellung kostet die Bundeswehr rund sieben Milliarden Euro. Etwa die Hälfte davon fließt in die Finanzierung der neuen Panzer, die andere Hälfte in eine komplette Neuaustattung der Bundeswehr mit Sportbekleidung, weil Verträge mit Adidas stets exklusiv sind.

Quelle: der-postillon.com/2022/12/puma.html; 19.12.2022

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart